

DER KAMPF

Jahrgang 3

1. Dezember 1909

3. Heft

Karl Renner: **Bebels „Frau“**

Zur fünfzigsten Auflage des Buches

Ein seltenes Jubiläum eines Buches: Soeben erscheint Bebel's „Die Frau und der Sozialismus“ in fünfzigster Auflage! Der Bücherfreund wird in der Weltliteratur kaum eine wissenschaftlich-politische Schrift aufstöbern, die bei des Verfassers Lebzeiten binnen 30 Jahren das halbe Hundert der Auflagen erreicht hätte. Mit freudigem Stolz begrüsst der deutsche Sozialdemokrat diesen beispiellosen Erfolg, begrüsst er die goldene Ausgabe seines Lieblingsbuches.

„Bücher haben ihre Geschichte“, mit diesem Satz beginnt Bebel die Vorrede zur neunten Auflage, die mit dem 24. Dezember 1890 datiert ist. Das Buch hatte schon damals seine Geschichte, die mit der Leidens- und Heldengeschichte des deutschen Proletariats innig verknüpft ist. Es war entworfen und geschrieben worden im Gefängnis: Die Bismarcksche Reaktion hatte den Agitator Bebel auf zwei Jahre stumm zu machen versucht — sie schuf ihm nur zwei Jahre Musse, auf dass das geschriebene Wort zu vielen Tausenden zugleich spreche. Als nach jahrelangen Vorbereitungen die erste Auflage unter dem Titel „Die Frau und der Sozialismus“ erscheinen sollte, da drohte das im Herbst 1878 hereinbrechende Sozialistengesetz die jahrelangen Vorarbeiten zu vernichten und die Veröffentlichung zu vereiteln. Waren doch sogleich alle Organisationen der Partei zerstört, ihre gesamten Schriften unterdrückt! Jedes neue Druckerzeugnis, das den Sozialismus propagierte, verfiel sofort und unrettbar dem Verbot. Trotzdem entschloss sich Bebel zur geheimen Herausgabe (1879) und so wurde die erste, noch in Deutschland hergestellte Auflage im engsten Parteikreise vertrieben, ohne dass das sofortige sozialistengesetzliche Verbot des Berliner Polizeipräsidiums viel schadete. Für die zweite Drucklegung fand sich aus Furcht vor Denunziation durch Jahre kein Drucker und kein Verlag. Erst im Jahre 1883 konnte mit der neuen Auflage begonnen werden; damit der Drucker im Falle der Denunziation von dem Verdacht, wissentlich eine verbotene Schrift nachgedruckt zu haben, befreit werde, musste der Titel geändert und das verdächtige Wort Sozialismus aus ihm gestrichen werden: In der harmlosen Verkleidung „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ erschien das stark vergrösserte, zum erstenmal in Kapitel geteilte Werk im Verlag der mittlerweile in Zürich-Hottingen gegründeten Volksbuchhandlung mit der Zeichnung: Zürich, Verlagsmagazin (J. Schabelitz) 1883.

„Indes wurde“ — so erzählt Bebel selbst in der Vorrede zur neunten Auflage — „das Buch sofort verboten und damit waren die Verleger auf den geheimen Vertrieb verwiesen. Obgleich nun dieser grosse Schwierigkeiten hatte, gelang die Organisation des Vertriebes vortrefflich und erlebte das Buch, zu meiner eigenen Ueberraschung, eine Auflage nach der anderen und wurde in Massen verbreitet. Dabei fielen freilich auch eine Anzahl Sendungen, darunter einige von grösserem Umfang — bis zu 200 Exemplaren — der Polizei in die Hände und gaben Veranlassung zu Prozessen und Verurteilungen. Aber diesem Schaden stand auch ein unerwarteter Nutzen gegenüber. Die konfiszierten Exemplare sollen nur zum kleinsten Teil ihrer gesetzlichen Bestimmung, vernichtet zu werden, zum Opfer gefallen sein, dagegen sollen sie häufig in die Hände von Polizei- und Gerichtsbeamten gewandert und nicht selten auch in die Hände von

deren Frauen gekommen sein. So gelangten sie zwar in Hände, für die sie nicht bestimmt waren; sie erreichten aber auch hier ihren Zweck, indem sie das ‚sozialistische Gift‘ in jene Kreise verbreiteten. Eine nicht geringe, allerdings unfreiwillige Reklame,“ bemerkt Bebel humorvoll, „machte auch Herr v. Puttkammer als preussischer Minister des Innern dem Buch durch eifrige Zitierung im deutschen Reichstag, was die Nachfrage nach der verbotenen Frucht auch in nichtsozialistischen Kreisen steigerte“. Im Jahre 1885 erschienen die ersten Uebersetzungen in London und New-York — sie eröffneten die lange Reihe von Uebersetzungen in fast alle europäischen Sprachen.

Mit dem Fall des Sozialistengesetzes wurde das Buch frei. Die erste offene Auflage, die neunte, kehrte zum ursprünglichen Titel „Die Frau und der Sozialismus“ zurück und brachte eine reiche Ausgestaltung des Inhalts und eine übersichtlichere Gliederung des Stoffes. (Von 220 wuchs das Werk auf 386 Seiten.) Inzwischen war Morgans Werk über die „Urgesellschaft“ in deutscher Uebersetzung und Friedrich Engels' „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ erschienen, der Abschnitt „Die Frau in der Vergangenheit“ erfuhr darnach eine völlige Neubearbeitung. Für den Teil „Die Frau in der Gegenwart“ lagen neue statistische Daten vor. Die Partei hatte sich inzwischen in der „Neuen Zeit“ seit 1883 ein wissenschaftliches Organ und in Erfurt ein neues Programm auf der Basis der Wissenschaft gegeben. Die Abschnitte über Staat und Gesellschaft und über die Sozialisierung der Gesellschaft nahmen die Fülle neuer oder geläuterter Anschauungen und Erfahrungen auf. Mit dem rapiden Anwachsen der Partei nach dem Sturze des Sozialistengesetzes wuchs das Werk, wuchs die Grösse und Zahl der Auflagen und heute, dreissig Jahre nach dem ersten Erscheinen des damals schwächtigen Büchleins, liegt in der goldenen Jubelausgabe des Buches eine populäre Enzyklopädie des Sozialismus mit mehr als einem halben Tausend Seiten vor uns!

Nicht nur „Bücher haben ihre Geschichte“ — auch die Geschichte hat ihre Bücher, in denen sie sich selbst sinnfällig darstellt, in denen sich das Gedankenbild einer Epoche, das Werden und Wachsen der Ideen ausdrückt, aus denen der Zeiten Schicksal spricht! Es sind säkulare Bücher der Nation, die Verkörperung ihres Menschenalters und ihres Volkes, gleichsam die unzerstörbare Fassung, welche die Tränen und Seufzer, die heissen Hoffnungen, die kühnen Gedanken und Bestrebungen der Generation festhalten wie der Goldreif Perlen und Diamanten. Wie es zeit- und ortslose Bücher gibt, so gibt es säkulare und nationale Bücher. Ein solches ist Bebels „Frau“. Wenn Marx allen Völkern und Zeiten spricht, so ist Bebels „Frau“ vor allem unser. Es ist ein spezifisch deutsches Buch, ein Stück unseres Kampfes, unseres Fühlens, so unmittelbar verwachsen mit dem deutschen Sozialismus der Jahrhundertwende und seiner ganzen Gefühlswelt wie kein anderes Buch.

Vieles wirkt zusammen, um die „Frau“ zum Buche des deutschen Sozialismus zu machen. Vor allem der Gegenstand, der gewählt, die Art, in der er behandelt ist. Marx fasst die Zeit in ihrem allgemeinen internationalen Kern, in der modernen Weltwirtschaft — wir Deutsche waren bis vor kurzem und vor allem zu Marx' Zeiten noch nicht mitten im Strome der Weltwirtschaft. Lassalle, mitten zwischen Frankfurt und Sedan stehend, fasst den Sozialismus vor allem in seinem Verhältnis zum Staat. Wir Deutsche hatten damals keinen Staat, wir haben ihn zum grossen Teil auch heute noch nicht. Die spezifische Gefühlswelt des Deutschen lag durch lange Zeiten in der Familie. Von unseren Klassikern her, ja seit älteren Tagen, war unsere Seele in den engen Kreis von Haus und Herd, von Frau und Kind eingesponnen. Freilich, alles das, was einst wahres Gefühl und echter Lebenswert gewesen, das hat der hereinbrechende Kapitalismus zerstört und nichts blieb zurück als ein wehmütig Gefühl, als die Heuchelei eines Gefühles, als überlieferte Ideale, gut zu Schüleraufsätzen und deutschen Festartikeln. Während die spezifische Sentimentalität der Heloise Rousseaus in Frankreich schon durch die alten Utopisten, vor allem durch Saint-Simon aufgelöst war, wucherte sie bei uns nach Sedan in patriotischem Ueberschwang mit allen alten Vorurteilen wieder auf. Da war es denn der meisterhafte Instinkt des aus dem Volk unmittelbar emporgestiegenen Propagandisten Bebel, dass er dem Deutschen nicht zuerst von Weltwirtschaft und Staat sprach, nicht ökonomisch und politisch, sondern — für unsere Verhältnisse

— unmittelbar sozial kam, dass er vor allem in das täglich-alltägliche Leben, in das Verhältnis von Mann und Weib, in das Mysterium der deutschen Familie griff, die traute Ergänzung des Ehebettes durch das Bordell, die trostlose sittliche Oede des Lebens der Frau, die da himmlische Rosen ins irdische Leben flicht, aufdeckte, die unpraktische Verschwendung unseres so gepriesenen Familienhaushaltes, das traurige Los der unversorgten Töchter, die schnöde Verlogenheit unserer „treuen deutschen Männer“ blosslegte: Es war ein Griff in unsere spezifische Borniertheit, mitten hinein ins volle deutsche Philisterium. Aber Bebel war nicht Pamphletist, sondern Sozialist: Weder billiger Spott genügt ihm, noch auch wehmütige Sentimentalität. Die Misere des durch den Kapitalismus zersetzten Hauses rückt er sofort in den grossen weltgeschichtlichen Zusammenhang und entrollt die Trilogie vom Sturze, von der Hörigkeit und der Wiedererhebung der Frau, ein Schauspiel der Jahrtausende, vor unseren Augen. Aus der unerfreulichen Enge des Hauses führt er uns heraus und zeigt uns mählich das ganze Panorama der Gesellschaft, zeigt uns die herrschende Klasse des Kapitals und den zweiten grossen Hörigen neben der Frau, die Arbeiterklasse. Und so wendet er alles, was an Kraft des deutschen Idealismus in der Frau, was an Frauenverehrung in den Massen des deutschen Volkes, vom Kapitalismus unverdorben, noch in den Seelen lebt, dem Ziele wechselseitigen Verständnisses und gegenseitiger Hilfe zu!

Dem Buche mangelt eine klare, eine logische Disposition: Dieser gar nicht ausgesprochene Gedanke ist sie! Dieser Fehler des Buches verkündet am lautesten, wie spezifisch deutsch es ist, wie offensichtlich es aus der spezifischen Gemütswelt des Deutschen geboren ist.

Und so hat es gewirkt: Es hat sich im Fluge die deutsche Frau wie den deutschen Arbeiter erobert. Es hat unseren Männern die traditionelle Maske genommen, unseren Frauen die geistige Befreiung gebracht. Man vergesse nicht: Ausser dem längstverschollenen Büchlein von Hippel über die bürgerliche Verbesserung der Weiber hatten wir Deutschen keine wissenschaftliche, keine propagandistische Literatur über die Frau: Keine Wollstonecraft, keinen Saint-Simon, keine George-Sand — wir orientierten, als Nation im ganzen genommen, uns über die Frau nach Schillers „Lied von der Glocke“. Da war es Bebel, der mit seinem kleinen Büchlein alle Schleusen der Weltgeschichte, der vergangenen und kommenden, auftat — und ein Strom neuer Auffassungen ergoss sich über uns.

Es ist ein wahres Glück für das Buch, es ist der immense Vorteil des Buches für uns, dass sein Verfasser, in der Enge der deutschen Verhältnisse geboren, gerade diese Enge, die er individuell zu überwinden hatte, am deutlichsten fühlte. Es fehlt uns nicht nur an einer älteren Frauenliteratur. Die deutsche Arbeiterbewegung stiess direkt aus dem Vormärz mitten in die Welt hinaus, der theoretische Sozialismus sprang unvermittelt von Hegel auf die Jahrhunderte alte sozialistische Literatur des Westens über! Wir hatten nicht Morus und Campanella, keinen Baboeuf, keinen Owen und Fourier. Die grosse deutsche Philosophie ward in Marx unmittelbar Oekonomie, in Lassalle unmittelbar Politik: Wir sind um den hohen Reiz und Ansporn der Utopie gekommen! Freilich wissen wir gar wohl den hohen Wert zu schätzen, dass sie uns erspart ist, dass sie uns also nicht betrügen kann. Dennoch ging uns dabei viel, gar viel verloren. Wir kamen nicht dazu, uns an Fouriers Phalansterien zu berauschen — und doch liegt uns die Freude an solcherlei Rausch von unserer klassischen Zeit her gar sehr im Blute, wir sind wahrhaftig nicht phantasielos. Wir haben nicht mit Robert Owen den schönen Irrtum mitgelebt, dass die Erziehung den Menschen zum Grössten machen kann — aber wir sind dabei nicht dazu gekommen, das Erziehungsproblem sozialistisch zu durchdenken. Mit einem Worte, wir waren unendlich arm an Geschichte und Literatur, der Sozialismus war uns niemals Poesie gewesen, niemals eine Weltauffassung, welche die Totalität des materiellen, geistigen und sittlichen Lebens, Werkstatt, Familie, Erziehung, Religion, Kunst und alles, alles andere ergreift: die sozialistische Praxis, die Tatsachen, die das Denken der Massen ergreifen konnten, betrafen einerseits den rein politischen, andererseits den ökonomischen Kampf. Der Sozialist erschien vor der Seele der Zeitgenossen entweder als politischer Revolteur, als Kommunard oder als Streiker, sein Bestreben musste erscheinen als Politik der Heugabel und als Politik von Messer

und Gabel. Soweit aber die Theorie von Karl Marx in abgerissenen Stücken der deutschen öffentlichen Meinung kund wurde, konnte wohl die Expropriation der Expropriateure bei dem Harmlosen ein Grausen wie vor dem Weltuntergange wecken.

Wieder erfüllte Bebels Buch ein spezifisches Bedürfnis des Deutschen, und was man ihm als Fehler angerechnet hat, ist sein unschätzbare Vorzug: Es gibt zum erstenmal ein anschauliches Bild von der Universalität des Sozialismus. Schildert es liebevoll die Küche der Zukunft, so vergisst es nicht die Zukunft der Religion, das sozialistische Erziehungswesen, die Not der hungernden Schulkinder, die Kunst und Literatur in der sozialistischen Gesellschaft und widmet einen ganzen Abschnitt der „freien Entwicklung der Persönlichkeit“. Zeichnet es die grandiose Entwicklung der industriellen Technik, so behandelt es auch — vielleicht liebevoller, wie es eben dem Deutschen, der erst zwei Generationen von der Scholle gelöst war, so recht lag, — die Probleme der Landwirtschaft. Lässt es das verlorene Leben der Töchter des Mittelstandes nicht unbeklagt und die neuesten Versuche auf dem Gebiete der Weinkultur nicht unerwähnt, so interessiert es sich doch zugleich mächtig für die Zukunft der deutschen Wissenschaft und Intelligenz! Das ist es: Es war der erste populäre, ja der einzige enzyklopädische Kursus des Sozialismus* populär-wissenschaftlicher Art, den wir Deutschen besaßen! Gestehen wir es nur ein: Obschon wir das beste, das einzige im Zentrum unserer Weltauffassung geleistet, die weiten Aussenbezirke sind bis auf Ausnahmen noch beinahe unbestellt, von unserer Vorzeit haben wir wenig geerbt oder auch manche Erbschaft noch nicht angetreten. Und so ward Bebels „Frau“ denen, die mal gern träumen, Fourier, und allen zugleich Saint-Simon, Owen und Marx, allen Bekennern und Vorkämpfern deutscher Zunge aber, die sich ja mit spezifisch deutschen Vorurteilen der deutschen Ideologie zu befassen hatten, eine reiche Waffenkammer, auch in allen jenen Fragen, die der Tagespolitik und der Oekonomie fernlagen**.

Dieses umfassende neue Gedankensystem ward nicht mit dem kalten Verstand des Buchgelehrten, selbst nicht mit jener heissen Leidenschaft der Theorie, die Marx eignet, noch mit dem grandiosen Pathos der Idee, die wir an Lassalle bewundern, vorgetragen: Hier sprach die direkte Anschauung und das warme Gefühl für das Leiden und Hoffen der Kreatur aus dem Herzen, das mitlitt und mitstrebte. Das Buch spricht nicht zum Verstand allein, es spricht zur Person selbst wie der Agitator auf der Tribüne, es spricht vor allem zum Willen. Nirgends hört das Buch auf wissenschaftlich zu sein: aber die Wissenschaft wird nicht vom Forscher gelehrt, sie wird vom Propheten verkündigt. „Der Sozialismus ist die auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit angewandte Wissenschaft.“ Um die Tätigkeit des Menschen handelt es sich, der das Wissen dient. Das Buch ist vielleicht das kühnste Bekenntnis zur umwälzenden Praxis der Wissenschaft: Man sagt dem Glauben nach, dass er Berge versetze, von der Wissenschaft ist es gewiss, dass sie es vermag. Können wir einmal Berge versetzen und Meere überbrücken, können wir unseren Boden doppelt fruchtbar, unsere Arme aber hundertfach produktiver machen, dann müssen und werden wir es auch vollbringen, dann werden wir die Welt neugestalten mit dem Einsatz aller unserer Kräfte: Alle Arbeitsfähigen zur Arbeit! (21. Kapitel.) Alle technischen Errungenschaften in ihren Dienst! Alle Wasserkräfte verwertet! Unermessliche Bodenfläche melioriert! Der Landwirtschaftsbetrieb elektrisiert! Die Agrikulturchemie durchaus angewendet! Den Verkehr zentralisiert! Und so fort. Zur Tat! Die Tat — das ist der Triumphgesang der Wissenschaft. Diese Prophetie des wissenschaftlichen Tatmenschen reisst uns mit fort, reisst uns mit brennendem Interesse über statistische Tabellen und schwerverständliche Facherörterungen hinweg, dem Ziele zu: Eine neue Welt! Ein Paradies auf Erden! Und das kein Geschenk der Götter, nein, das Werk unserer Hand, die Tat unseres Geistes!

* Engels' umfassender „Anti-Dühring“ war wohl schon 1877 in Artikeln des „Leipziger Vorwärts“ und 1878 in Buchform erschienen, behandelt jedoch in theoretischer Polemik ganz überwiegend die Grundfragen der Philosophie und Oekonomie.

** Diese Universalität des Buches ist wohl dem serbischen Uebersetzer am meisten aufgefallen, der ihm den Untertitel gab: „Enzyklopädie der praktischen Philosophie August Bebels“. Wer die 50. Auflage durchliest, wird diese Bezeichnung einigermassen begründet finden.

Dieser berausende Tatwille, diese rauschende Lebenskraft, diese sieghafte Zuversicht, die nicht greint noch grübelt, sie hat eine Generation deutscher Arbeiter mit sich fortgerissen, ebenso im lebendigen wie im geschriebenen Wort: Ein Mann — ein Temperament — ein Ingenium!

Es verlohnt sich gar nicht zu fragen, wie viel von dem Gedankenerz des Buches dem Verfasser originell ist, das ist hier ganz gleichgültig; nicht das Erz, der Guss entscheidet hier, er entstammt dem Feuer der Persönlichkeit Bebels. Die Wirkungen des Buches auf die deutsche Gesellschaft verflochten sich natürlich mit dem Einfluss der gesamten sozialistischen Propaganda und Literatur auf das deutsche Geistesleben des letzten Vierteljahrhunderts so, dass sein besonderer Anteil schwer loszulösen ist. Eigentümlich ist dem Werke vor allem seine Wirkung auf die Frauenwelt. Es hat die bürgerliche Frauenbewegung gewaltig gefördert und ist wohl auch heute noch das Lieblingsbuch der Frauenrechtlerin. Die zahlreiche Frauenrechtsliteratur, die nach ihm erstand, steht unter seinem Einfluss. Der zweite Abschnitt, „Die Frau in der Gegenwart“, der in der neuen Auflage allein 210 Seiten umfasst, stellt mit dem zahlreich verarbeiteten statistischen und Gesetzgebungsmaterial auch heute noch die beste Uebersicht der Frauenfrage dar. Wenn die ganze Oeffentlichkeit heute die Fragen des Frauenerwerbs und der Frauenbildung verständiger behandelt, so dankt dies die weibliche Jugend nicht zum wenigsten August Bebel.

Das öffentliche Gewissen und die öffentliche Verwaltung in deutschen Landen wurden am stärksten berührt durch Bebels Untersuchungen über die Prostitution. Hier lag auch die stärkste Herausforderung für die übliche Moralheuchelei im Lande der frommen Zucht und Sitte. „Die Prostitution wird also zu einer notwendigen sozialen Institution für die bürgerliche Gesellschaft, ebenso wie Polizei, stehendes Heer, Kirche, Unternehmerschaft.“ Die herrschenden Klassen Deutschlands schäumten auf. „Die Prostitution die notwendige Ergänzung der Familie“ — alle Dunkelmänner scharten sich um den heiligen Herd der deutschen Familie. Ein lauter und zäher Kampf begann und oft hallte auch der Reichstag davon wieder. Natürlich — an den Tatsachen der Prostitution konnte der Krieg der Meinungen zunächst nichts ändern, aber für den moralischen Sinn der Nation glich er einem reinigenden Gewitter: Mit der naiven Ungeniertheit des biederen Lasters, mit der fröhlichen Selbsttäuschung war es vorbei — die Heuchelei der Biedermänner und der Staatsgewalt* brach zusammen. Aus diesen leidenschaftlichen Kämpfen zog unsere schöne Literatur, zog die Satire und Karikatur eine Fülle von Stoffen und neuen Formen, die Staatsverwaltung ging endlich mit mehr Verständnis und Gewissenhaftigkeit an die Behandlung dieser Probleme.

Nicht zu unterschätzen aber ist der moralische Eindruck des Buches auf die männliche Jugend, die in der schweren Krisis der Sinne und des romantischen Ueberschwangs erster Liebe nur zu oft Ursache und zugleich Opfer der Prostitution wird und zum Schlusse Achtung und Gefühl für das andere Geschlecht, damit aber auch die Hälfte des Lebensglückes einbüsst. Dieser Notstand der Jugend hat erst jüngst eine Reihe von Sexualethiken hervorgerufen, er hat auch sonst eine Unsumme medizinischer, naturwissenschaftlicher, religiöser, moralischer und humanitärer Traktate und Seelenberater gezeitigt, die dem Jüngling das rätselhafte Wunderwesen des Weibes, diesen Born der Freude und der Sünde, diesen Ursprung alles Bösen, bald zu vergöttlichen, bald zu vertieren, auf jeden Fall erst recht unverstündlich zu machen geeignet sind. Ihnen gegenüber wirkt Bebels Frau befreiend und läuternd: Die geschichtlich-ökonomische Erklärung, das heisst die wahre Erklärung, die dem Weib alle moralisierende Mystik nimmt, lässt es als das erscheinen, was es ist, als Menschen wie wir selbst, mit dem gleichen Begehren und dem gleichen Rechte der Persönlichkeit, sie entkleidet es des Nymbus der Herrin und zugleich der Fessel der Sklavin. Alle Mythen und Fabeln, alle Beispiele der Geschichte, auch die wüsten Eindrücke der Gegenwart, alles, was sonst die Sinne der Jugend

* Ein Beispiel: Der Leipziger Polizeirat Kühn sagt 1892: Die Prostitution schützt die Weiber vor Untreue (!) und die Jugend vor Angriffen und somit vor dem Falle (!). Diese Worte charakterisieren in der unverhültesten Weise die Naivität dieser Heuchelei, der das Recht des Mannes auf das Laster das selbstverständlichste Ding ist.

verwirrt, löst sich auf in seine natürlichen Ursachen und der Verstand wird über die Mächte des Gemütes Herr. Ohne jegliches moralisierende Wort stellt sich das moralische Verhältnis der Geschlechter aus ihrer Natur wieder her: Selbstachtung des Mannes und Achtung vor dem Weibe liegen von selbst in der Anerkennung der Gleichheit und Freiheit beider Geschlechter. Sie sehen sich selbst nunmehr im Zusammenhang einer Entwicklung durch Jahrtausende, erkennen in ihr das waltende Gesetz der natürlichen Zuchtwahl und werden sich so der hohen Verantwortung der Geschlechtsbeziehungen für die Zukunft des Menschengeschlechtes bewusst. Ein ganzes Nebelmeer falscher Vorstellungen und beängstigender Vorurteile fällt. Die Erkenntnis sittigt nicht nur den Jüngling, sie macht auch den Mann fähig, die unvermeidliche Not der Ehe in der bürgerlichen Gesellschaft zu ertragen.

Nicht nur für uns Sozialdemokraten, für alle Glieder unseres Volkes war Bebel im besten Sinne des Wortes ein Praeceptor Germaniae. Zu uns Sozialdemokraten aber spricht die zweite Hälfte des Buches, sein vierter Abschnitt „Die Sozialisierung der Gesellschaft“. Hier speziell drückt sich die Geschichte der Partei in der Auflagenfolge aus.

Acht Auflagen fallen vor Erfurt, vor der scharf prinzipiellen, direkt wissenschaftlichen Formulierung des Programms, jene Auflagen, die Bebel vielfach als Utopisten erscheinen liessen. Blättern wir heute die erste Auflage durch, so sehen wir freilich das Unbewiesene, Geschaute, Prophetische überwiegen. Das Bild der Zukunft entrollt sich uns so lebhaft, wie nur der Freiheitstraum eines Gefangenen sein kann. Vieles ist mit warmem Verstande gesagt, was man gerne begrifflich genauer formuliert sähe. Aber schon nach Erfurt, in der neunten Auflage, überwiegt der wissenschaftliche Beweis. Es ist kein Wunder, dass wir, die eine ältere Auflage gelesen, nicht von Auflage zu Auflage gefolgt sind. So ist uns vielen entgangen, dass alle Ergebnisse des historischen Materialismus längst im Texte durchgeführt sind. Aber ein anderer Umstand ist darnach angetan, unser freudiges Staunen hervorzurufen.

Gar vieles, was sich in der ersten Auflage als Utopie lesen mochte, steht noch heute an derselben Stelle, aber siehe da: die Tatsachen und ihre wissenschaftliche Erkenntnis sind der Phantasie gefolgt. Es ist als hätte der Geist sich seinen Körper gebaut! Technische Revolutionen, die damals verkündigt worden, sind heute im Vollzuge oder übertroffen. Eine herrliche Rechtfertigung des Mannes, dessen „Zukunftsstaat“ ein Eugen Richter geschmäht, sind die häufigen Belege, die die Männer der Wissenschaft beigelegt: Sie, die exakten Forscher, haben jeder von seinem Fache aus und in seinem Kreise Bebels Kühnheit mehr als gerechtfertigt, sie haben sie überboten. Wenn Berthelot die Zukunft seiner Fachwissenschaft malt, wenn er verkündigt, dass um das Jahr 2000 es keine Landwirtschaft und keine Bauern mehr geben werde, da die Chemie die bisherige Form der Bodenkultur werde ersetzt haben (Seite 296), wenn er die Sonnenwärme und die Hitze des Erdinnern zur unerschöpflichen Kraftquelle für die Menschheit macht, wenn Oekonomen in kaltem Klima auf schlechtem Boden in künstlichen Weingärten billig (Seite 431 ff.) die feinsten Weine ziehen, wenn die Chemiker heute Stickstoffdünger aus der atmosphärischen Luft in unbeschränkten Quantitäten gewinnen, was ist dann noch von der angeblichen Utopie Bebels zurückgeblieben? Der Zukunftsstaat der Techniker stellt seinen „Zukunftsstaat“ schon längst in Schatten! Wir Leser der älteren Auflagen haben gar nicht gewusst, welche Fülle des prächtigsten Materials aus allen Zweigen der technischen Wissenschaften Bebel in diesem vierten Abschnitt ganz originell verarbeitet hat! Ein kleines Schatzkästchen von Daten über den Fortschritt der Elektrotechnik, der Wasserkraftanlagen, des Bahnbauens, des Berg- und Hüttenwesens, der Agrikultur, der Nahrungsmittelchemie ist hier niedergelegt, diese Daten drohen fast den Rahmen der ursprünglichen Anlage des Buches zu sprengen.

Und so verrät jeder Titel des Buches, wie die Partei selbst gewachsen, wie alle Probleme sich ausgeweitet und vertieft haben. Was 1883 blosse Andeutung war, ist jetzt zur Abhandlung geworden, einzelne Parteien sind inzwischen der Gegenstand einer umfangreichen Parteiliteratur, oft einer hitzigen Polemik geworden. Das Buch verschmäht es, an diesen Stellen in den Kampf einzutreten, literarische Hinweise auf die Streit-schriften sind unterlassen. Die Ausführungen über Konzentration, Proletarisierung und

Krisen (17. und 18. Kapitel) zum Beispiel berücksichtigen die neuesten Quellen, aber ersparen uns den Hinweis auf die widerspruchsvollen Deutungen, die sie gefunden. Und es ist gut so: Das Buch verliert dadurch nicht seinen Charakter als persönliches Bekenntnis, als einheitlicher Ausdruck des Massendenkens der deutschen Arbeiterklasse.

Das Massendenken des deutschen Proletariats, das Bebel in unzählbaren Versammlungen geweckt, in unabsehbarer Zahl von Parlamentsreden vertieft hat, das er, einer der grössten Erzieher der Arbeiterklasse Deutschlands, in seiner Person verkörpert, die sozialdemokratische Gedankenwelt der letzten Generation deutscher Arbeiter ist in der goldenen Ausgabe der „Frau“ niedergelegt. Und so wird sie auch die Fibel und das Hausbuch der jungen Arbeitergeneration, der Hausschatz der nach ihrer Befreiung ringenden Frauen werden. Sie alle seien daran erinnert: Das Vermächtnis jener, die diesen Schatz unter dem Sozialistengesetz unter den grössten Gefahren vor der Unterdrückung retteten: Erwirb es, um es zu besitzen!

Otto Bauer: Die starke Regierung oder die starke Demokratie?

Es war im Jahre 1848. Vom brausenden Sturmwind der Revolution erfasst, haben die Völker Oesterreichs an einem Tage das morsche Gebälk des absoluten Staates niedergerissen. Der Völkerfrühling schien gekommen.

Aber die einig gewesen am 13. März, begannen zu hadern, zu eifern am Tage nach der Revolution.

Voll kleinlicher Selbstsucht neidete das Bürgertum der Arbeiterklasse ihren Teil an der Beute des Freiheitskrieges. Feig und missmutig blieben die Bürger daheim, als die Arbeiter im Oktober den letzten Kampf gegen Windischgrätz wagten.

Vom nationalen Hasse verblendet, fielen die unterdrückten Völker den Nationen, die des revolutionären Gedankens Träger waren, tückisch in den Rücken. Die Tschechen konspirierten mit dem Innsbrucker Hofe. Die Ruthenen hielten das revolutionäre Polen im Bann. Die Südslawen führte Jellačić gegen das revolutionäre Ungarn. Sie erkannten nicht, dass das Recht der Nationen nur auf die Demokratie gegründet werden kann.

Die alten Kulturnationen waren nicht fähig und nicht willens, in den aufsteigenden Untertanenvölkern Bundesgenossen zum Kampfe gegen die Reaktion zu werben. Die Deutschen wollten nicht mit den Tschechen, die Polen nicht mit den Ruthenen, die Magyaren nicht mit den Südslawen die Errungenschaften der Revolution teilen. Sie wollten frei sein und waren doch nicht grossherzig genug, die Nachbarvölker zu befreien.

Die Armee der Demokratie war gespalten. Nun schlug die Reaktion ihre entscheidende Schlacht. Wien fiel. Drohend wandte sich die siegreiche Soldateska gegen die erste Volksvertretung Oesterreichs. Da, in letzter Stunde, ermannten sich die Vertreter der Völker; von den Bajonetten der Gegenrevolution schon bedroht, schuf das Kremsierer Parlament einmütig jenen Verfassungsentwurf, der aller Völker Freiheit begründen sollte. Es war zu spät. Die triumphierende Reaktion jagte das Parlament mit Waffengewalt auseinander.

Im nationalen Hader haben wir den rechten Augenblick versäumt. Die Schwäche der Demokratie hat der „starken Regierung“ den Weg gebahnt. Es war die blutbefleckte Regierung der Gegenrevolution.

* * *

Es war im Jahre 1905. Der revolutionäre Massenstreik hatte dem Zaren das Oktobermanifest abgerungen. Da ging mit ehernem Schritt die Revolution auch durch unsere Strassen. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht ward im Sturme erobert. Die Feudalherren wurden aus dem Hause der Abgeordneten mit Schimpf und Schande davongejagt. Bürger und Bauern setzten sich auf die Ministerbank. In der Koalitionsregierung nahm das Bürgertum aller

Nationen die Staatsverwaltung selbst in die Hand. Die parlamentarische Regierung, die das Bürgertum Englands in drei Bürgerkriegen, das Bürgertum Frankreichs in drei blutigen Revolutionen errungen, die das Bürgertum Deutschlands vergeblich ersehnt, das Bürgertum Oesterreichs hat sie mühelos bekommen. Und wiederum glaubte die Hoffnung von Millionen den Völkerfrühling gekommen.

Das Oktobermanifest des Zaren ist vergessen, zu inhaltlosem Schattendasein die Duma hinabgesunken. Der Galgen regiert wieder in Russland. Und wiederum schlägt auch zu uns herüber die schmutzige Welle der Gegenrevolution.

Vom ersten Tage seines Lebens an stand das junge Volksparlament einer weitverzweigten Verschwörung gegenüber. Der hohen Bureaukratie war es nicht genehm, dass Bürger und Bauern sich in den Palästen der Ministerien als Herren niederliessen. Die Generalität hasst das Parlament, das wegen einer Soldatenmisshandlung einen Feldzeugmeister davongejagt hat. Die Feudalen zetern über die Korruption und Protektion der Dorfbürgermeister und Genossenschaftsvorsteher, seitdem sie das Monopol auf Korruption und Protektion verloren haben. Die Hochfinanz fürchtet die Volksvertretung, die die Staatseisenbahngesellschaft und das Eisenkartell unsanft angepackt und zur Erhöhung der Verbrauchsabgaben wenig Lust gezeigt hat. Und diese ganze Verschwörung findet ihr mächtiges Werkzeug in der grosskapitalistischen Presse. Ohnmächtig geworden am Tage nach der Wahlreform, ist das Organ der Rothschildgruppe wieder allmächtig geworden, seitdem es Tag für Tag den chauvinistischen Feldruf ausgibt, den die deutschradikalen Schriftleiter und die christlichsozialen Piusvereinsblätter gehorsam übernehmen. Sie können ja nicht weniger „radikal“ und „national“ sein als die verachtete Judenpresse. Herr Moritz Benedikt ist wieder der Führer des deutschen Volkes in Oesterreich.

Die Koalitionsregierung ist in dem völkerreichen Staate die einzige Form, in der das Parlament sich die Verwaltung unterwerfen kann. Koalitionsregierung, parlamentarische Regierung — das ist die Selbstherrschaft der besitzenden Klassen, die wirksamste Methode der Vertretung ihrer Interessen gegen die Staatsmaschinerie wie gegen das Proletariat. In anderen Ländern die höchste Blüte des Parlamentarismus, ist sie hier die einzige Gewähr der Führung und der Arbeitsfähigkeit des durch achtjährigen Obstruktionskampf verwüsteten Parlaments. Wie kam es, dass trotz alledem die Koalition und mit ihr das Parlament von den Tschechen zerstört, ihrer Erneuerung von den Deutschen der erbitterteste Widerstand bereitet wurde?

Wiederum wie vor einundsechzig Jahren hat der nationale Hader das Unbegreifliche zur Wirklichkeit gemacht. Unbekümmert um die Macht und Würde des demokratischen Parlaments, unbesorgt um den Hass, den der Frevel an dem Volkshause wecken musste, haben Tschechen und Südslawen um alberner Nichtigkeiten willen das grosse gemeinsame Interesse verraten. Sie wissen noch immer nicht, dass das Recht der Nationen nur auf die Demokratie gegründet werden kann.

Und die Deutschen? Von dem Tage an, an dem sie die Obstruktion im böhmischen Landtag begonnen haben, bis zu der widerlichen Verhandlungskomödie des letzten Monats haben sie immer wieder das Parlament in Frage gestellt, um nur den Tschechen nicht den wesenlosen Schein eines Erfolges zu gönnen. Sie glauben noch immer, dass Tschechen und Südslawen gerade gut genug sind, Steuern zu zahlen und Rekruten zu stellen, dass ihnen aber kein Stück der Herrschaft im gemeinsamen Staate gebührt. Sie wissen noch immer nicht, dass sie selbst nicht frei sein können, ohne den Nachbarvölkern ihre Freiheit zu gönnen.

So hat sich die blutige Tragödie von 1848 in dem parlamentarischen Possenspiel des letzten Jahres wiederholt. Wiederum hat der nationale Hader die Armee der Demokratie gespalten. Wiederum bahnt die Schwäche der Demokratie der „starken Regierung“ den Weg.

* * *

Als die starke Regierung, die die Niederlage der Revolution zur Macht geführt hatte, auf den Schlachtfeldern von Solferino und Königgrätz zusammengebrochen war, ward der Ausgleich von 1867 geschlossen. Die deutsche Bureaukratie und Bourgeoisie sollte diesseits, die magyarische Grundherrenklasse jenseits der Leitha herrschen. Längst hat der Aufstieg der arbeitenden Klassen, die Entwicklung der geschichtslosen

Nationen diesen Pakt zerrissen. In den wilden Obstruktionskämpfen von Badeni bis Gautsch war hier, in dem Zusammenbruch des magyarischen Liberalismus unter Stephan Tisza war drüben das Verfassungswerk zertrümmert worden, dessen Grundlagen einst Beust und Deak gelegt hatten.

Da die Krone die Probleme des völkerreichen Reichsgebildes im Bunde mit den Privilegierten nicht zu meistern vermochte, wandte sie sich an die Volksmassen. Sie appellierte durch Kristoffys Wahlreformprojekt in Ungarn an die arbeitenden Klassen und an die unterdrückten Nationen. Sie rief in Oesterreich mit dem gleichen Wahlrecht und der Koalitionsregierung Bürger und Bauern aller Nationen zur Mitherrschaft. Das war der habsburgische Cäsarismus: der Bund der Krone mit der Demokratie.

Dann aber kamen die folgenschweren Ereignisse der auswärtigen Politik: das makedonische Reformprogramm, das Sandschakbahnprojekt, die Entrevue von Reval, die türkische Revolution, die Annexion Bosniens, der Konflikt mit Serbien und Russland. Das ist der österreichische Imperialismus: die „aktive“ Politik nach aussen, der Appell an die Waffengewalt und — was notwendig folgt — neue Steuern, neue Staatsschulden, neue Rüstungen. Nun war von dem Bunde mit der Demokratie keine Rede mehr. In Ungarn erhielt Andrassy die Vorsanktion für sein Pluralwahlrecht, in Oesterreich ward die Regierung Bienerth eingesetzt, die Staatsautorität zu stärken und die rebellischen Tschechen gefügig zu machen. Der Imperialismus hat den Cäsarismus erschlagen.

In Oesterreich hat man es wiederum versucht, eine bureaukratische Regierung auf die alte deutsch-polnische Mehrheit zu stützen. In Ungarn hat man mit Kossuth und Wekerle Frieden geschlossen, die Wahlreform preisgegeben; die magyarische Grundherrenklasse sitzt wieder im Sattel. Das ist die völlige Liquidation der Politik von 1905, die Rückkehr zum System Deak-Beust — eine völlige Wendung in der Stellung der Herrschenden zur Demokratie und zu den nationalen Problemen.

Die ungarische Wahlreform, eben noch das Kampfmittel der Krone, ist zum Feldruf des intransigenten Teiles der Unabhängigkeitspartei geworden. Nicht Habsburg, sondern der Kossuth von heute, der Justh heisst, bietet Ungarns Völkern die Demokratie. Die Werbekraft des demokratischen Gedankens dient heute jenen, die die volle wirtschaftliche Trennung von Oesterreich erstreben. So gerüstet, gehen wir der grossen Entscheidung über die Einheit des Wirtschaftsgebietes entgegen, die das Jahr 1917 bringen muss!

Der imperialistische Vorstoss hat eine Welt von Feinden gegen uns gerüstet. Die Feindschaft gegen Oesterreich eint die italienische Demokratie mit dem Zarismus. Noch sind die Wunden nicht vernarbt, die der japanische Krieg und die Revolution dem russischen Heere geschlagen haben. Aber in wenigen Jahren wird dem Zarismus wieder eine gewaltige Armee zur Verfügung stehen. Was dann?

Oesterreichs Völker haben sich ein Parlament geschaffen. Aber das Parlament wird nicht gefragt, wenn der neue Pakt mit der magyarischen Herrenklasse die ganze Zukunft unserer Volkswirtschaft gefährdet. Oesterreichs Parlament bleibt stumm, wenn die auswärtige Politik des Grafen Aehrenthal uns den furchtbarsten Gefahren entgegenführt. Die bürgerlichen Parteien streiten indessen um die berühmten „Schutzgesetze“, die ohne Not das Selbstverständliche sagen, dass — alles beim alten bleiben soll! Der nationale Hader hat wieder sein Werk vollbracht. Ohne uns wird über uns entschieden.

Nicht dass uns die „starke Regierung“ fehlt, ist unsere Sorge. Die Schwäche der vom Nationalitätenstreit zersetzten und zerrissenen Demokratie ist das Verhängnis Oesterreichs.

* * *

Aber die Schwäche der Demokratie ist nicht immer die Stärke der Herrschenden. Die heute sich so hochmütig gebärden, werden bald wieder sehr bescheiden sein.

Der Staat braucht Steuern und Anleihen — die deutsch-polnische Fünfstimm-mehrheit wird keinen Finanzplan beschliessen können. Die verfehnte Koalition wird dann wieder eine Staatsnotwendigkeit sein.

Der nationale Chauvinismus zieht immer wieder den grössten Teil der Bevölkerung in seinen Bann. Aber auch diesem Rausche folgt der Katzenjammer. Immer wieder

kommt die Zeit, in der die Völker, des fruchtlosen Haders müde, von nichts hören wollen als von der Teuerung, von der Konjunktur, von Handelsverträgen und Reformgesetzen.

Die sich wie Rasende befehlen, setzen sich sehr bald wieder an einen Tisch.

Und drüben? Wien schliesst mit der magyarischen Grundherrenklasse Frieden; den Getreideexporteuren war es ja mit der magyarischen Staatsidee nie sehr ernst und die Furcht vor der Wahlreform hat die herrschgewohnte Klasse schnell gefügig gemacht. Aber abseits steht die Masse der kleinen Gentry, der Intellektuellen, der Berufspolitiker, der Kleinbürger. Sie meinen es mit dem Kampf gegen „Wien“ bitter ernst: der Kleinbürger, der in seinen hoffnungslosen Nöten überall einen Sündenbock sucht, hat ihn dort in der „Wiener Kamarilla“ gefunden, wie anderwärts im Juden oder im Pfaffen. Und abseits steht die grosse Masse der Nationalitäten, deren Aufstieg sich langsam, aber unaufhaltsam vollzieht: sie werden zu Justh gedrängt, da Wien ihre Hoffnung getäuscht hat. Und ihnen allen, die im Kampf gegen die Feudalen stehen, stärkt das Drängen des ungarischen Proletariats die Kraft. Die Zeit wird wiederkehren, in der die Herrschenden sich hüben wie drüben Kampfgenossen gegen die magyarischen Trennungsgelüste suchen müssen.

In allen Ländern hat das Bürgertum gerade in solchen Situationen seine Macht dauernd gegründet. Wenn die Herrschenden neue Steuerquellen erschliessen wollen, wenn sie die Hilfe der Volksmassen in einer schweren Reichskrise anrufen, dann ist der Augenblick günstig, die Volksrechte für alle Zeiten gegen jeden Angriff zu sichern. Bei uns? Was wissen die Chiari und Kramář von Volksrechten! Was den einen nationales Recht, gilt ja immer den anderen als Unrecht. Da sie das Kleinste, was uns trennt, aufbauschen, fehlt ihnen zum Grossen, das unser aller Interesse ist, die Kraft.

So windet sich dieser Staat durch die entgegengesetztesten Regierungsformen hoffnungslos durch: bald die parlamentarische Koalition, die, durch den nationalen Gegensatz im Innern geschwächt, die bürgerliche Herrschaft niemals dauernd zu festigen vermag, bald wieder der offene Kampf der Nationen, der das Parlament ausschaltet, bis die Regierung wieder seiner bedarf und sich um die parlamentarische „Rekonstruktion“ bemühen muss — und so fort! Wir dürfen nicht an der Demokratie verzweifeln, nach der „starken Regierung“ rufen, wenn das Parlament sich gerade wieder ausschaltet; wir dürfen aber auch nicht der innerlich schwachen Koalition schöpferische Wunderkraft zumuten, wenn wieder einmal die bittere Not die Herrschenden zwingt, die Volksvertretung um ihre Mitwirkung anzubetteln.

Und dennoch wird dieses Auf und Nieder, dieses Schwanken zwischen Koalition und Obstruktion nicht endlos weitergehen! Die Not des Staates, die grosse Daseinsfrage des Reiches, die Stürme, deren drohende Vorzeichen auf Europas umwölktem Himmel längst sichtbar geworden sind, werden auch diesen Staat zwingen, sein Haus zu bestellen. Und historische Notwendigkeiten haben noch stets ihre Werkzeuge gefunden — selbst in Oesterreich, worüber ja das Jahr 1905 die Zweifelnden belehrt haben könnte. Werden die Völker Oesterreichs zur rechten Stunde selbst das schöpferische Werk vollbringen? Oder werden sie wiederum wie im Jahre 1849 sich erst ermannen, wenn es zu spät geworden ist? Das ist die Schicksalsfrage der österreichischen Demokratie — das wahre „Problem der starken Regierung“.

*
*
*

Der Arbeiterklasse Oesterreichs bringt diese Erkenntnis wichtige Lehren.

Im zähen Kampf haben unsere Gewerkschaften dem Unternehmertum eine Machtposition nach der anderen abgerungen. Von einem kleinen Teilerfolg zum anderen fortschreitend, hat sich die Arbeiterklasse Schritt für Schritt höheren Lohn, kürzere Arbeitszeit, würdigere Behandlung erkämpft. Die Massen meinten nun, auch im Staate könnten sie, von einer Machtposition zur anderen, von einem Reformgesetz zum anderen fortschreitend, in gleichmässig aufsteigender Linie sich emporarbeiten, wenn nur das Hemmnis des Privilegienwahlrechts beseitigt würde. Diese Vorstellung eines allmählichen friedlichen Aufstieges der Arbeiterklasse, die in anderen Ländern als die Wurzel des Reformismus oder Revisionismus bekannt ist, musste in Oesterreich die Massen beherrschen, solange

nur das Privilegienwahlrecht ihnen den Weg zur Macht zu versperren schien. Jetzt erst, da das Privilegienwahlrecht gefallen ist, erfahren die Massen auch hier, dass der Weg der Arbeiterklasse nicht in gleichmässig aufsteigender Linie, sondern in einer Wellenlinie über hohe Berge, aber auch durch tiefliegende Täler führt, dass sie nicht schrittweise, sondern nur ruckweise sich emporringen kann, dass wir nicht von Reform zu Reform, sondern von Katastrophe zu Katastrophe gehen. Die Illusion, dass das demokratische Wahlrecht uns eine endlose Reihe „positiver Erfolge“ beschere werde, ist zerstört. Wir müssen uns rüsten auf die Katastrophen der Zukunft, um dann wieder mit einem grossen Ruck, einer entscheidenden Tat ein Stück vorwärts zu kommen, wie wir im Jahre 1905 vorwärts gekommen sind.

Der Staat wird sein Haus bestellen müssen. Wer wird, wer soll das Notwendige tun? Die „starke Regierung“, die volksfremde Bureaucratie, die allen Nationen ihren feindlichen Willen aufzwingt? Oder die starke Demokratie, die erwächst aus dem Willen der Völker?

Es ist unsere Sache, zu fordern, dass die Umgestaltung Oesterreichs nicht durch das Diktat der Bureaucratie, sondern durch die schöpferische Kraft der Demokratie erfolge. Warnend vor der Gefahr einer „starken Regierung“, mahnend zur Kräftigung der Demokratie, müssen wir in der heutigen Situation Oesterreichs unsere Aufgabe erfüllen.

Wir müssen darum heute schon die Verantwortlichkeit derer feststellen, die wiederum wie vor sechs Jahrzehnten, vom Hasse verblindet, uns geraden Weges in die Falle führen, die die Reaktion den Völkern Oesterreichs gestellt hat. Der Kampf gegen den Nationalismus ist heute unsere wichtigste Aufgabe. Wir müssen, jeder innerhalb seines Volkes wirkend, die Nationalisten der eigenen Nation als die Schrittmacher der „starken Regierung“ denunzieren.

Wir selbst aber müssen unsere Reihen zusammenhalten in internationaler Einheit. Wir müssen uns das Vertrauen der Völker verdienen, dass wir wenigstens, wir allein, den Willen und die Kraft haben, die nationalen Reibungen zu überwinden, aus denen die Reaktion ihre Kraft schöpft.

Der intransigente Internationalismus mag heute Scharen von Mitläufern aus unseren Reihen verscheuchen, er allein verbürgt uns aber, dass wir die Katastrophe, der das Bürgertum uns entgegenführt, werden ausnützen können für die grosse Sache des Proletariats. Nur wenn wir frei sind von aller Mitschuld an dem selbstmörderischen Treiben, das der „starken Regierung“ den Weg bahnt, wird der Zusammenbruch der bürgerlichen zum Triumph der proletarischen Demokratie werden.

Franz Tomášek: Nationale Minderheitsschulen als soziale Erscheinung

Der Frage der nationalen Minderheitsschulen erging es lange Zeit in unserer Partei, wenigstens was ihre theoretische Betrachtung anbelangt, wie so manchen anderen nationalen Fragen: wir haben sie uns vom Leibe gehalten und als eine Sache betrachtet, die uns nicht angeht, die nur in das Inventar der bürgerlichen Parteien gehört. Erst das unabweisbare Gebot der praktischen parlamentarischen Politik, durch welche wir vor konkrete nationale Fragen gestellt werden, zwingt uns, diesen Fragen näherzutreten, sie auf ihren Inhalt zu prüfen und nach theoretischer Analyse zu ihnen eine grundsätzliche und programmatische Stellung einzunehmen.

Wir müssen bei solcher Analyse selbstverständlich recht vorsichtig vorgehen: wir müssen diese Fragen zuerst von aller nationalistischer Schlacke, von aller Verbrämung durch bürgerliche Interessen befreien, um ihren sozialen Kern herauszuschälen.

Auch die Frage der Minderheitsschulen sowie die ganze Frage der nationalen Minderheiten und ihrer Forderungen ist eine Folge der sozialen Entwicklung. Es war

das der Fall im Mittelalter bei Entstehung deutscher Minderheiten, die sehr oft zu herrschenden Mehrheiten in den Städten Böhmens und Mährens geworden sind und die wir als residuum früherer Entwicklung heute noch vor uns sehen, und es ist der Fall bei den modernen proletarischen Minderheiten, die ein Produkt der neuesten sozialen Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind. Ihr Ursprung hängt mit dem Abströmen der arbeitenden Bevölkerung von den wirtschaftlich rückständigen Landbezirken in die Industriezentren zusammen. Eine neue nationale Minderheit präsentiert sich so als ein Teil des ganzen sozialen Organismus, den die Arbeiterschaft in einem Industrieorte darstellt. Solange nun diese Minderheit verschwindend klein ist, so lange machen sich auch ihre besonderen Forderungen nicht fühlbar. Die nationale Assimilation geht ohne Hindernis vor sich und die nationale Minderheit, die aus wenigen sporadisch herbeigezogenen nationalen Individuen besteht, verschwindet in der anderssprachigen Mehrheit, wird durch sie aufgesaugt, absorbiert.

Die Sache ändert sich, sobald die nationale Minderheit wächst, grösser wird, sobald es sich nicht um sporadische Einwanderung handelt, sondern der regelmässige Zuzug von Zugehörigen der nationalen Minderheit Platz greift. Da entwickelt sich das Gefühl der Solidarität und Zusammengehörigkeit, da entsteht engere Fühlungnahme, das Bedürfnis nach eigenen Vereinen, Versammlungen, nach eigener Presse wird wach. Die proletarische nationale Minderheit wird zu einem neuen selbständigen Organismus im Schosse des früher einheitlichen proletarischen Körpers. Die Assimilation wird verlangsamt. Die Mehrheit kann nicht mehr so leicht die Angehörigen der Minderheit absorbieren und es kommt zu sozialen Wehen, zu Schwierigkeiten und Reibungen, da der neue Organismus Erfüllung seiner Lebensbedürfnisse innerhalb der anderssprachigen Gemeinde anstrebt.

Aber es muss ganz offen herausgesagt werden: gerade die Sozialdemokratie, die sich, wie oben erwähnt wurde, in ihren Anfängen theoretisch zu den nationalen Fragen ablehnend oder wenigstens reserviert verhalten hat, trägt durch den Klassenkampf praktisch am meisten zu solcher Entwicklung bei, und zwar sowohl durch ihre Agitations- als auch ihre Organisationstätigkeit. Will man die eingewanderten Arbeiter, die meistens aus den wirtschaftlich rückständigen Gegenden kommen und darum als Lohndrücker gefährlich werden können, für die Armee des klassenbewussten Proletariats gewinnen, muss man zu den Eingewanderten in ihrer Sprache sprechen, Zeitungen und Broschüren, die in ihrer Sprache geschrieben sind, ihnen einhändigen, Organisationen mit ihrer Sprache gründen. So sind zum Beispiel die tschechischen sozialdemokratischen Vereine, Zeitungen, politischen Organisationen, gewerkschaftlichen Ortgruppen in Wien entstanden.

Die Entwicklung des Organismus der nationalen Minderheit macht aber bei diesen Errungenschaften nicht halt. Die Sozialdemokratie will nicht nur in der Zukunft für den Proletarier durch die Abschaffung der kapitalistischen Ordnung, durch den Ausbau einer neuen Gesellschaftsordnung auf der sozialistischen Grundlage die Möglichkeit zum vollen Ausleben in kultureller Hinsicht schaffen, sie will auch schon in der Gegenwart ihn kulturell emporheben, ihm so viel als möglich aus den Quellen der Wissenschaft und Kunst zu schöpfen geben, damit er für den geschichtlichen Kampf der proletarischen Klasse kampffähiger werde. Hiermit werden alle künstlerischen Veranstaltungen erklärt, die Popularisierung der Wissenschaft u. s. w. So kommt es zu den tschechischen Theater- und Opernvorstellungen, zu Konzerten in Wien, bei welchen durch heimische Kunst am wirksamsten das kulturelle Niveau der arbeitenden Schichte erhöht wird.

Aber soll die Vermittlung der Kultur nur bei den Erwachsenen mittels der Muttersprache erfolgen, soll sie bei den Kindern und beim Schulunterricht haltmachen? Das ist unmöglich. Deshalb sehen wir, dass überall, wo nationale Minderheiten lebendig wurden, die Forderung der Minoritätsschule in den Vordergrund ihrer Bestrebungen gestellt wird. Und es sind wiederum gerade die Sozialdemokraten, welche diese Forderung am meisten betonen, und zwar wieder aus Gründen sozialer Natur.

Der klassenbewusste Arbeiter erstrebt für seine Kinder tunlichst beste Erziehung und Bildung, damit sie einerseits in dem Existenzkampfe möglichst gutes Fortkommen finden, damit sie aber auch andererseits möglichst aufgeklärt werden, um dann im Klassenkampfe als Mitglieder der proletarischen Armee ihre Pflicht erfüllen zu können. Das macht nur der Unterricht in der Muttersprache, wie es die moderne Pädagogik verkündet

möglich. Da ist es wieder der Proletarier, der für seine Kinder diesen Unterricht dringender braucht als der Besizende, der eventuell durch den Hausunterricht die Mängel des Schulunterrichtes in einer fremden Sprache für seine Kinder ersetzen kann. Aber bei den Arbeitern, die in der Erziehung ihrer Kinder meistens nur auf den Schulunterricht angewiesen sind, machen sich Mängel des Unterrichtes um so mehr fühlbar. Und das hat dann gewöhnlich recht unangenehme soziale Folgen. Es ist gewiss nicht zufällig, dass in Wien eine so grosse Anzahl von Trägern tschechischer Namen als Angeklagte und Verurteilte in den Gerichtssälen und Gefangenhäusern zu finden sind. Dies durch eine verbrecherische Veranlagung der Angehörigen der tschechischen Nation erklären zu wollen, wäre töricht. Gewiss trägt die soziale Stellung der Proletarier, der soziale Urgrund des Verbrechens: das Elend, am meisten dazu bei, weil, wie gesagt, die tschechischen Einwanderer fast durchwegs Proletarier sind. Aber bei den Kindern der tschechischen Proletarier in Wien wirkt unzweifelhaft noch der andere, sehr schwer wiegende Grund hierbei mit, dass sie nämlich infolge des Unterrichtes in einer anderssprachigen Schule, dem sie nicht folgen können, geistig verkümmern, zurückbleiben und in der Folge in das Lumpenproletariat hinabsinken.

Ebenso ist es kaum zufällig, dass man so viele tschechische Namen in den Reihen der christlichsozialen Partei findet. Die Nachkommen der tschechischen Einwanderer, deren Urteilsvermögen durch den Unterricht in der ihnen unverständlichen Sprache nicht zur Entwicklung gebracht wurde, füllen die Reihen dieser arbeiterfeindlichen Partei. Es ist dann erklärlich, warum gerade diese Partei mit dem grössten Nachdruck den Minderheitsschulen widerstrebt: denn sie erreicht auf diesem Umweg mit den tschechischen Kindern dasselbe, was sie sonst mit der konfessionellen Schule anstrebt.

Ein solcher Unterricht in einer fremdsprachigen Schule hat aber auch ungesunde Rückwirkungen auf das Verhältnis in der Familie. Das Kind wird den Eltern direkt entfremdet, das Band der Familie sehr oft zerschlagen. In den ärmsten Familien, wo beide Eltern den ganzen Tag hindurch durch die Fabriksfron von den Kindern entfernt sind, wo die Kinder einerseits der Gasse und anderseits der anderssprachigen Schule überlassen sind, kommt es dann nicht selten vor, dass die Kinder nur deutsch, die Eltern nur tschechisch sprechen, dass sich beide nur mühselig verständigen, dass dann in solchen Familien so ein Kauderwelsch Platz greift, das nur Lachen und Spott der Nachbarn hervorruft. Und die Kinder, die unter solchen Umständen erzogen werden, schämen sich schliesslich ihrer Eltern, die kein anderer Makel trifft, als nur der, dass sie geborene „Böhm“ sind . . .

Aber noch ein sehr schwerwiegender und geradezu entscheidender Grund zwingt die Proletarier, nationale Minderheitsschulen für ihre Kinder anzustreben. Heute sind sie hier, morgen dort. Das Verhängnis der Arbeitslosigkeit kann sie morgen von dem heutigen Wohnort wieder nach der Heimat wegzagen, der Proletarier als „fluktuierendes Element“ muss also Sorge tragen, dass seine Kinder auch für diesen Fall geistig ausgerüstet bleiben. Es können doch nicht die Kinder dafür gestraft werden, dass der Moloch Kapitalismus ihre Eltern bald hierher, bald dorthin schleudert.

All das sind Gründe, die sozialen Bedürfnissen der Proletarier und ihren Klasseninteressen entspringen, welche sie bis jetzt veranlasst haben, die Errichtung von Minoritätsschulen, natürlich von zweckmässig beschaffenen Minderheitsschulen, worüber noch später zu sprechen ist, zu verlangen. In concreto haben es die tschechischen Genossen so gehalten in Nordböhmen und Nordmähren sowie in Niederösterreich, die polnischen Genossen in Ostschlesien und Nordmähren, die ruthenischen in den polnischen Städten Ostgaliziens, die slowenischen Genossen in Triest, in den Städten Südsteiermarks und Kärntens und die Italiener in Tirol. Und alles das sind gute sozialdemokratische Gründe, welche die Forderung der Minderheitsschulen auch zur programmatischen Forderung der gesamten sozialdemokratischen Partei machen müssen.

Ich hätte gar nicht geglaubt, dass in sozialdemokratischen Kreisen die Frage der Minderheitsschulen als solche überhaupt angezweifelt werden könnte. Ich hätte geglaubt, dass nur das „wie“, nicht das „ob“ zweifelhaft sein kann. Ludo M. Hartmanns Betrachtungen in der letzten Nummer des „Kampf“ haben mich eines Besseren belehrt. Hartmann bekämpft die nationalen Minderheitsschulen an sich, er betrachtet sie geradezu

als schädlich, als „Hemmnis der natürlichen Entwicklung“. Er geht von dem Standpunkte der absoluten Notwendigkeit der Assimilation der Minderheiten an die Mehrheit aus. Also keine Minderheitsschulen, sondern sprachlich einheitliche Schulen mit Einrichtungen, die die Assimilierung der anderssprachigen erleichtern sollen. Diesem Zwecke sollen die Kindergärten und Unterklassen dienen, in denen Kinder der Angehörigen der Minderheit als „minderbefähigte Kinder“ zuerst mit der notwendigen sprachlichen Befähigung ausgerüstet und dann erst mit den anderen Kindern zum gemeinsamen Unterricht zugelassen werden könnten. So sollten „Minderheitsschulen“ in wirklich gemischtsprachigen Ländern beschaffen sein, in Niederösterreich, besonders in Wien, jedoch wäre auch das nicht notwendig. Zu diesem Resultate kommt er vom Standpunkte des „Kollektivismus“, wie er sagt.

Ich gestehe ganz offen: Sollten die Minderheitsschulen die natürliche Entwicklung hemmen, wäre das für mich eine so schwerwiegende Einwendung, dass dadurch vielleicht meine Stellungnahme wesentlich beeinflusst würde. Zum Glück ist das nicht der Fall.

Ich habe oben angeführt, dass die modernen proletarischen Minderheiten mit ihren Forderungen ein Produkt, eine Konsequenz der modernen Entwicklung in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind. Der revolutionierende Kapitalismus hat sie geschaffen. Derselbe Kapitalismus, der die ganze Gesellschaft aufwühlt und zersetzt, der die Millionenerarmee der Proletarier schafft, der die Mittelschichten zerreibt, der zur Konzentration der Produktionsmittel und somit auch der Produktion selbst führt. Der kollektivistische Standpunkt der Sozialdemokratie will alle diese Wirkungen durch den Klassenkampf überwinden, von ihnen zu neuen Formen der Gesellschaftsordnung gelangen. Und so wie der Kapitalismus die Gesellschaft zersetzt und die proletarische Armee schafft, ebenso zersetzt er die Nationen, bewirkt er Aenderungen in ihrer Entwicklung, schafft er die Minderheiten.

Die Sozialdemokratie kann nicht zweierlei Stellungen einnehmen: eine, wenn es sich um Veränderungen im Schosse der Gesellschaft, eine andere, wenn es sich um Aenderungen im Schosse der Nation handelt. Es mag vom nationalen Gesichtspunkt schmerzhaft sein, den Kapitalismus seine revolutionierenden Wirkungen auch gegen die Nationen richten zu sehen, aber diese revolutionierenden Wirkungen durch die Verweigerung von Minderheitsschulen, durch Entnationalisierung der Minderheiten paralisieren zu wollen, was heisst das anderes, als die natürliche Entwicklung hemmen zu wollen?

Die Sozialdemokratie, die auf den revolutionären Wirkungen in der Gesellschaft weiterbauen will, die auf Grund dieser Wirkungen geradezu den gesellschaftlichen Umsturz durchführen will, die soll stehen bleiben, wenn es sich um Veränderungen in der und an der Nation handelt? Die Nation soll ein Rührmichnichtan bleiben? Ja, auch das ist ein „Kollektivismus“, aber nicht der Kollektivismus, wie er der Sozialdemokratie vorschwebt, sondern ein Kollektivismus der Nation, der die Versteinerung der bisherigen nationalen Verhältnisse anstrebt, der sich der natürlichen Entwicklung in den Weg stellt. Das ist das Gegenteil der revolutionären Weltanschauung der Sozialdemokratie, das ist Konservatismus, der sich hinter die Unantastbarkeit und ewige Unveränderlichkeit der Nation verschanzt hat. Und übrigens, auch wenn die Sozialdemokratie im Widerspruch gegen ihr sonstiges revolutionäres Vorgehen in dieser Frage konservativ und reaktionär handeln wollte, die natürliche Entwicklung würde sie trotzdem nicht verhindern können. Denn solche konservativen Massnahmen gegen die natürliche Entwicklung, solche Riegel würden die Entwicklung nur schmerzhafter gestalten, anderes würde dadurch nicht erzielt werden. Die Entwicklung zerbricht solche Fesseln schliesslich selbst.

Also nicht die Entwicklung, sobald sie Veränderungen in der Nation und an ihr hervorruft, hemmen und verhindern, sondern sich ihr anpassen, nicht durch Verweigerung von Minderheitsschulen und durch Errichtung von „Förderklassen“ sie durchkreuzen wollen, sondern durch Errichtung von zweckmässigen Minderheitsschulen sie in geregelte Bahnen führen — das muss das Ziel der Sozialdemokratie sein. Unaufhaltsam vorwärts! Weg mit aller Versteinerung, fort mit allem entwicklungsfeindlichen Konservatismus!

L. M. Hartmann, der gegen die Minderheitsschulen merkwürdigerweise sogar die bedrohte Einheitlichkeit der Gewerkschaften herbeizieht, schliesst seine Ausführungen mit den Worten: „Wien wird niemals eine gemichtsprachige, geschweige denn eine tschechische

Stadt werden und Prag wird nie wieder deutsch werden.“ Darüber will ich nicht streiten. Ich will mich auf solche Mutmassungen oder gar Prophezeiungen über die Zukunft nicht einlassen. Aber geben nicht schon die Worte: „Prag wird nie wieder deutsch werden“ über die Vergangenheit und Gegenwart zu bedenken? Prag war nach Hartmann einmal deutsch. Das offizielle Prag gewiss. Aber in einem deutschen Prag dürfte nach dieser Theorie keine einzige tschechische Minoritätsschule existieren, es würde ein künstliches Hindernis gegen die natürliche Entwicklung errichtet werden. Und wir sehen dieselbe Entwicklung in anderen Städten Böhmens (Budweis) oder Mährens. Soll diese Entwicklung künstlich aufgehalten werden? Cuius regio eius religio (Wem das Land gehört, der bestimmt die Religion der Bewohner) — hiess es einst, und es war eine rückschrittliche Maxime, die viel Unheil gestiftet hat. Was soll man von der in das 20. Jahrhundert übertragenen „kollektivistischen“ Maxime: „Wessen das Land, dessen auch die Schule“ halten?

Es wäre vielleicht nicht einmal notwendig, zur Widerlegung des unhaltbaren Hartmannschen Standpunktes seinen wahren Charakter und seine Natur aufzudecken, es würde vielleicht auch genügen, die Frage der Ausführbarkeit seiner Vorschläge aufzuwerfen. Die entnationalisierenden Kindergärten und Unterklassen sollen in Böhmen und Mähren errichtet werden. Glaubt Hartmann, dass die bestehenden deutschen Schulen in Prag, Pilsen, Budweis und die tschechischen in Brünn und allen anderen Gemeinden aufgehoben werden sollten? Oder sollten dann die älteren Minderheiten begünstigt bleiben, während die neuen proletarischen, die als Folgen der modernen kapitalistischen Entwicklung entstanden sind, zurückgesetzt werden sollen?

Nach allem, was ich angeführt habe, kann es für keinen Sozialdemokraten zweifelhaft sein, welche prinzipielle Stellung er gegenüber der Frage der Minderheitsschulen einnehmen soll: es entspricht seiner ganzen revolutionären Anschauung über die gesellschaftliche Entwicklung, dass er die Forderung der Errichtung von Minderheitsschulen in das Parteiprogramm aufnehme und dass er nicht nur die Einführung der darauf bezüglichen neuen oder die Anpassung der alten Gesetze anstrebe, sondern dass er auch sonst bei Förderung des Minderheitsschulwesens behilflich sei.

In concreto könnte vielleicht noch die Frage auftauchen, ob gerade auch in Wien und Niederösterreich die Errichtung von tschechischen Schulen von Amts wegen — vielleicht mit Einführung von neuen oder Modifizierung von alten Gesetzen — erfolgen sollte. Die Frage kann aber meiner Ansicht nach für einen Sozialdemokraten kaum fraglich sein. Auch die niederösterreichische proletarische Minderheit ist ein Produkt der modernen kapitalistischen Entwicklung, ein Sozialdemokrat kann ihr nicht die Rechte absprechen, die die Minderheiten in Böhmen und Mähren besitzen. Für ihn muss die neue proletarische Minderheit denselben Wert haben, wie die alten geschichtlichen Minderheiten. Und insbesondere, da es sich um eine so zahlreiche Minderheit handelt wie in Niederösterreich und Wien, wo die Anzahl der Angehörigen der Minorität die Volkszahl ganzer Kronländer übertrifft, sogar solcher Kronländer, die durch die sogenannten Schutzgesetze „geschützt“ werden sollen!

Auch die gesetzlichen Schwierigkeiten dürften nicht so gross sein, wie vielleicht angenommen wird. Das Reichsgericht hat zwar am 19. Oktober 1904 die Forderung nach tschechischen Minoritätsschulen mit der Begründung, dass der tschechische Volksstamm in Wien nicht wohne und die tschechische Sprache in Wien nicht landesüblich sei, abgewiesen. Aber dasselbe Gericht hat am 25. April 1877, Z. 91, als es sich um eine Beschwerde der Gemeinden Ober- und Unter-Themenau und Bischofswarth in Niederösterreich gegen das Unterrichtsministerium wegen der Zurücksetzung der slawischen (das heisst der tschechischen) Sprache an den Volksschulen handelte, einen anderen Standpunkt eingenommen. Der niederösterreichische Landesschulrat hat damals für die genannten Schulen den deutschen Unterricht auf der Grundlage deutscher Schulbücher mit Ausschluss der Unterweisung in einer slawischen Sprache angeordnet, den Gebrauch der slawischen Sprache bloss zur Vermittlung des Verständnisses des deutschen Unterrichtes gestattet und bestimmt, dass so lange, als die Notwendigkeit dieser Vermittlung durch das Slawische bestehen wird, nur Lehrer angestellt werden dürfen, welche der bezüglichen slawischen Sprache, ohne gerade die formale Lehrbefähigung für dieselbe nachweisen zu müssen, ausreichend kundig sind. Das Reichsgericht hat zu Recht erkannt,

dass durch diese Anordnung das durch den Artikel 19 des Staatsgrundgesetzes gewährleistete Recht verletzt wurde. Und in der Begründung hat das Reichsgericht ausdrücklich gesagt:

„Hiernach kann wohl nicht bestritten werden, dass ... in diesen drei Gemeinden die slawische Sprache als die wenn nicht exklusive, so doch mindestens vorherrschende volks- und landesübliche Sprache angesehen werden muss, und dass demnach den Einwohnern dieser drei Gemeinden verfassungsmässig das unverletzliche Recht zusteht, dass daselbst die slawische Sprache gleichberechtigt, wie jede andere von den im Kaisertume Oesterreich landesüblichen Sprachen gewahrt und gepflegt und dass dafür Sorge getragen werde; dass in den dortigen Volksschulen die Kinder die erforderlichen Mittel zur Ausbildung auch in ihrer Muttersprache, das ist in der slawischen Sprache erhalten ... Dieser Rechtsstandpunkt der Frage kann in keiner Weise durch die von dem k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht dagegen gemachten Erwägungen alteriert werden, dass das Nebeneinanderstehen verschiedensprachiger Schulen ein Uebelstand für das Schulwesen sowie ökonomisch nachteilig sei und zahlreiche Vorkehrungen in Ansehung der Schulaufsicht und der Lehrerbildung nötig mache; dass es ferner im eigenen Interesse der Bevölkerung dieser Ortschaften, die in einem durch und durch vom deutschen Volksstamme bewohnten Lande und rings von deutscher Bevölkerung umgeben sind, gelegen ist, dass deren Jugend vor allem deutscher Bildung zugeführt werde. Denn dies alles sind Opportunitätserwägungen, welche dem nun einmal durch die Staatsgrundgesetze garantierten Rechte der Bewohner dieser Ortschaften auf gleichberechtigte Wahrung und Pflege ihrer slawischen Sprache und Nationalität nicht präjudizieren, daher auch für das Reichsgericht nicht massgebend sein können, weil ja dies nur nach Gerechtigkeit und Gesetz zu entscheiden hat. Die rechtverletzende Natur der in Rede stehenden administrativen Verfügung wird endlich auch durch den von dem k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht zur Rechtfertigung seiner Anordnungen noch weiter berufenen § 6 des Reichsvolksschulgesetzes vom 14. Mai 1869, R.-G.-Bl. Nr. 62, und beziehungsweise durch die Bemerkung nicht saniert, dass in diesem Paragraphen die Entscheidung über die Unterrichtssprache in den Volksschulen dem Landeschulrate anheimgestellt ist, weil dieser wohl schon nach der Natur der Sache und noch überdies vermöge des ausdrücklichen in dieser Gesetzesstelle selbst vorkommenden Beisatzes: „innerhalb der durch die Gesetze gezogenen Grenzen“ durch seine diesfälligen Entscheidungen oder Anordnungen niemals einem Gesetze und nun gar einem Staatsgrundgesetze entgegenzuhandeln befugt sein kann“.

Am 19. Oktober 1882, Z. 209, hat das Reichsgericht wieder in einer Schulangelegenheit dieser drei Gemeinden entschieden. Der Landesschulrat und das Ministerium haben ihnen den Auftrag erteilt, dass in Zukunft an den Volksschulen in Bischofswarth und Unter-Themenau auch der Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt werden solle. Das Reichsgericht hat darin wieder eine Verletzung des Artikels 19 des Staatsgrundgesetzes erkannt, wieder die Opportunitätsgründe abgewiesen und nicht einmal die zwischen der Gemeindeverwaltung und den Behörden getroffene Vereinbarung als massgebend anerkannt. In der Begründung heisst es:

„Die vorliegende Beschwerde war sohin ohne Rücksicht auf die vorerwähnten Vereinbarungen nur nach den Staatsgrundgesetzen zu entscheiden. Im Sinne dieser musste aber dieselbe als gesetzlich begründet gefunden werden; denn der Artikel 19 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, Nr. 142 R.-G.-Bl. gewährt allen Volksstämmen des österreichischen Staates bei der Einrichtung der öffentlichen Unterrichtsanstalten die erforderlichen Mittel zur Ausbildung ihrer Sprache. Nun ist nach den Ergebnissen der neuesten amtlichen Volkszählung von 1880 in der Gemeinde Unter-Themenau die Bevölkerung überhaupt und namentlich auch die schulbesuchende Jugend der überwiegenden Mehrzahl nach, in Bischofswarth aber ohne alle Ausnahme der tschechischen Nationalität angehörig. Hiernach haben die Eltern dieser Kinder und respektive die beiden Ortsgemeinden ein verfassungsmässiges und unverletzliches Recht zu fordern, dass der Unterricht in den dortigen Volksschulen auch in der Religion in ihrer Sprache, also in der slawischen, als der dort landesüblichen Sprache erteilt werde.“

Das Reichsgericht hat übrigens in einer anderen Entscheidung vom 12. Juli 1880, Z. 121, bei einer Beschwerde, die sich gegen Errichtung einer deutschen Volksschule in Brody in Galizien richtete, das Wort „landesüblich“ folgendermassen interpretiert:

„Dass es aber bei Lösung der Vorfrage, ob irgend eine Sprache in einem österreichischen Lande als daselbst landesübliche anzusehen sei, keineswegs — wie das Unterrichtsministerium behauptet — darauf ankomme, ob dieselbe im ganzen Lande üblich und verbreitet sei — sondern dass es selbst schon nach dem allgemein sprachgebräuchlichen Sinne des Wortes: „landesüblich“ genüge, wenn sie auch nur in einzelnen Bezirken oder Orten des Landes, also doch auch im Lande üblich, das heisst von irgend einer grösseren daselbst vereinigten Zahl von Eingeborenen im täglichen Umgange gesprochen wird, ist noch insbesondere erhärtet durch die Bedeutung, welche den einschlägigen Ausdrücken in der positiven österreichischen Gesetzgebung innewohnt. Es kann nämlich von einer besonnenen Gesetzgebung wohl nicht angenommen werden, dass sie bei der Fassung eines Staatsgrundgesetzes in dem oft zitierten Artikel 19 ohne Vorbedacht erst (im zweiten Alinea) den Ausdruck „landesübliche“ Sprache anwendet und dann im Gegensatze davon im folgenden Alinea von „Landessprachen“ spricht. Einen zweckentsprechenden Sinn erlangt dieser in einem und demselben Artikel des Gesetzes gebrauchte Gegensatz aber nur dann, wenn man dem zuerst u d

zwar dort, wo die grundsätzliche und allgemeine Anordnung über die Gleichberechtigung aller „landesüblichen“ Sprachen gegeben wird, gebrauchten Ausdrücke „landesübliche“ Sprache eben — den schon oben präzisierten Sinn „im Lande überhaupt, also wenn auch nur in einzelnen Orten und Bezirken desselben üblich“ unterlegt. Diese Auslegung wird ferner durch die ganz konkrete Anordnung des Alinea 3 unterstützt, wonach jedem von den mehreren in einem Lande wohnenden Volksstämmen das unverletzliche Recht zugesichert wird, von den öffentlichen Unterrichtsanstalten die Ausbildung in seiner Sprache, also nicht notwendig in einer von den allgemeinen Landessprachen, sondern allerdings auch in der von diesem Staate gebrauchten, wenn nur nach Alinea 2 in diesem Lande überhaupt noch landesüblichen Sprache zu fordern.“

Die Rechtsprechung und Entscheidungspraxis des Reichsgerichtes in der Frage der Minderheitsschulen ist, wie aus dem eben Angeführten zu ersehen ist, nicht einheitlich. Die letzte Entscheidung vom 19. Oktober 1904 steht in Widerspruch mit der ganzen bisherigen Praxis und mit den Rechtsanschauungen dieses Gesetze interpretierenden Tribunals von früher. In Unter-Themenau ist die tschechische Sprache landesüblich, in Wien jedoch nicht. In der letzten Entscheidung liegt eine so willkürliche, sinnwidrige und gewalttätige Interpretation dieses Wortes vor, dass es nur eine Frage der Zeit sein kann, dass die entgleiste Rechtsprechung wieder in normales Geleise gebracht werde. Es handelt sich in diesem Falle um ein Jonglieren mit dem Worte „landesüblich“, wie es auch eine sehr gewichtige Rolle in den Gerichtsgeschichten aus Eger und anderen deutschböhmisches Bezirken gespielt hat. Aber dieses Jonglieren muss ein Ende finden ebenso bei dem höchsten Gerichte wie bei den Gerichten der ersten Instanz. Jedenfalls ist ersichtlich, dass bei geordneter und konsequenter Interpretation der heute schon in Geltung stehenden Gesetze die heutigen Gesetze vollkommen ausreichen würden, damit auch in Niederösterreich dem brennenden Bedürfnisse nach Minderheitsschulen Genüge getan werden könnte . . .

Die weitere wichtige Frage nach der Beschaffenheit der Minderheitsschulen kann ich kurz behandeln: denn ich befinde mich hierin im vollständigen Einklang mit Otto Bauer („Kampf“, III., S. 17 ff.). Auch ich erachte es für vorteilhaft und zweckmässig, einen neuen Typus von Minoritätsschulen einzuführen, in denen die Sprache der Mehrheit nicht nur Unterrichtsgegenstand, sondern in den höheren Klassen bei einzelnen Gegenständen auch die Unterrichtssprache bildet. Ist Bauer zu dieser Forderung auf dem Wege theoretischer Erwägungen gelangt, so bin ich zu ihr bei meiner praktischen Betätigung im Minoritätsschulwesen gekommen. Die tschechischen Sozialdemokraten kämpfen bekanntlich seit langen Jahren um öffentliche Minoritätsschulen nicht nur in den Sudetenländern, sondern auch in Niederösterreich, und wo es ihnen momentan unmöglich ist, öffentliche Schulen zu erreichen, helfen sie werktätig bei Errichtung von Privatschulen, in denen sie ein vorübergehendes Surrogat für öffentliche Schulen erblicken. Ich selbst habe mich hierbei mit dem Gedanken befasst und habe ihn auch in einer Konferenz der tschechischen Genossen vor einigen Monaten aufgeworfen: dass nämlich auch schon die privaten Minderheitsschulen in der oben erwähnten Weise umgebildet, ihr Lehrplan in dieser Weise abgeändert werden solle.

Für die Minderheiten ist der Unterricht in der Muttersprache eine Lebensfrage, eine *Conditio sine qua non*; aber ebenso unumgänglich notwendig für sie ist, dass die Kinder die Sprache der Mehrheit vollkommen beherrschen. Das ist ein kategorisches Gebot des natürlichen Bedürfnisses. Aber vollkommenes Beherrschen einer Sprache erlernt man nicht nur durch den grammatikalischen Unterricht und durch sporadische Konversationsstunden, sondern am leichtesten dadurch, wenn man in den höheren Klassen, wo das Kind die notwendige Vorbereitung schon besitzt, diese Sprache auch als Unterrichtssprache in einzelnen Gegenständen anwendet. Der Unterricht in einzelnen Gegenständen (zum Beispiel Geschichte, Naturgeschichte) in der Sprache der Mehrheit würde sich empfehlen auch schon deshalb, weil dadurch die Konversationsstunden in den höheren Klassen entbehrlich würden und die Ueberlastung des Stundenplanes vermieden werden könnte.

Ich würde mir die Einteilung des Unterrichtes der Sprache der Mehrheit etwa in folgender Weise vorstellen (ich nehme die fünfklassige Volksschule als normale Grundlage): In der ersten Schulklasse müsste sich der Unterricht auf Aneignung eines gewissen Vorrates der gewöhnlichsten und wichtigsten Wörter beschränken (Schreiben und Lesen

auch in der zweiten Sprache wäre gewiss über die Möglichkeit der Leistungen dieser Klasse); in der zweiten Klasse das Schreiben und Lesen in der Sprache der Mehrheit und in einzelnen dazu gewidmeten Stunden Anfänge der Konversation; in der dritten Klasse Grammatik mit parallelen Konversationsstunden, in der vierten neben Grammatik (im breiten Sinne des Wortes, also auch Stil u. s. w.) ein Gegenstand, in der fünften Klasse zwei Gegenstände mit der Sprache der Mehrheit als Unterrichtssprache.

Durch diese oder ähnliche Einteilung und Anpassung des Unterrichtes würde meines Erachtens am sichersten das erreicht, um was es sich in diesem Falle handelt, nämlich dass das Kind die Sprache der Mehrheit in Wort und Schrift vollständig erlerne und dass es sie in vollkommener Weise beherrsche. Ich verhehle mir nicht, dass diese eben angeführte Methode vielleicht auch in den Reihen der tschechischen Sozialdemokraten auf Bedenken und sogar Widerstand stossen wird, wie es auch bei den deutschen Genossen der Fall zu sein scheint; aber schon der Umstand allein, dass ein deutscher und ein tschechischer Sozialdemokrat, unabhängig voneinander und ein jeder von einem anderen Gesichtspunkt ausgehend, zu derselben Forderung gelangt sind, zeugt meiner Meinung nach dafür, dass eine solche Lösung gewiss einen gesunden Kern enthalten muss. Und vielleicht dürfte es auch nicht ganz unbegründet sein, wenn ich daran noch eine zweite Folgerung anknüpfe: nämlich dass bei vorurteilslosem, unvoreingenommenem Behandeln dieser Frage von beiden Seiten es doch zu einer beide Seiten befriedigenden Einigung kommen könnte . . .

Wenn ich aber über das Problem der Minderheitsschulen nachdenke, darf ich nicht an zwei wichtigen Fragen achtlos vorübergehen, ohne deren richtige Beantwortung an eine zweckdienliche und gründliche Lösung der Frage der Minderheitsschulen nicht zu denken ist. Ich meine damit erstens den inneren Geist des Minderheitsschulwesens, zweitens die finanzielle Seite dieser Frage.

Wie soll der Unterricht der Sprache der Mehrheit in einer Minderheitsschule, ich sage nicht mit Liebe, sondern mit wahren Interesse der Schüler verfolgt werden, wenn sie in dieser Sprache etwas ihnen Feindliches sehen? Darin hat L. M. Hartmann gewiss recht, dass diese Stimmung sehr wesentlich den Unterricht beeinträchtigt. Diese Stimmung entspringt heute teilweise aber dem Umstand, dass die Privatvolksschulen Gegenstand des Kampfes gegen die Mehrheit sind. Mit der gesetzlichen Regelung dieser Frage würde dieser Grund entfallen. Aber auch dessen ungeachtet müsste, was den Geist des Unterrichtes anbelangt, eine Aenderung eintreten. Und da glaube ich nicht nur an den Minderheits-, sondern auch an den Mehrheitsschulen. Dieser Geist der Unverträglichkeit, der nationalen Unversöhnlichkeit der Erwachsenen fusst schon in der Schule. Wenn man in dem Geschichtsunterricht, statt nur alle nationalen Zusammenstösse, alle Kriege zwischen Deutschen und Tschechen anzuführen, die Kinder dazu führen würde, neben den grossen geistigen und kulturellen Leistungen der eigenen Nation auch dasjenige, womit die andere Nation zum gemeinsamen Kulturschatz der Menschheit beigetragen hat, kennen zu lernen, dann würde doch dieser Geist der Unduldsamkeit allmählich verschwinden. Dass gerade die Sozialdemokratie, die sich in ihrem Emanzipationskampf die Hände über die Grenzen der Völker reicht und die die Verbrüderung der Völker herbeiwünscht und anstrebt, auch zugunsten eines friedliebenden Geistes der gegenseitigen Achtung in den Schulen eingreifen muss, ist für mich selbstverständlich. Würde das erlangt, würde dadurch auch wesentlich der Erfolg der Minderheitsschulen gefördert. In dieser Frage fliesst aber das Interesse der Minderheitsschulen mit jenem der Mehrheitsschulen zusammen.

Und ebenso steht es mit der zweiten Frage, mit der finanziellen Seite der zu errichtenden Minderheitsschulen. Heute ist es gewöhnlich gerade diese Seite der Sache, die aus der Errichtung einer Schule entspringende schwere Belastung der Gemeinden, die die Gemeindegewaltigen zu dem hartnäckigen Widerstand treibt. Aber wir wissen, dass solcher Widerstand sich nicht nur gegen die Minderheitsschulen äussert, sondern dass manchmal auch die einsprachigen Gemeinden sich der Neugründung einer Schule mit ihrer eigenen Unterrichtssprache hartnäckig widersetzen. Die Gemeinden trifft schon die gesetzliche Verpflichtung, die eine Schule zu errichten, sehr schwer und schon darin sollte Remedur geschaffen werden — desto schwerer die gesetzliche Pflicht, noch eine zweite Schule zu errichten für die Minderheit. Um so mehr muss hier eine Aenderung

des Gesetzes herbeigeführt werden. Natürlich müsste diese Last auf grössere Territorialgebiete überwältigt werden. Diese materielle Seite — gerade weil sie materieller Natur ist — erscheint mir so wichtig, dass ich ohne ihre gleichzeitige Lösung die Lösung der ganzen Minoritätsschulenfrage als vollständig mangelhaft und von Grund aus verfehlt betrachten würde.

Jakob Pistiner: Minderheitsschule und Assimilation

Die Ausführungen Ludo Hartmanns über die nationale Minoritätsschule zwingen zu einer Widerlegung. Nicht etwa deshalb, weil sich in jedem von uns das Gefühl dagegen auflehnt, eine Minorität zu vergewaltigen, eine nationale Minorität gewaltsam zu assimilieren; denn in der geschichtlichen Entwicklung entscheidet nicht das Gefühl, sondern die Vernunft; wenigstens sollte sie entscheiden. Wenn es also vernünftig wäre, dass den nationalen Minderheiten ihre Schule vorenthalten werde und man sie zwingt, die Schule der Mehrheit zu besuchen, dann müssten wir alle unsere vom Gefühl diktierten Bedenken zurückstellen. Wann wären diese Vorschläge vernünftig? Wenn sie den Erfolg hätten, den Hartmann von ihnen erwartet, wenn sie die nationale Assimilation der Minderheit fördern würden. Wäre dies der Fall, dann würde man auf diesem Wege — mag er auch brutal scheinen und unserem Empfinden widersprechen — zu einem Ergebnis kommen, das schon um seiner Einfachheit willen jeden befriedigen müsste. Jede Nation hätte ihr Gebiet. Mit der Zeit würden, da die nationalen Wanderungen mit der fortschreitenden Industrialisierung Oesterreichs nachlassen und als Massenerscheinung verschwinden werden, die Minoritäten assimiliert sein. Der Gedanke ist gewiss bestrickend, dass jede Nation ein geschlossenes Territorium innehaben werde. Wäre dies der Fall

Aber ist dem so? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir untersuchen, wie und wann die nationale Assimilation vor sich geht. Damit ein Nationssplitter sich der Majorität assimiliert, muss er kulturell und sozial gewisse Berührungspunkte mit der Majorität haben. Sowohl dann, wenn die nationale Minderheit kulturell zu hoch über der Mehrheit oder zu tief unter ihr steht, als auch, wenn sie sich sozial von ihr abhebt, ist eine Assimilation ausgeschlossen. Sie ist aber auch dort als Massenerscheinung ausgeschlossen, wo zwei Nationen kulturell gleich hoch — also nicht gleich tief — stehen und die Minderheit irgend einen Rückhalt an ihrer Nation hat. Ich habe dies in meiner Heimat beobachtet. Die Bukowina ist ein abnormales Land, sie kann nicht bei den gesamtösterreichischen Erwägungen berücksichtigt werden, aber sie bietet für die nationale Frage eine Reihe von lehrreichen Beispielen. Während hier Assimilierungen von Rumänen und Ruthenen sehr häufig sind, kommen solche der Polen oder gar Deutschen fast nie vor. Solange die Ruthenen kulturell unter den Rumänen standen, wurden sie in stärkerer Masse assimiliert, während sie jetzt bereits durch die Kraft der grösseren Zahl rumänische Minoritäten aufsaugen. Dabei gingen solche Assimilierungsprozesse nicht nur unbewusst vor sich, es ist selbst noch aus der letzteren Zeit ein Beispiel einer bewussten Assimilierung bekannt. Im rumänischen Bezirk Suczawa gibt es ein rein ruthenisches Dorf. Vor etwa drei Jahren beschlossen nun die Einwohner dieses Dorfes, dass ihre Kinder fortan nur rumänisch unterrichtet werden sollten. Sie entfernten den ruthenischen Lehrer gewaltsam. Die Gendarmerie rückte ein, es half alles nichts. Sie haben erkannt, dass es für sie besser ist, wenn sie aufhören, ein Fremdkörper im rumänischen Bezirk zu sein. Dagegen ist das grösste Dorf der Bukowina, Kuczurmare, gemischtsprachig. Dort kann von einer Assimilation keine Rede sein, die Rumänen und Ruthenen leben im erbittertsten Streite.

Wie erklären wir nun diese Erscheinungen? Warum assimilieren sich Rumänen und Ruthenen in einzelnen Orten sogar bewusst, während sie in anderen nicht einmal

nebeneinander leben können? Warum assimilieren sich die Deutschen keiner der autochthonen Nationen, warum nicht die Polen und Slowaken den stammverwandten Ruthenen? Dies erklärt sich nur so: die Rumänen und Ruthenen gehen den gleichen Berufen nach, stehen sozial auf derselben, kulturell fast auf derselben Stufe. Bei ihnen sind also alle Bedingungen für die Assimilation gegeben. Sobald nun eine Minorität den Wert des Wissens erkannt hat, jedoch noch nicht den des nationalen Wissens, vollzieht sie den Prozess sogar bewusst. Wo die beiden Nationen in grösserer Kulturhöhe aufeinanderstossen, verlangsamt sich der Prozess, denn die Minorität hat schon etwas, das sie durch die Assimilation einbüsst, nämlich die nationale Kultur. Deutsche oder Polen können jedoch die Minoritäten der autochthonen Nationen weder assimilieren, noch von ihnen assimiliert werden, weil sie kulturell zu weit von ihnen abstehen. Zwischen Deutschen und Polen wieder tritt trennend die soziale Stellung. Die Masse der Deutschen sind Bauern und Bauarbeiter, die der Polen Eisenbahner und Handwerker. Tatsächlich wird denn auch der deutsche Schuhmacher von den Polen aufgesogen und der polnische Bauarbeiter von den Deutschen.

Es hat also die Assimilation ihre Grenze, eine Grenze, die auch nicht dadurch erweitert werden kann, dass die Kinder in die Schule der nationalen Mehrheit geschickt werden. Nehmen wir selbst an, das Kind werde planmässig angehalten, die Sprache der Mehrheit zu sprechen. Wie soll es aber in der Sprache der Mehrheit denken, wenn es daheim in der der Minderheit reden muss? Die Eltern haben ja noch keine Mehrheitschule besucht! Und nicht nur im Hause. Vielmehr sind die Siedelungsverhältnisse so, dass meist die nationale Minderheit zusammenwohnt. Es ist ja möglich, dass, wenn man vor vielen Jahren planmässig die Assimilation durch die Gebietsschule gefördert hätte, wenn ein bestimmtes Gebiet als das einer Nation bezeichnet und behandelt worden wäre, dass dann die nationale Minderheit restlos aufgesogen worden wäre. Es ist möglich, wenn auch nicht wahrscheinlich. Aber heute ist es dazu zu spät. Heute stehen die Nationen Oesterreichs schon auf einer solchen Kulturstufe, dass sie etwas aufgeben müssen, um sich zu assimilieren. Wenn die Minderheiten dennoch dem Gewicht der grossen Zahl folgen, so nur unbewusst, allmählich und teilweise. In dem Augenblick, wo die Mehrheit in den Assimilierungsprozess bewusst eingreift — und dies ist bei der Gebietsschule heute der Fall — wird die Minderheit stutzig und wehrt sich. Die Gebietsschule würde heute unter den gegebenen Verhältnissen den Assimilierungsprozess aufhalten und den nationalen Streit entfachen. Und man darf nicht etwa glauben, dass der nationale Streit etwas Künstliches sei, ein Werk chauvinistischer Demagogen. Diese sind bloss die Schmarotzer und Nutzniesser des nationalen Streites, er selbst ist die natürliche Folge der kapitalistischen Entwicklung. Der Staat ist zu eng geworden für die vielen Nationen, sie müssen aufeinanderstossen.

Die nationale Minderheitsschule ist somit eine Notwendigkeit und es blieben nur noch zwei Fragen zu erörtern. Welche Form soll diese Schule haben und wie wird sie geschaffen? Ueber den Aufbau der Minderheitsschulen hat Genosse Bauer sehr genaue Vorschläge gemacht, die ins einzelne gehen. Bauer ist hier rein theoretisch zu einem Ergebnis gekommen, das auch in der Wirklichkeit bereits besteht, wovon er vermutlich nichts weiss. In Czernowitz war bis zu diesem Jahre die deutsche Sprache Unterrichtssprache — nebenbei: dadurch ist niemand für die deutsche Nation gewonnen worden — nur wurden an jenen Schulen, an denen sich eine entsprechende Anzahl von Schulkindern der rumänischen, ruthenischen oder polnischen Nationalität oder (um im Bureaukratenjargon zu reden) Muttersprache einscrieben, für die Schüler der ersten und zweiten Klasse Parallelklassen errichtet, in denen paritätisch mit der deutschen Unterrichtssprache in der betreffenden „Muttersprache“ unterrichtet wurde. Die Folge war natürlich, dass die Kinder nichts erlernten. In diesem Jahre schritt man nun an die Errichtung nationaler Schulen, beziehungsweise Schulklassen. Da jedoch keine Nation auf die Kenntnis der deutschen Sprache und die Deutschen nicht auf die einer Landessprache verzichten wollten, wird der von Bauer gewünschte Zustand angebahnt, dass von der dritten Klasse ab eine zweite Unterrichtssprache gelehrt wird. Lehrer und Politiker waren es, welche dies auf Grund ihrer Erfahrungen verlangten. Die Befürchtung Hartmanns, in solchen Schulen würde der Lehrer doch den Unterricht in der Sprache der Mehrheit bloss der Form

halber betreiben, ist wohl unbegründet, da er eine sehr wirksame Kontrolle in dem Bedürfnis der Minderheit nach der Kenntnis der zweiten Sprache hat.

Doch wie schaffen wir diese Schulen? Hier kann natürlich die Bukowina nicht mehr als Beispiel angesehen werden. Hier, wo jede Nation eine Minderheit ist und die Nationen noch nebeneinander Raum haben, konnte die Frage durch Vereinbarungen gelöst werden. Aber im Reiche auf eine Vereinbarung der Nationen zu warten, dürfte unsere Geduld auf eine harte Probe stellen. Eine Lösung in diesem Augenblick, wo die nationalen Leidenschaften aufs höchste aufgepeitscht sind und dynastische Sonderbestrebungen den nationalen Ausgleich hemmen, ist kaum möglich.

Adolf Braun: Lebensmittelteuerung und Gewerkschaftsbewegung

An Stelle des unter der Herrschaft des handwerksmässigen Betriebes allgemein üblichen Naturallohnsystems ist als Regel in allen fabrikmässigen Gewerben und auch für die meisten Arbeiter im Handwerke das Geldlohnsystem getreten. Gegen die Reste des Naturallohnsystems wendet sich energisch der Kampf der Gewerkschaften, so bei den Bäckern, bei den Friseuren, im Bekleidungsgerwebe, bei den Hufschmieden. Häufiger noch in ländlichen Gegenden als in städtischen Gebieten finden wir die Reste des Naturallohnsystems, zu dessen Ausrottung die Gewerkschaften in Deutschland eine eigene Organisation, die Kommission zur Bekämpfung des Kost- und Logiswesens, gegründet haben. Es gilt den Arbeitern als das Zeichen tiefster Rückständigkeit der betreffenden Industrie, ihrer Arbeiter und Unternehmer, wenn nicht die letzten Reste des Naturallohnsystems vollständig ausgemerzt sind. Nicht bloss die Gewerkschaften haben dieses Naturallohnsystem bekämpft, die ersten Anfänge der Arbeiterschutzgesetzgebung in Deutschland und in Oesterreich galten der Durchsetzung des Geldlohnsystems, der Bekämpfung der Bezahlung der Arbeiter in Waren, vor allem in Nahrungsmitteln und in Wohnungelegenheiten. Selbst in den Zeiten der fast vollkommenen Beherrschung der wirtschaftlichen Gesetzgebung durch die Theorien des freien Spieles der ökonomischen Kräfte wird ein Eingriff der Staatsgewalt in das wirtschaftliche Leben, in das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern, in den Inhalt des Arbeitsvertrages für berechtigt erklärt: die Garantierung des reinen Geldlohnes und seine Sicherung durch staatliche Strafandrohungen gegen das Unternehmertum, das diese Anordnung zu umgehen sucht. Wir wissen, dass diese Gesetzgebung manche Uebergänge vom Naturallohnsystem tolerierte, dass sich in den Gebieten der Hausindustrie und des Industrie feudalismus das reine Geldlohnsystem nur ausserordentlich schwer durchsetzte; heute noch besteht das Naturallohnsystem vielfach in manchem Ueberbleibsel.

Je mehr unser historisches Urteil geschärft wird, je mehr wir uns bemühen, aus den wirtschaftlichen Ursachen die sozialen Tatsachen vorausgegangener Wirtschaftsstufen zu begreifen, je weniger wir mit den Massstäben unserer Anschauungen und der Bedürfnisse unserer Zeit Lebensgewohnheiten, Gesichtskreis und menschliche Beziehungen früherer Zeit messen, desto mehr begreifen wir tiefgehende Verschiedenheiten der sozialen Zustände und der Anschauungen, die aus ihnen erwachsen. Heute gilt das allgemeine Absprechen, das hochmütige Aburteilen über das „finstere Mittelalter“ als ein Beweis der Oberflächlichkeit. Wir haben gelernt, den Mystiker des Mittelalters in seinem Gedankeninhalt und in seiner Wirkung auf seine religiös gestimmte Umwelt zu begreifen; wir haben aus der Erkenntnis der engen, in sich zumeist völlig abgeschlossenen Wirtschaftsgebiete die Selbstbefriedigung der an eine kleine Wirtschaftsfläche eingeschlossenen Bevölkerung begreifen gelernt; wir haben über die Zunft, ihre Entstehung, ihre Glanzzeit und auch ihre Verknöcherung ein ruhiges, nüchterneres, gerechteres Urteil erworben; wir wissen, warum der mittelalterliche Handwerksgeselle ein unübertrefflich starkes Solidaritätsgefühl in sich zu erzeugen verstand, warum aber dieses Solidaritäts-

gefühl begrenzt war auf die Gesellen einer bestimmten Zunft, warum das Gefühl der Arbeitersolidarität ohne Begrenzung durch den Beruf den Arbeitern des Mittelalters fast immer fremd blieb. Wir wissen auch, dass im Mittelalter mit seinem spärlichen Umlauf an gemünztem Metall, mit seinen geringen Gelegenheiten mehr zu verwenden, als für des Leibes Notdurft unbedingt erforderlich ist, der Naturallohn nicht drückend empfunden wurde; ja wir müssen noch weiter gehen und im Naturallohn eine bedeutsame Sicherung der Lebenshaltung der Arbeiter jener Zeit erblicken. Wohl wissen wir, dass der Naturallohn nur sehr mässig ergänzt wurde durch etwas Geldlohn, er reichte nur aus, den Arbeitern einen blauen Montag, das heisst einmal in der Woche etwas freie Luft und Liebe, etwas Verkehr mit anderen Menschen als seinen Hausgenossen zu gestatten; höhere Bedürfnisse hatte der mittelalterliche Handwerksgeselle auch nicht. Garantierte man ihm so viel, etwa noch einen ganz bescheidenen Notgroschen für eine spätere Wanderung, so war er vollständig zufrieden. Für ihn war die Garantierung seiner Lebenshaltung, wenn sie auch noch so bescheiden war, ausserordentlich wichtig; nichts sicherte ihm besser diese Lebenshaltung, als der fast ausschliessliche Naturallohn, der im Mittelalter herrschte. Die Enge der Wirtschaftsgebiete, die keinen Ausgleich fand in billigen Verkehrsmöglichkeiten, verhinderte jede Regulierung der Getreidepreise und liess die volle Wucht der Missernten auf das mit dem Produktionsgebiet zusammenfallende Konsumtionsgebiet wirken. Vergeblich war die Kontrolle der Bäckerzunft und die Festsetzung von Preistaxen für das Brot. Die Fruchtpreise hatten die „tiefsten Einflüsse in die wichtigsten Angelegenheiten des menschlichen Lebens“, ein Buch aus dem Jahre 1752 hat diesen bemerkenswerten Titel. Es war deshalb für den Handwerksgesellen ausserordentlich bedeutungsvoll, wenn er von diesem starken Wechsel der Lebensmittelpreise möglichst unberührt blieb, weil ihm der Meister seinen Lebensunterhalt garantieren musste. So fehlt bis in das 19. Jahrhundert hinein in der Arbeiterbewegung das Streben nach der vollen Durchsetzung des Geldlohnes.

Ebenso wie wir entrüstet den Gedanken zurückweisen, die Sklaverei wiederum einzuführen, ebensowenig würden wir uns die Anregung gefallen lassen können, dass die Arbeiter in das alte Abhängigkeitsverhältnis zurückgeführt werden sollten, das in der geschlossenen Stadtwirtschaft des Mittelalters die herrschende Form des Arbeitsverhältnisses war. Aber wir sind heute historisch genügend geschult, um bestimmte wirtschaftliche Vorteile der Arbeiter in den Perioden der Sklaverei und der Alleinherrschaft der Zunft begreifen zu können, natürlich unter der Berücksichtigung all der übrigen Lebens- und Arbeitsbedingungen der unfreien oder doch in viel höherem Masse abhängigen Arbeiter in jenen vergangenen und nie wiederkehrenden Perioden menschlicher Unfreiheit. Wir wissen, dass — von vereinzelt Fällen des Luxuswahnsinnes in der römischen Kaiserzeit abgesehen — der Sklavenhalter das lebhafteste Interesse haben musste, seine Sklaven gesund, arbeitskräftig, arbeitslustig, wohlgenährt zu erhalten. Das gesamte Risiko mangelhafter Zufuhr von Getreide nach Italien, sonstiger ungünstiger Marktbedingungen trug der Sklavenhalter, erst bei Hungersnotpreisen von vermutlich erheblicher Dauer konnte die Erwägung Platz greifen, dass es klüger sei, die Leistungsfähigkeit der Sklaven unter verminderter Zufuhr von Nahrungsmitteln sinken oder gar den Sklaven verhungern zu lassen. Der mittelalterliche Handwerksgeselle war im Gegensatz zum Sklaven ein freier Arbeiter, der sich den Ort seiner Beschäftigung und auch den Meister — wenn auch unter Berücksichtigung mancherlei Bestimmungen der zünftigen Ordnung — frei wählen konnte und ebenso frei von dem Meister des Arbeitsverhältnisses entbunden werden konnte. Trotzdem wird sich der Meister in der Regel gehütet haben, den Handwerksgesellen bei gesteigerten Kosten der Lebenshaltung zu entlassen. Die industrielle Reservearmee bestand damals nicht und was ihr zum Vergleich aus jenen Zeiten herangezogen werden kann, war nicht sichtbar wie die überschüssigen Arbeiter in unseren Arbeitsnachweisen und in unseren Arbeitsmarktstatistiken; die arbeitslosen Handwerksgesellen bevölkerten die Landstrassen oder ruhten in irgend welchen fernen Herbergen aus. Niemand erhielt Kunde, ob sie sich dorthin wenden würden, wo ein ihnen unbekannter Mangel an Arbeitskräften vorhanden war. Deshalb sucht der mittelalterliche Meister, wenn arbeitslose Handwerksgesellen in seinem Orte fehlen, die festzuhalten, die bei ihm noch sind, wenn auch die Ernährung teurer zu stehen kommt, als das ursprünglich den

Berechnungen entsprach, die man — natürlich rein theoretisch gesprochen — hätte anstellen sollen, als man den Handwerksgelesen aufgenommen hatte. So sehen wir auch in der mittelalterlichen Stadt den Arbeiter von den starken Schwankungen der Kosten der Lebenshaltung verhältnismässig sehr wenig berührt. Der mittelalterliche Meister konnte nicht durch die Verschlechterung und Verminderung der Nahrung einen Ausgleich schaffen gegen die Verteuerung des Getreides, er wusste, dass eine Verschlechterung der Lebenshaltung den Widerstand der Arbeiter, ihre Abwanderung aus der Stadt und seine Verrufserklärung auf allen Herbergen, die an den Strassen zur Stadt lagen, zur Folge haben würde.

So sehen wir den Arbeiter früherer Wirtschaftsepochen weit weniger berührt von dem Wechsel der Lebensmittelpreise als den Arbeiter unserer Tage; wir wissen, dass er sich gegen eine Verschlechterung seiner Lebenshaltung wehrte und in der Regel mit grösserem Erfolge als der Arbeiter unserer Tage. Die alte zünftige Ordnung ist gefallen, die Elastizität im Beschäftigungsgrad des industriellen Betriebes, die Notwendigkeit, Frauen und Kinder zu beschäftigen, die Schwierigkeiten der Beherbergung einer wechselnden Zahl von Arbeitern, endlich der die ganze Volkswirtschaft charakterisierende Uebergang von der überwiegenden Naturalwirtschaft zur reinen Geldwirtschaft und das Hinausstreben aus ihr zur Kreditwirtschaft musste natürlich auch das Arbeitsverhältnis in der Fabrik, wenn wir von den landwirtschaftlichen Industrien absehen, auf die Grundlage der Geldwirtschaft führen, wobei freilich der Industriefeudalismus vereinzelt Rückschläge in die Naturalwirtschaft veranlasste. Auch in der Hausindustrie wurde das Trucksystem immer weiter zurückgedrängt und in den meisten handwerksmässigen Gewerben wurde die Entlohnung in Geld zur Regel. Je grösser die Stadt, je teurer die Mieten waren, desto rascher minderte sich der Prozentsatz der nicht vollständig in Geld entlohten Arbeiter. Die Arbeiter sehen zuerst nur die gesellschaftlichen Vorteile der Befreiung von mannigfachen Abhängigkeiten vom Unternehmer, die mit dem Naturallohn auf das engste verknüpft sind. Die Arbeiter erkennen eine wichtige gewerkschaftliche Aufgabe in der Ausrottung der letzten Reste des Naturallohnes, in der Erringung der Entschädigung der Arbeitsleistung ausschliesslich in landesüblicher Münze. Die manchesterliche Beeinflussung der modernen Gewerbegesetzgebung in ihren auch heute noch nicht vollständig verwischten Grundlagen wollte alle nicht aus kapitalistischer Wurzel entspringenden Abhängigkeitsverhältnisse der Arbeiter zerstören. Was mit der Leibeigenschaft, was mit der Zunft zusammenhing, wollte das Manchestertum auslöschen, alle patriarchalischen Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern waren den Fanatikern des freien Spieles der wirtschaftlichen Kräfte ein Greuel, in ein rein vertragmässiges, ausschliesslich geldliches Verhältnis wollte der wirtschaftliche Liberalismus alle ökonomischen Beziehungen zwischen den Menschen verwandeln. Freilich hat er nicht die Kraft, das alles durchzusetzen, es widerstanden ihm auch wirtschaftliche Interessen von bedeutungsvoller Macht. Aber in den Truckverboten der österreichischen Gewerbeordnung vom Jahre 1859, in der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund sehen wir den unzweifelhaften Willen, alles, was mit dem Naturallohnsystem zusammenhängt, auszurotten. So sehen wir hier Theorie und Politik des wirtschaftlichen Individualismus, wie auch die Gewerkschaftsbewegung dem gleichen Ziele, der Erringung des reinen Geldlohnverhältnisses zustreben. Bevor aber dieses Ziel völlig erreicht wurde, kommt der Zweifel, ob die einfache Ueberwindung des Naturallohnsystems ohne Berücksichtigung der Vorteile, die es, rein ökonomisch betrachtet, auch in sich geborgen hat, unbedingt und ausnahmslos vorteilhaft war.

Der Uebergang vom Agrarstaat zum Industriestaat fällt zusammen mit der Verwandlung der bisher freihändlerischen Gutsbesitzer in die fanatischen Verfechter des Schutzzollsystems. Der enge Zusammenhang dieser Erscheinungen mit dem Wandel der Zollpolitik Bismarcks ist unzweifelhaft. Sein bedeutungsvollstes wirtschaftspolitisches und damit auch allgemein politisches Verdienst ist, vom grossbürgerlichen Standpunkt aus, die enge Verfilzung der ostelbisch-grossagrarischen Interessen mit den rheinisch-westfälischen grossindustriellen Interessen, die beide durch die gemeinsame Schutzzollpolitik ihrer Träger auf das engste verknüpft wurden. Wie die freihändlerische Politik zu dem berühmten englisch-französischen Handelsvertrag und zu der allgemeinen Abkehr von den Schutzzöllen führte, so sehen wir, nachdem sich diese Wirkungen Ende der 1870er

Jahre erschöpft hatten, die Zollpolitik des Deutschen Reiches, sei sie mit dem Namen Bismarcks, Caprivi's oder Bülow's etikettiert, die Zollpolitik aller Staaten des europäischen Kontinents entscheidend beeinflussen. Ueberall sehen wir industrielle Hochschutzzöllner und agrarische Lebensmittelverteurer, zu innigen Bündnissen vereinigt, die Wirtschaftspolitik der Staaten entscheidend bestimmen. Die grossen Interessen der Höfe, die finanziell reichlichsten Nutzen aus der agrarischen Hochschutzzollpolitik ziehen, kräftigen diese für die arbeitende Klasse überaus schädliche Politik.

Gegen diese machtvollen Einflüsse, gegen diese gewaltigen Vorteile, die den ökonomisch kräftigsten Klassen des Staates, in Oesterreich noch mehr wie in Deutschland, ute kommen, kämpft die Arbeiterklasse sowohl politisch wie gewerkschaftlich einen vorerst nicht aussichtsvollen Kampf. Die Gewerkschaften sind infolge ihrer ganzen Entwicklung wesentlich auf den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit und um die Erhöhung des Geldlohnes gerichtet. Sie sind aber nicht imstande, oder sie waren wenigstens bisher nicht imstande, den Arbeitern die Garantie zu schaffen, dass die Erhöhung des Geldlohnes auch zu einer Sicherung einer verbesserten Lebenshaltung führe. Fast überall vermögen wir festzustellen, dass dank der gewerkschaftlichen Aktion die Löhne der Arbeiter, in Mark und Pfennigen, in Franken und Centimes, in Kronen und Hellern ausgedrückt, gestiegen sind; aber vielfach müssen wir mit Schrecken feststellen, dass man für die erhöhte Anzahl von Mark und Franken, Kronen und Hellern weniger Nahrungsmittel gewinnen kann als zu der Zeit, da der Lohn im allgemeinen niedriger war. Gesteigerte Geldlöhne und doch verschlechterte Lebensbedingungen, das ist ein bemerkenswertes wirtschaftliches Ergebnis des Vergleiches der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter vor wenigen Jahren und jetzt. Immer stärker tritt dieser Vergleich in Erscheinung. Die erhöhten Löhne bewahren die Arbeiter nicht vor der Notwendigkeit bedeutungsvoller Einschränkung in ihrer Lebenshaltung. Die Gewerkschaften kommen nun zu der Ueberzeugung, dass alle ihre Bemühungen, einen Ausgleich gegen die Verteuerung der Lebensmittel zu schaffen, auf die Dauer unwirksam blieben. Die Steigerung des Geldlohnes ist nicht so rasch durchzusetzen, wie die Lebensmittelpreise infolge einer rücksichtslosen Preispolitik der Agrarier anziehen, die ihre erhebliche Förderung in der staatlichen Wirtschaftspolitik findet, in der die spezifisch agrarischen hochschutzzöllnerischen Interessen die meisternde Macht sind. So kommt durch diese agrarische Politik in unsere gewerkschaftliche Taktik ein Moment der Unruhe. Erhebliche Schwierigkeiten ergeben sich für den politischen wie für den gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse, schon um die gegenwärtige Lebenshaltung der Arbeiter zu sichern, um weitere Verschlechterungen hintanzuhalten; das wäre aber doch ein zu kleiner Teil unserer Gegenwartspolitik, da die Hebung der Arbeiterklasse eine der dringendsten und notwendigsten Aufgaben der sozialistischen Bewegung, nicht zuletzt der Gewerkschaften, ist.

Sind sie diesen Aufgaben in der Periode agrarischer Hochflut nicht gewachsen, oder gilt es vielleicht neue Wege einzuschlagen?

Wir wollen auf eine Polemik nicht eingehen, die in der letzten Zeit anlässlich einer ähnlichen Fragestellung in Deutschland von der Zentrale der reichsdeutschen Gewerkschaften gegen Karl Kautsky und seinen „Weg zur Macht“ so scharf geführt wurde. Wir möchten nur hinweisen auf den offenen Brief, den die österreichischen Zentralverbände an das Unternehmertum gerichtet haben, in dem sie eine allgemeine Erhöhung der Löhne wegen der systematischen Verteuerung der Lebensmittel für notwendig erklären. Wie man sich auch zu der Polemik gegen Kautsky stellen mag, man wird keinen Augenblick zweifeln dürfen, dass die Leistungen der gewerkschaftlichen Organisationen weit weniger Kraftanstrengungen erfordert hätten, dass weit leichter und auch für die Unternehmer billiger eine Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter zu erringen gewesen wäre, wenn die agrarische Hochschutzzollpolitik von den industriellen Unternehmern abgewehrt worden wäre. Die Gewerkschaften sehen sich heute genötigt, im Lohnkampf einen Ausgleich für die Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter zu erzwingen, die von Kräften verschuldet ist, die ausserhalb des Kreises der den Arbeitsvertrag Schliessenden stehen. Selbstverständlich wünschen wir dem Kampf um die Erhöhung des Geldlohnes bis zur ausgleichenden Wirkung für die Lebensmittelverteuerung und über diese hinaus

den besten Erfolg. Aber dieser Erfolg wäre nur eine Massnahme für den Augenblick, die Schädigung durch die bisherigen Preissteigerungen würde nicht mehr empfunden, aber keine Garantie gegen künftige Preissteigerungen wäre geboten. Um hierzu zu gelangen, bedürfte es der Anwendung neuer Methoden im Lohnkampfe, vor allem beim Abschluss von kollektiven Arbeitsverträgen.

Wir werden durch die Lebensmittelverteuerung zur neuerlichen Prüfung und Wertung des Naturallohnsystems gedrängt. Wir sind uns klar, dass das Naturallohnsystem heute undurchführbar ist. Aber trotzdem scheint uns eine Möglichkeit nicht ausgeschlossen, die Vorteile des Naturallohnsystems bei dem Abschluss künftiger Tarifverträge zu berücksichtigen. Jeder Tarifvertrag enthält eine Bestimmung über die Lohnhöhe, viele Tarifverträge enthalten weiter Bestimmungen über Löhne zur Zeit des Abschlusses und über Lohnsteigerungen während der Geltungsdauer des Tarifvertrages. Endlich kennen wir Tarifverträge, deren Lohnfestsetzungen in ständige Beziehung gebracht werden zu den Preisen des Produktes, so bei dem System der englischen gleitenden Lohnskala (sliding scale*). Wir halten das System der gleitenden Lohnskala, wie es in England üblich ist, nicht für richtig. Es scheint uns dies eine zu weitgehende Gegenwarts politik zu sein, wenn man den Arbeiter, wie in einem Teile des englischen Kohlenbergbaues, das Risiko des Unternehmens ganz oder doch zum erheblichen Teil tragen lässt. Hier finden wir eine Verquickung der Interessen von Arbeitern und Unternehmern, die durchaus dem Geist unserer Arbeiterbewegung widerspricht. Was wir vorschlagen, hat nur eine scheinbare Ähnlichkeit mit dem, was wir in dem Lohnsystem eines Teiles der englischen Kohlengräber bekämpfen. Auch wir denken an eine gleitende Lohnskala, aber wir planen damit nicht, eine Solidarität der Interessen von Arbeitern und Unternehmern zu schaffen, wir wollen den natürlichen Widerstreit der industriellen und agrarischen Interessen provozieren, der für den Industriestaat vorteilhaft wäre und der die beschleunigte Durchsetzung der wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen fördern würde.

Wir wollen den tarifarisch festgelegten Lohn bei kommenden Vertragsabschlüssen in Beziehung gebracht sehen zu den Schwankungen der Detailhandelspreise, und zwar nicht der Preise des Arbeitsproduktes einer bestimmten Industrie, sondern der Preise der Konsumtionsartikel der betreffenden Arbeiter. Wir wollen damit eine Garantierung des Reallohnes schaffen und das Dasein des Arbeiters unabhängig von dem wechselnden Werte des Geldlohnes gestalten. Beim Naturallohn sind es unmittelbare Gebrauchsgegenstände: Wohnung, Lebensmittel, Bekleidungsstücke, Grundstücke zur Nutzung etc., die die Entschädigung für die geleistete Arbeit ausdrücken. Beim Geldlohn ist es einfach das Geld, und zwar womöglich, wenn auch durchaus nicht immer, in landesüblicher, vollwertiger, allgemein verständlicher Münze, beziehungsweise in anerkannten Münzsurrrogaten, wie Staatspapiergeld oder Banknoten. In dem Reallohn sehen wir die tatsächlichen Leistungen, die sich der Arbeiter für den in verschiedenen Formen oder nur Geld empfangenen Lohn zu verschaffen vermag. Das Weiterbestehen des Geldlohnes ist auf der gegenwärtigen Entwicklungsstufe der Volkswirtschaft und der sozialen Beziehungen unbedingt notwendig. Das von dem Willen der Arbeiter völlig unabhängige Risiko der gesteigerten Preise, das heisst der verminderten Kaufkraft seines Geldlohnes soll künftig von dem Unternehmer getragen werden. So schwer durchführbar dies erscheinen mag, so wenig ist es tatsächlich unmöglich. Es werden notwendig sein: eine Verbesserung der Detailhandelsstatistik für die Gesamtheit; eine intensivere Beschäftigung der Gewerkschaften mit der Haushaltsstatistik, schiedsrichterliche Organe zwischen Unternehmern und Arbeitern — die übrigens in vielen Tarifen schon vorgesehen sind — um dieses Prinzip nicht bloss zum leitenden Grund-

* Unter der sliding scale (sprich sleiding skäl), der gleitenden Lohnskala versteht man eine Lohnvereinbarung zwischen den Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter im englischen und nordamerikanischen Bergbau über den Normal(standard)lohn, der einem Normal(standard)preis der Kohle entspricht. Der Lohn bewegt sich in einem Prozentverhältnisse unter oder über den Normalsatz, wenn der Marktpreis der Kohle über den Standardpreis steigt oder unter ihm sinkt. Es gibt mannigfache Abmachungen über diese vertragsmässig für eine bestimmte Zeit vereinbarten Wechselbeziehungen zwischen Löhnen und Kohlenpreisen.

satz beim Abschluss von Tarifverträgen zu machen, sondern um auch seine Anwendung immer mehr zu befestigen und Differenzen zu entrücken.

An einem Beispiel wollen wir zeigen, wie wir die Verbindung der Vorteile des Naturallohnsystems mit dem Weiterbestand des Geldlohnes für möglich halten. Für die im Verzehrungssteuerbezirk Wien liegenden Bezirke würde am 1. Juni 1910 für die Arbeiter eines bestimmten Gewerbes ein Tarifvertrag auf drei Jahre abgeschlossen. In diesem Tarifvertrag würde der Minimallohn mit 30 K für die Woche festgesetzt werden, der in jedem folgenden Jahre um K 1'20 zu steigen hätte. Dieser Lohn würde in zwei Teile zerfallen, in einen festen Anteil von 10 K und einen beweglichen Anteil von vorerst 20 K. Man würde da von der Voraussetzung ausgehen, dass während der Dauer des Tarifvertrages die Preisschwankungen nur einen Teil der Gebrauchsgegenstände treffen werden, während die Wahrscheinlichkeit erheblicher Preisänderungen für zwei Dritteile des Lebensbedarfes der Arbeiter angenommen wird. Um aber die Schwierigkeiten künftiger Berechnungen zu erleichtern, wird der Einfachheit wegen angenommen, dass nur die zur Erhaltung des Arbeiters vor allem notwendigen Artikel: Brot, Fleisch, Milch und Kohle Preisveränderungen ausgesetzt seien und dass die Arbeiter zwei Dritteile ihrer Einnahmen für diese vier unentbehrlichen Bedarfsgegenstände verwenden. Man wird dann feststellen, wie viele Kilogramm Brot und Fleisch, wie viele Liter Milch, wie viele Zentner Kohle man für 20 K kaufen kann; man wird gewisse Anteile am Gesamtbedarf annehmen und das erreichbare Brotquantum bestimmter Qualität für 8 K, das Fleischquantum mit Angabe der in der Haushaltung der Arbeiter üblichen Sorte für 5 K, die Anzahl von Litern Milch für 3 K und der Zentner Kohle für 4 K feststellen. Man wird dann zu der Rechnung kommen, dass der Lohn des Arbeiters beim Tarifvertragsabschluss zum mindesten zu betragen habe: $30 \text{ K} = 10 \text{ K} + a \text{ Kilogramm Brot} + b \text{ Kilogramm Fleisch der bestimmten Sorte} + c \text{ Liter Vollmilch} + d \text{ Zentner Steinkohle}$. Nach jedem Vierteljahr hätte das Schiedsgericht zusammenzutreten und festzustellen, wie viel $10 \text{ K} + a \text{ Kilogramm Brot etc.}$ in Wien kosten. Darnach wäre der Geldlohn im kommenden Vierteljahr zu berechnen, so dass stets die gleiche Menge Nahrungsmittel um die Lohnsumme zu kaufen wäre! Nach Ablauf eines Jahres kann die Lohnsteigerung von K 1'20 in gleicher Weise auf Geld, Brot, Fleisch, Milch und Kohle verteilt werden. Im ersten Augenblick mag es scheinen, dass dieses System zu kompliziert ist, zu Streitigkeiten Anlass geben könnte. Die Durchführung würde aber zeigen, dass die Schwierigkeiten weit geringer sind, als sie uns, die wir an das reine Geldlohnsystem gewöhnt sind, erscheinen. Es mag ja der Anfang, wie jedes neue Beginnen, mit mancherlei Schwierigkeiten verknüpft sein. Nur kräftige, gut geleitete Organisationen von Arbeitern und Unternehmern werden für derartige Tarifverträge die erforderlichen Voraussetzungen bieten. Ist einmal der Anfang gemacht, so werden sich der Verbreitung dieses Systems nur noch verhältnismässig geringe Schwierigkeiten entgegenstellen.

Die Unternehmer und ihre Vertreter werden natürlich unsere Vorschläge als eine ganz unerhörte Bedrohung unserer Industrie und ihrer Entfaltung ansehen. Sie werden erklären, dass es das Ende des österreichischen Industriestaates heraufbeschwören werde, wenn man unsere Vorschläge zu Wahrheit werden liesse. Sie werden mit kaufmännischem Ernst einwenden, dass eine Kalkulation bei schwankenden Löhnen nicht möglich sei und ihre berufenen Sozialpolitiker werden uns belehren, dass die Möglichkeit der Vorausberechnung künftiger Löhne, die Sicherung gegen Lohnänderungen eines der bedeutsamsten Momente für die Unternehmer war, sich dem Abschluss von kollektiven Arbeitsverträgen nicht zu widersetzen.

Gegen diese Einwendungen ist vor allem anzuführen, dass die Unternehmer ausserordentlich empört sind, wenn in ihre Vorausberechnungen durch die Arbeiter und ihre Organisationen ein Moment der Unruhe kommt. Die ganze öffentliche Meinung, den Staat und seine Organe, die Wissenschaft und die Journalistik, verstehen sie dann in einen Aufregungszustand zu bringen, die Arbeiter werden dann verantwortlich gemacht für alle die Gefahren, mit denen sie die Volkswirtschaft angeblich bedrohen, für die Unsicherheit, die sie in die Vorausberechnung für jeden Betrieb bringen wie auch für die Erschwerung unserer Weltmarktstellung. Kein Wort ist dann in der Regel zu scharf, das gegen die Einsichtslosigkeit der Arbeiter und ihrer Wortführer gebraucht wird, all das

Elend unserer Wirtschaft wird den Arbeitern zur Last gelegt, die jede ruhige Entwicklung stören. Wie still und ruhig und gelassen tragen aber die Unternehmer all die anderen Aenderungen der Elemente ihrer Kalkulation! Welcher Textilindustrielle vermag sich für die Dauer eines Tarifvertrages das Gleichbleiben der Preise der amerikanischen Rohbaumwolle und der Gespinste zu sichern? Mit den ununterbrochenen Schwankungen des Rohstoffpreises muss heute jeder Unternehmer rechnen. Selbst in den Zeiten günstigster Bedingungen für die Arbeiterbewegung hat auch der phantasievollste Vertreter von Arbeiterinteressen nicht an eine Steigerung der Löhne gedacht, wie wir sie in der letzten Prosperitätsperiode in dem Hinaufschnellen der Weltmarktpreise der Metalle beobachtet haben. Jeder grosse Unternehmer muss mit der Ergänzung und Ersetzung der Maschinerie rechnen. Die Preise der Werkzeuge und der Maschinerie, der Installationen haben sich aber niemals in gleicher Höhe gehalten, sie waren immer ein wechselndes Moment. Welcher Unternehmer, der nicht selbst Kohlengruben besitzt, konnte sich rühmen, sich für die übliche Dauer eines Tarifvertrages gleichbleibende Kohlenpreise zu sichern? Vielleicht das wichtigste Moment der Unsicherheit der Produktionsvoraussetzungen ist noch zu erwähnen. Kaum einer von tausend grossen Unternehmern vermag seinen Betrieb dauernd mit eigenem Kapital aufrecht zu erhalten. Die gewaltige Entwicklung des Kreditsystems, die Notwendigkeit langfristiger Zahlungsbedingungen schon im Inland und noch viel mehr bei der Pflege des Exports erfordert eine ganz ausserordentliche Steigerung des umlaufenden Kapitals. Das Kreditnehmen ist heute für die reichsten und grössten, für die entwicklungsfähigsten und gesündesten Unternehmungen etwas Selbstverständliches. Der Bankkredit ist eine allgemeine Erscheinung. Dieser Bankkredit aber ist etwas durchaus nicht Festes. Der Zinsfuss unserer Zentralbanken ist ununterbrochen in Bewegung. Sie sind eine der wichtigen regulierenden Kräfte für unsere ganze Volks- und Weltwirtschaft. Der Kredit der Privatbanken richtet sich aber nach dem Zinsfuss der Zentralbank. Bei der Einräumung des Kredits wird in der Regel die Formel gewählt: $\frac{1}{2}$ Prozent, 1 Prozent oder $1\frac{1}{2}$ Prozent über dem Bankzinsfuss. So sehen wir also in fast allen Produktionsvoraussetzungen ein schwingendes Moment. Selbst der grösste Unternehmer, selbst die kapitalkräftigste Aktiengesellschaft sieht sich ausserstande, feste Kalkulationsbedingungen zu schaffen durch den Abschluss langfristiger Verträge mit den Lieferanten des Rohmaterials, der Halbfabrikate, der Hilfsstoffe, der Maschinen und Werkzeuge. All das ist dem Wechsel der Konjunktur, dem Schwanken des Marktes ausgesetzt. All das trägt unser Unternehmertum gelassen als unabänderliches Schicksal des Produktionsganges innerhalb unserer Volkswirtschaft. Wenn das mächtige Kohlensyndikat in Deutschland die Preise hinaufsetzt, wenn Herr Kestranek Unsicherheit in unsere Produktion hineinbringt, trägt man das wie eine Schicksalsfügung des lieben Gottes, weit gelassener und ruhiger als der fromme Bauer einen Hagelschlag. Wenn aber die Arbeiter ihre Lohnbedingungen mit ihren Lebenskosten in Einklang zu bringen suchen, erscheint das als ein unerhörtes Attentat gegen die Ordnung innerhalb unserer Volkswirtschaft.

In unserem Vorschlage ist aber nur scheinbar ein Moment der Unruhe, wir wollen tatsächlich aus hunderttausenden Einzelwirtschaften die Unruhe ausschalten, ihnen die Stabilität erst sichern. Wir wollen, dass die Arbeiterfamilien während der Dauer eines Tarifvertrages unveränderte Voraussetzungen der Lebenshaltung, gleichen Preis der Arbeitskraft in Mitteln der Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft garantiert erhält. Was wir wollen, ist in letzter Linie, so merkwürdig es dem einzelnen Unternehmer vorkommen mag, die Wahrung eines Unternehmerinteresses. Die Unternehmerklasse muss den lebhaftesten Wunsch hegen, dass die körperliche Kraft, die geistige Frische, die Leistungsfähigkeit der Arbeiterklasse nicht gemindert wird und dass die Arbeitsfähigkeit der kommenden Arbeitergeneration nicht geringer wird als die der gegenwärtigen. Der Wert der Arbeitskraft ist, wie Marx sagt, bestimmt durch den Wert der gewohnheitsmässig notwendigen Lebensmittel des Durchschnittsarbeiters. Die Masse dieser Lebensmittel, obgleich ihre Form wechseln mag, ist in einer bestimmten Epoche einer bestimmten Gesellschaft gegeben und daher als konstante, das heisst als gleichbleibende, fest bestimmte Grösse zu behandeln. Was wechselt, ist der Preis dieser Masse, was aber gleichbleiben soll, weil es das Aequivalent, der Gegenwert für die dem Unter-

nehmer gewidmete Arbeitskraft ist, das ist die Warenmenge, die notwendig ist. Das ist das Entscheidende, das ist das, was der Arbeiter beim Arbeitsvertrag, beim kollektiven noch mehr wie beim individuellen, erwartet, wenn er für sich allein oder für die Gesamtheit für kurze Zeit und noch mehr, wenn er für lange Zeit seine Arbeitskraft verkauft: die Möglichkeit, die für seine und seiner Familie Erhaltung notwendige Masse von Lebensmitteln als gleichbleibende Entschädigung für die täglich verschlissene menschliche Arbeitskraft zu erhalten. Freilich auf der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft erscheint der Lohn des Arbeiters als Preis der Arbeit, als eine bestimmte Menge Geld, das für eine bestimmte Menge Arbeitskraft gezahlt wird. Wechselt der Wert des Geldes, so wechselt der Preis, der für die Arbeitskraft bezahlt wird, obgleich die Menge des Geldes, die dem Arbeiter eingehändigt wird, die gleiche bleibt. Der Arbeiter ist aber das Opfer der wechselnden Kaufkraft des Geldes, der Arbeiter hat, als er in den Arbeitsvertrag eintrat, als sein Vertrauensmann den kollektiven Arbeitsvertrag unterschrieb, an eine bestimmte Menge Fleisch und Brot, Milch und Kohle gedacht, die ihm nun für die Dauer des Vertrages, solange er im Arbeitsverhältnis steht, gesichert sein sollte.

Auch der Unternehmer denkt daran, dass der Arbeiter eine bestimmte Menge Fleisch, Brot, Milch etc. für den Lohn konsumieren wird. Der Unternehmer hat den lebhaften Wunsch, dass der Arbeiter diesen Lohn zur Reproduktion, zur Wiederherstellung der Arbeitskraft, zur Selbsterhaltung der Arbeiterklasse verwendet. Das Produktionsmittel im Menschen zu erhalten, ist ein Interesse des Unternehmers. Deswegen besteht auch in Wirklichkeit der Lohn in einer bestimmten Menge von Konsumtionsmitteln und nur scheinbar in kleinen runden Metallplatten oder in papierenen Anweisungen auf diese Metallplatten. Welcher Schrei der Entrüstung würde aus der Börsenpresse ertönen, wenn der Unternehmer diese papierenen Anweisungen auf die Oesterreichisch-Ungarische Bank gegen weniger Goldstücke ausgetauscht erhielte, als er nach dieser Anweisung erwarten darf. Dem Unternehmer erschiene das als unerträglicher Zustand, er würde protestieren, die Staatsgewalt aufrufen. Unsere wirtschaftliche Stellung dem Auslande gegenüber wäre damit geändert, unsere Staatspapiere würden rasch sinken, das Vertrauen in alle unsere Banken, in alle unsere Aktienunternehmungen wäre aufs höchste gefährdet, unsere im Auslande befindlichen Wechsel würden schnell zurückfließen, unser Gold würde aus dem Umlauf verschwinden, es wäre eine Katastrophe, die man sich gar nicht schrecklich genug ausdenken könnte.

Die Anweisung, die der Fabrikant, die der Handwerksmeister am Zahltag dem Arbeiter auf Brot und auf Milch, auf Fleisch und auf Kohle in dem Zwanzigkronenschein, in dem Fünfkronenstück, in dem Zwanzig- und Zweihellerstück gibt, hat nicht mehr den Wert wie vor zwei Jahren, wie vor sechs Monaten; der Arbeiter kann sich nicht mehr die beim Arbeitsvertragsabschlusse vereinbarte Menge von Nahrungsmitteln schaffen, die Anweisung scheint nur die gleiche, ihr Wert aber ist gesunken. Die gleiche Katastrophe, die für unsere Volkswirtschaft die Entwertung unserer Banknoten wäre, die gleiche Katastrophe bedeutet für den Arbeiterhaushalt die Entwertung unserer Münzen oder mit anderen Worten die Steigerung unserer Lebensmittelpreise, die Unmöglichkeit, mit der vereinbarten Menge von Münzen die früher in Aussicht genommene Menge von Nahrungsmitteln zu beschaffen. Der Arbeiter bekommt seinen Lohn im Austausch gegen menschliche Arbeitskraft. Die Lebensmittel, die er für den Lohn kaufen soll, werden von ihm konsumiert, um die Muskeln, die Nerven, die Knochen, das Hirn der vorhandenen Arbeiter zu reproduzieren, zu ergänzen, wiederherzustellen und um neue Arbeiter zu zeugen. Innerhalb der Grenzen des absolut Notwendigen ist daher, um wiederum mit Marx zu reden, die individuelle Konsumtion der Arbeiterklasse die Rückverwandlung der vom Kapital gegen Arbeitskraft veräusserten Lebensmittel in vom Kapital neu exploitierbare, also neu ausbeutbare Arbeitskraft. Die Konsumtion der Proletarier ist Produktion und Reproduktion des dem Kapitalisten unentbehrlichsten Produktionsmittels, des Arbeiters selbst. Die individuelle Konsumtion des Arbeiters bleibt also ein Moment der Produktion und Reproduktion des Kapitals, ob sie innerhalb oder ausserhalb der Werkstatt, Fabrik u. s. w., innerhalb oder ausserhalb des Arbeitsprozesses vorgeht, ganz wie die Reinigung der Maschine, ob sie während des Arbeitsprozesses oder während bestimmter Pausen desselben geschieht. Es tut nichts zur Sache, dass der Arbeiter seine

individuelle Konsumtion sich selbst und nicht dem Kapitalisten zuliebe vollzieht. So bleibt der Konsum des Lastviehs nicht minder ein notwendiges Moment des Produktionsprozesses, weil das Vieh selbst genießt, was es frisst. Die beständige Erhaltung und Reproduktion der Arbeiterklasse bleibt beständige Bedingung für die Reproduktion des Kapitals. Der Kapitalist kann ihre Erfüllung getrost dem Selbsterhaltungs- und Fortpflanzungstrieb der Arbeiter überlassen. Vom gesellschaftlichen Standpunkt ist also die Arbeiterklasse, auch ausserhalb des unmittelbaren Arbeitsprozesses, ebenso sehr Zubehör des Kapitals wie das tote Arbeitsinstrument. Selbst ihre individuelle Konsumtion ist innerhalb gewisser Grenzen nur ein Moment des Reproduktionsprozesses des Kapitals.

Wir sehen aus diesen theoretischen Ausführungen von Marx, dass wir mit unserer Kombination von Geld- und Naturallohn nicht ein Moment der Unruhe, sondern im Gegenteil ein Moment der Ordnung in den Produktionsprozess hineinbringen wollen, ein Moment der Ordnung auch in das Interesse der Unternehmerklasse an der Erhaltung und an der Fortdauer der vollen menschlichen Arbeitskraft. Wie falsch wäre es für die Unternehmerklasse, sich zu sagen: Es ist uns gleichgültig, ob die Milchpreise in die Höhe gehen; wir wollen wohl die volle Arbeitskraft der unsere Fabrik füllenden Proletarier, aber die erwachsenen Arbeiter trinken keine Milch. Für die Unternehmerklasse ist es im höchsten Masse bedenklich, wenn unseren Arbeiterkindern der Verbrauch von Milch unmöglich gemacht wird. Der Proletariersäugling ist schon unterernährt, die proletarische Kindersterblichkeit erzählt uns das mit den fürchterlichsten Zahlen. Die Ernährung des Proletarierskindes widerspricht allen Anforderungen der Physiologie. Wenn dieser Zustand noch verschlechtert wird, weil wir dem Proletariersäugling, weil wir dem proletarischen Schulkinde die Milch entziehen müssen, schädigen wir die künftige menschliche Arbeitskraft, schädigen wir gleichzeitig die Aussichten der Industrie.

Solange das heutige Geldlohnsystem besteht, glauben die Unternehmer die Verteuerung der Lebensmittel nicht zu empfinden. Wir wissen, dass wir sie durch diese Auseinandersetzungen zu keiner weitsichtigeren Lohnpolitik, nicht zu einer schärferen Abwehr unserer Steuer- und Zollpolitik und zu keinem Widerstande gegen die agrarischen Preistreiberen veranlassen werden. Wir wissen, dass auch in diesem Falle den Unternehmern abgezwungen werden muss, was im wahrsten Sinne des Wortes ihr eigenes Interesse ist. Es wird ein Kampf der sich hierzu vorbereitenden und stärkenden Gewerkschaften notwendig sein, um unser Lohnsystem unabhängig zu machen von den Schwankungen der Lebensmittelpreise wie von der Hinaufschraubung der indirekten Steuern.

Die praktische Bedeutung der hier vorgeschlagenen Methode würde weit über den Kreis der Gewerkschaften hinausgehen. Für die direkt beteiligten Arbeiter bedeutet diese Methode die Unabhängigkeit von den Geldschwankungen und von den Preistreiberen der Agrarier. Der tatsächlich gleichmässige Lohn, beziehentlich die Erfüllung des vom Tarifvertrage erwarteten, würde damit zum erstenmal garantiert werden. Die Abwälzung der indirekten Steuern wie auch der Zölle auf den letzten Konsumenten würde gehemmt. Nicht der Träger der menschlichen Arbeitskraft, sondern der Anwender der menschlichen Arbeitskraft würde die Steigerungen der indirekten Steuern und würde auch die weiteren Preissteigerungen zu tragen haben. Er ist auch weit eher wie der Arbeiter in der Lage, diese Steuern und Kostensteigerungen im Preise des Produkts auf die Konsumenten abzuwälzen. Dadurch würde für die Agrarier schon der Vorteil der Preissteigerungen in erheblicher Weise gemindert werden.

Gelingt es unserem Vorschlage, die Zustimmung der Gewerkschaften zu finden, gelingt es den Gewerkschaften, durchzusetzen, was wir ihnen hier empfehlen, so wird die Stellung unserer Unternehmer in allen wirtschaftspolitischen Fragen eine gründliche Aenderung erfahren. Den Unternehmern fehlt der Antrieb zum Widerstand nicht nur gegen eine Erhöhung der Lebensmittelpreise, sondern auch gegen das indirekte Steuersystem und gegen alle verwandten, den Massenkonsum bestimmenden Massregeln des Staates und der agrarischen Vereinigungen. In dem Augenblick, wo es gelingt, in umfangreichem Masse die Verteuerung der Lebensmittel von der Masse der Arbeiter auf die Unternehmer abzuwälzen, in diesem Augenblick wird die Abneigung gegen die direkten Steuern, wird die fanatische Vorliebe für neue indirekte Steuern bei den Unter-

nehmern aufhören. Von diesem Augenblick an wird das Unternehmertum das offene und geheime Bündnis mit den Agrariern oder die Duldung der agrarischen Politik aufgeben, das Unternehmertum wird dann erst zu einer klaren Industriestaatspolitik getrieben, das Unternehmertum wird dann das fördern und unsterstützen, was die Vertreter der Arbeiter zum Zwecke der Entfaltung unserer wirtschaftlichen Kraftquellen immer wieder von neuem in den Parlamenten und in den Gemeindevertretungen gefordert haben.

Die Stellung der wirtschaftspolitischen Parteien zueinander würde bei Durchsetzung unserer Methode erhebliche Aenderungen erfahren. Die Unternehmer, die bisher dem agrarischen Uebermut keinen Widerstand entgegengesetzten, würden sofort zu einer anderen Stellungnahme gezwungen, würden notgedrungen der agrarischen Politik im Staate und auf dem Markte Widerstand entgegengesetzen, wenn nicht mehr die Arbeiter, sondern sie selbst die Folgen der Preissteigerungen zu tragen hätten.

Es ist ein Vorzug der gewerkschaftlichen Politik, dass sie nicht leicht verknöchern kann, dass sie immer wieder durch die Entwicklung des Kapitalismus, durch unerwartete wirtschaftliche Konstellationen zu neuen Methoden, zur Ueberprüfung der alten gezwungen wird. Die allgemeine Lebensmittelverteuerung, die den Erfolg der gewerkschaftlichen Aktion vielfach aufhebt, ihn sonst häufig in Frage stellt, ihn niemals zum vollen Gewinn gedeihen lässt, nötigt zu neuen Kampfmethoden, zwingt zur Ueberprüfung der alten. Der grenzenlose Egoismus der Agrarier, die Gleichgültigkeit des Unternehmertums, die schweren Sorgen des Proletariats zwingen uns, den Kampf mit neuen Waffen aufzunehmen, zwingen uns, den Kapitalismus, dem wir gegenüberstehen, verantwortlich zu machen für die Verschlechterung der Lebenshaltung, für die Verminderung der Ernährungsmöglichkeit der Arbeiter.

Rudolf Hilferding : Barzahlung und Banktrennung

Wir haben im letzten Hefte des „Kampf“ die Gesetze der Papiergeldwährung untersucht, soweit dies zum Verständnis der tatsächlichen Gestaltung der bestehenden österreichischen Währung nötig war. Wir wenden uns nun dem Problem zu, ob durch die jetzige Einrichtung unseres Geldwesens alle Anforderungen, die an ein rationelles Geldwesen gestellt sind, bereits erfüllt sind, eine Aenderung unserer Geldverfassung unnötig wäre oder ob diejenige Bestimmung, die unser Geldwesen von dem der westeuropäischen Länder unterscheidet, ob die Suspension der Barzahlung nicht doch vielleicht einen Mangel unseres Geldsystems bedeutet. Da aber die Barzahlung nur für den internationalen Verkehr von entscheidender Bedeutung ist, dieser aber nach der Meinung der Anhänger des bestehenden Zustandes durch die Politik der Bank in viel rationellerer Weise besorgt werden kann, wenn die Barzahlungen suspendiert bleiben, müssen wir diese Politik und ihre Wirkungen jetzt des näheren untersuchen und uns vor allem der Betrachtung der Wirkungen der Devisenpolitik zuwenden.

So nützlich diese Devisenpolitik, wie wir gesehen haben, ist, man darf ihr und dem ganzen System der österreichischen Bankpolitik keine mystischen Eigenschaften andichten und Vorteile zuschreiben, die es in Wirklichkeit nicht besitzt. Das tun aber diejenigen, die in der Suspendierung der Barzahlung ein ganz geheimnisvolles Machtmittel erblicken, das die österreichische Volkswirtschaft vor jeder Entziehung ihres einmal angesammelten Goldschatzes in viel wirksamerer Weise beschützen soll, als es in Ländern mit der Verpflichtung zur Barzahlung der Fall sei.

Es gilt also die Wirkungen der Suspendierung der Barzahlungen jetzt zu präzisieren. Bisher haben wir die Zahlungsbilanz nur so weit betrachtet, als sie durch die Handelsbilanz, durch das Verhältnis von Import und Export bestimmt war. Aber die Handelsbilanz bildet nur einen Posten der Zahlungsbilanz. Diese wird ausserdem — wir führen nur das Wichtigste an — bestimmt durch Zahlungsforderungen des Auslandes an Oesterreich, die entstehen aus der Zinsverpflichtung für unsere im Ausland gemachten Schulden, Staatsschulden wie private Schulden, denen wieder Gegenforderungen für in

Oesterreich placierte ausländische Werte entsprechen können. Einen wichtigen Posten bilden ferner Verpflichtungen, die aus dem Verkauf österreichischer Effekten, Staatsrenten, Aktien, Pfandbriefe ins Ausland oder umgekehrt durch Ankauf ausländischer Effekten entstehen; schliesslich diejenigen Summen, die vorübergehend aus einem Land auf das andere übertragen werden, Sendungen, die aus dem internationalen Leihverkehr entspringen. Gesetzt den Fall, in Deutschland herrsche ein Zinsfuss von sechs, in Oesterreich aber nur von vier Prozent, so werden Gelder, die in Oesterreich auf kurze Frist angelegt oder momentan unbeschäftigt sind, nach Deutschland übertragen, wo sie höheren Zins abwerfen. Es ist dies eine Bewegung, die aus der Tendenz zur Ausgleichung des internationalen Zinsfusses entspringt. Es handelt sich dabei um die Uebertragung grosser Summen, wodurch eine sonst aktive Zahlungsbilanz in eine passive verwandelt werden kann, für längere oder kürzere Zeit, je nach der Dauer, in der die Zinsfussdifferenz bestehen bleibt. Analoge Geldübertragungen können auch entstehen, wenn inländische Geldkapitalisten ihr Geld auf ausländische Börsenplätze übertragen, weil dort die Spekulation lebhafter, die Chancen für Spekulationsgewinne grösser sind als im Inland. Dieses Passivum müsste schliesslich in Gold beglichen und so der Goldschatz der Bank vermindert werden. Es ist klar, dass diese Goldübertragungen, die nur aus dem Drang des Leihkapitals entspringen, nach dem Ort des höheren Zinsfusses abzufließen, nicht aus zwingender ökonomischer Notwendigkeit hervorgehen. Es steht um sie ganz anders als um jene Summen, die zur Begleichung der aus dem internationalen Warenaustausch hervorgehenden Verpflichtungen ins Ausland gesandt werden müssen. Es handelt sich hier um bis zu einem gewissen Grade willkürliche Bewegungen des Geldkapitals, nicht um aus Waren- oder Effektenkäufen entspringende zwingende Zahlungsverpflichtungen. Das Geldkapital könnte auch in Oesterreich bleiben, wenn es mit einer geringeren Zinsrate zufrieden wäre. Diese Bewegung unterliegt daher auch in ganz anderem Masse der Einwirkung der Bankpolitik. Das Nächstliegende ist, die Geldsummen dadurch im Lande zu behalten, dass man ihnen höheren Zins gewährt. Dies ist auch ein häufig gewähltes Mittel. Die Bank merkt aus der Entnahme von Geld, dass die Zahlungsbilanz sich verschlechtert hat; sie wirkt dem entgegen, indem sie ihren Zinssatz erhöht. Die Summen bleiben im Lande oder auswärtige Gelder werden jetzt hier angelegt. Zugleich hat eine Ausgleichung der Zinssätze stattgefunden; in Oesterreich ist der Zinsfuss sage auf fünf Prozent erhöht worden, während die nach Deutschland abgeflossenen Summen dort den Zins von sechs auf fünf Prozent herabgedrückt haben.

Die Bank kann aber auch anders verfahren. Das Hinaussenden von Geld ins Ausland muss in Form von ausländischen Zahlungsmitteln geschehen; diese sollen ja im Ausland angelegt werden. Wollen die österreichischen Geldexporteure Geld nach Deutschland senden, so brauchen sie dazu Gold oder Markwechsel. Beides können sie nur von der Bank erhalten. Müsste die Oesterreichisch-ungarische Bank ihre Noten in Gold einlösen, so könnten die Banken ihr die Noten präsentieren und das Gold ausführen; da die Barzahlung aber suspendiert ist, ist dies unmöglich und die Auswanderung österreichischen Geldkapitals muss unterbleiben. Die österreichische Bank braucht nicht durch Erhöhung ihres Zinsfusses, der für alle Leihgeschäfte massgebend ist, ihren Goldschatz schützen; das besorgt das Gesetz und die österreichische Volkswirtschaft ist vor den Folgen der Zinsfusserhöhung bewahrt auf Kosten der Leihkapitalisten, die auf das Einstreichen der Zinsfussdifferenz verzichten müssen. Natürlich kann dann die Ausgleichung zwischen dem deutschen und dem österreichischen Zinsfuss gleichfalls nicht erfolgen.

Aber man darf diesen unleugbaren Vorteil der Suspendierung der Barzahlung nicht übertreiben. Einmal muss mit aller Schärfe hervorgehoben werden, dass er den Goldschatz der Bank nur schützt gegen solche eben beschriebene und analoge Finanzoperationen. Aber gerade diese bergen meist nur geringere Gefahr. Es sind Transaktionen, die nur eine gewisse Zeit dauern und die Gewissheit bieten, dass nach einiger Zeit die Kapitalien wieder rückfließen, also die entgegengesetzte Wirkung auf die Zahlungsbilanz ausüben werden. Allerdings können sie in einem Zeitpunkt unternommen werden, wo sie mit Rücksicht auf die Lage des inländischen Geldmarktes die Gefahr einer Krediterschütterung herbeiführen könnten. Aber eine dauernde Gefährdung des Goldschatzes bilden sie nicht und stehen damit im Gegensatz zu den anderen Posten der Zahlungsbilanz, die aus der Waren-

bewegung oder aus anderen unumgänglichen Zahlungsverpflichtungen, wie zum Beispiel aus der Zinszahlung für die Staatsschuld, entspringen. Verlangen diese Posten zum Beispiel die Ausgleichung einer Deutschland günstigen Bilanz, so muss diese beglichen werden, und zwar in deutschen Zahlungsmitteln; würden diese jetzt von der Bank verweigert, so würden die Markwechsel in Wien rasch über die Parität steigen, in Berlin die Kronenwechsel unter die Parität fallen. Im Falle es sich um blosser Finanztransaktionen zur Ausnützung der Zinsfussdifferenz gehandelt hätte, hätte das Steigen der Markwechsel die Goldausfuhr verhindert; denn die höheren Kosten der Beschaffung deutscher Zahlungsmittel hätten den Gewinn der Banken aus dem höheren Zinsfuss verschlungen. Jetzt müssen aber die Zahlungsverpflichtungen erfüllt werden, soll der säumige Schuldner nicht in Bankrott erklärt werden. Stünden jetzt die nötigen deutschen Zahlungsmittel nicht zur Verfügung, so würde eben die Entwertung unserer Valuta offensichtlich. Die Bank ist also gezwungen, für diese Zwecke genau so Gold, respektive Goldanweisungen auf deutsche Plätze zur Verfügung zu stellen, wie wenn sie bar zahlte. Es sind aber nur solche, vielleicht plötzlich eintretende Verschiebungen der Zahlungsbilanz, die eine Gefahr für die Bank bedeuten können, wenn sie andauern. So könnte eine bedeutende Verschlechterung der Zahlungsbilanz durch Aenderung der Handelsbilanz infolge eines Misswachses eintreten, der uns zwingt, Getreide in grösserer Menge zu importieren, statt zu exportieren. Die Verschlechterung der Handelsbilanz müsste, wenn nicht andere Posten eine entgegengesetzte Wirkung ausüben, schliesslich in barem Gold ausgeglichen werden und die Bank müsste das nötige Bargeld (Gold) zur Verfügung stellen. Ebenso wenn etwa ein starker Rückstrom von Effekten aus dem Ausland entstünde und dafür grosse Zahlungen zu leisten wären. Jede Weigerung der Bank, diese Zahlung durch Hergabe von Gold zu befriedigen, würde unsere Valuta sofort entwerten. Hier versagt also die Suspension der Barzahlung als Mittel des Schutzes des Goldschatzes vollständig und die Bank muss genau so handeln, als wäre sie eine bar zahlende. Zum Schutze ihres Schatzes kann sie dann nur dieselben Mittel anwenden wie jede barzahlende Bank, muss also schliesslich genau in gleichem Masse zur Diskonterhöhung greifen, um ausländisches Kapital heranzuziehen, um den Kurs der Effekten zu drücken und damit dem Rückströmen dieser entgegenzuwirken.

Aber der Wert der Suspendierung der Barzahlung wird noch dadurch vermindert, dass sie auch in dem Falle, wo sie ein wirksames Mittel des Goldschutzes darstellt, durch andere, die auch die bar zahlende Bank anwenden kann, zum grössten Teile ersetzbar ist, wenn auch von diesen Mitteln in der Regel wenig gesprochen wird. Hierher gehört vor allem die Goldprämienpolitik der Bank von Frankreich, vor der die „Metallisten“, die dogmatischen Goldwährungspolitiker, einen so grossen Abscheu haben. Da in Frankreich nicht nur das Gold, sondern auch die Silbermünzen gesetzliches Zahlungsmittel sind, kann die Bank ihre Noten sowohl in Gold als in silbernen Frankenstücken einlösen. Will man die Einlösung in Gold, so verlangt dafür die Bank eventuell einen Aufschlag und diese Prämie genügt gewöhnlich, um den Goldexport zu verhindern. Andere Banken helfen sich auf andere Weise. Abgesehen von den kleineren Künsten, wie zum Beispiel Einlösung der Noten in bereits stark durch die Zirkulation abgenützten Münzen, die für Exportzwecke nur mit Verlust zu verwenden sind, da auf dem Weltmarkt das Gold nur nach dem Gewicht gemessen wird, benützen die Notenbanken ihre überragende Stellung in der Kreditorganisation, um die Banken und grossen Geldhändler am Goldexport zu hindern, etwa durch die Drohung, ihnen bei der Diskontierung ihrer Wechsel oder bei sonstigen Kreditgeschäften weniger entgegenzukommen. Alle diese Massregeln sind auch wirksam, aber nur unter einer Bedingung: der Stand der Zahlungsbilanz muss ein solcher sein, dass ein Goldabfluss nicht zur Begleichung eingegangener Verpflichtungen unumgänglich ist. Die Notenbank kann also durch eine solche Politik, die den Zinsfuss unverändert lässt, nur dann den Goldabfluss verhindern, wenn er aus reinen Finanztransaktionen entspringt. Will zum Beispiel eine Bank des einen Landes, dessen Zinsfuss 3 Prozent beträgt, 10 Millionen Franken in einem anderen Lande anlegen, weil dort der Zinsfuss 5 Prozent, und kann sie wegen des Standes der Wechselkurse diese Anlage nur in Gold machen, so kann jede Notenbank einen solchen Goldexport verhindern; die österreichische Bank wird einfach die Hergabe von Gold verweigern und kann dies infolge der Suspen-

dierung der Einlösungsverpflichtung ohneweiters; die Bank von Frankreich würde eine solche Goldprämie verlangen, dass der Export trotz des höheren Zinssatzes im Ausland unrentabel wird. Die Deutsche Reichsbank hätte es etwas unbequemer; aber sie würde dem Goldexporteur in freundschaftlichem Gespräch mitteilen, dass ihr eine Schwächung des Goldschatzes in diesem Moment unerwünscht wäre und der Goldexporteur weiss, dass es unklug wäre, den Unwillen des mächtigen zentralen Kreditinstituts herauszufordern. Die Bank von England aber — wird das Gold hergeben, aus dem einfachen Grunde, weil in ihrem Direktorium der Einfluss der grossen Goldhändler überwiegt. Diesem Umstand ist es zu verdanken, dass London der einzig wirklich freie Geldmarkt ist, was für London aber auch den Vorteil hat, das Zentrum des Goldmarktes und des Goldhandels der Welt zu bleiben.

Zweifellos ist diese Politik wirksam. Den Beweis dafür bildet die Verschiedenheit der Diskontsätze der verschiedenen Wirtschaftsgebiete. Bei der leichten Beweglichkeit des Geldkapitals wäre die Verschiedenheit der nationalen Diskontsätze längst zu einem Weltmarktssatz ausgeglichen, zumindestens aber diese Verschiedenheit weitaus geringer, würde nicht die „nationale“ Politik der verschiedenen zentralen Notenbanken diese Ausgleichung zu verhindern imstande sein. Die grösste Bedeutung in dieser Beziehung kommt der Bank von Frankreich zu mit ihrer ungeheuren Anhäufung des Goldes in ihren Kellern.

Aber diese Politik hat ihre bestimmten Grenzen. So wirksam sie bei reinen Finanztransaktionen ist, so versagt sie sofort, wenn es sich um Goldbewegung handelt, die zur Barzahlung von eingegangenen Schuldverpflichtungen aus der internationalen Waren- oder Effektenbewegung etc. entspringen. Der Unterschied ist ohneweiters klar. Ein Goldexport von 10 Millionen Franken zu Finanzzwecken wird unterbleiben, wenn die Notenbank durch das eine oder das andere Mittel dem Goldexporteur das Gold nicht herausgibt. Eine Nachfrage nach auswärtigen Wechseln wird aber dann gleichfalls nicht stattfinden; der Goldexporteur wird auf die Goldübertragung ganz verzichten; denn seine Nachfrage nach Wechseln würde den Wechselkurs so in die Höhe treiben, dass der Export sich ebensowenig lohnen würde, als wenn er etwa eine von der Notenbank geforderte Prämie zahlen müsste. Ganz anders aber, wenn zum Beispiel Pariser Kaufleute für ihnen gelieferte englische Waren Zahlungen von zehn Millionen Franken zu machen hätten und diese zehn Millionen das Passivum darstellten, das in der englisch-französischen Handelsbilanz auszugleichen wäre. Diese zehn Millionen müssen bezahlt werden, während die Goldübertragung zur Ausnützung der Zinsdifferenz eben auch unterbleiben konnte. Die Pariser Kaufleute werden also zunächst auf dem Geldmarkt Nachfrage ausüben; der Wechselkurs würde rasch über den Goldpunkt steigen; verweigerte die Bank auch jetzt die Hergabe von Gold oder setzte sie ihre Goldprämie immer weiter hinauf, so würde der Wechselkurs immer mehr über den Goldpunkt steigen, was aber nichts anderes bedeutete als eine Entwertung der französischen Valuta, die zu verhindern ja das Ziel jeder geregelten Bankpolitik sein muss. Dass die Goldprämiapolitik in Frankreich in der Regel den Goldexport verhindert, erklärt sich einfach daraus, dass die Zahlungsbilanz Frankreichs stets aktiv ist, dass also Goldexporte aus Frankreich fast stets nur reinen Finanztransaktionen dienen. Es ist nur dieser Umstand, der die Goldprämiapolitik der Bank ermöglicht, ebenso wie er die Anhäufung des Goldes in den Kellern der Bank und die Niedrigkeit und das Gleichbleiben des französischen Diskontsatzes erklärt.

Die Richtigkeit dieser Darlegungen ist geradezu experimentell erhärtet worden durch die Vorgänge auf dem Geldmarkt im Spätherbst 1907. Die Deutsche Reichsbank machte den Versuch, durch Druck auf die Banken diese vor Goldexporten abzuhalten. Zunächst mit Erfolg. Bald aber stieg der Wechselkurs auf London, Paris etc. über den Goldpunkt* und sofort wurden im Ausland Stimmen laut, dass die deutsche Währung aufgehört habe, eine Goldwährung zu sein und dass die Schwankungen der deutschen Valuta über die einer Goldvaluta hinausgingen. Es blieb der Reichsbank nichts anderes übrig, als durch Abgabe von Gold den Wechselkurs wieder auf das normale Niveau

* Der Londoner Sterlingkurs von 20:60 überragte damals die Parität um 0:83 Prozent, den Goldpunkt um 0:50 Prozent.

herabzudrücken, sollte das beginnende Misstrauen in die deutsche Währung verscheucht und damit die Erschütterung des deutschen Kredits im Auslande verhindert werden. Ganz genau dasselbe passierte aber der Oesterreichisch-ungarischen Bank, als sie zur gleichen Zeit von ihrer Befugnis, keine Barzahlung zu leisten, einen mit den Geldmarktverhältnissen nicht voll übereinstimmenden Gebrauch machte und Devisen nicht in einer die Nachfrage befriedigenden Menge zur Verfügung stellte. Auch dies hatte ein Steigen des Wechselkurses über den Goldpunkt zur Folge und schon konnte man glauben, dass das längst verschwundene Goldagio wieder drohe. Die Abgabe von Devisen in Gold machte diesem Zustand sofort ein Ende.

Aber auch die Verhinderung des Goldexportes bei reinen Finanztransaktionen findet eine Grenze an der Grösse der Differenz der Zinssätze. Ueberschreitet die Differenz ein bestimmtes Ausmass, so dass die Goldübertragung auch rentabel bleibt, wenn der Wechselkurs über den Goldpunkt hinausgeht oder, was auf dasselbe hinauskommt, auch die erhöhte Goldprämie gezahlt werden kann, so wird auch hier Goldexport eintreten müssen, soll die Schwankung der Valuta innerhalb der normalen Grenzen gehalten werden. Dann versagen die angeführten Mittel der Bankpolitik zur Verhinderung des Goldexportes und es muss Erhöhung des Zinsfusses eintreten. Das erklärt zum Beispiel, warum die Bank von Frankreich bei der Erhöhung der amerikanischen, englischen und deutschen Diskontsätze im Spätherbst 1907 auch ihrerseits mit einer Erhöhung des Zinssatzes vorgehen musste, um durch Verringerung der Differenz zwischen den eigenen und den fremden Sätzen ihren Goldbestand zu schützen. In allen anderen Fällen aber, wo der Goldabfluss nur ein aus Zahlungsverpflichtungen entstandenes Passivum der Zahlungsbilanz ausgleicht, könnte jede Verhinderung des Goldexportes nur um den Preis einer Entwertung der Valuta erkauf werden, würde er also die Vereitelung gerade jenes Zweckes bedeuten, dem die Ansammlung des Goldes dient. Es würde heissen, um des Goldfetisches willen die Funktion des Goldes vereiteln. In allen diesen Fällen kann einem Abfliessen des Goldes nur entgegengewirkt werden durch Erhöhung des Diskontsatzes, welche immer die gesetzlichen Befugnisse der Notenbank sind, ob die Bank eine bar zahlende ist oder nicht. Die Steigerung des Diskontsatzes zieht auswärtiges Kapital in das Land, senkt den Kurs der Effekten und verhindert so das Zurückströmen der Effekten aus dem Ausland und damit eine plötzliche und erhebliche Verschlechterung der Zahlungsbilanz, um nur diese wichtigsten Wirkungen der Diskonterhöhung auf den internationalen Goldverkehr zu erwähnen.

Die Suspendierung der Barzahlung und auch die Devisenpolitik der Oesterreichisch-ungarischen Bank, so nützlich und rationell die letztere durch die Ersparung unnützer Goldtransportkosten an sich ist, hat also nicht jene Bedeutung für die Herabsetzung und Niedrighaltung des Zinsfusses, die ihr manche übertreibende Bewunderer der Bankpolitik zuschreiben. Sie ist durchaus nicht imstande, die internationalen Einflüsse, die auf die Gestaltung des Wechselkurses und damit auf den Zinsfuss bestimmend wirken, auszuschalten oder auch nur in ihrer Wirkung zu modifizieren. Ebenso wenig hat die Goldpolitik irgend eine Bedeutung für die Gestaltung derjenigen Faktoren, die im inländischen Wirtschaftsleben den Zinsfuss bestimmen, aus dem einfachen Grunde, weil für das Inland die spezifischen Eigenheiten der österreichischen Bankpolitik ausscheiden und die Bank hier genau die gleichen Grundsätze befolgen muss wie jede andere, wenn wir von dem gesetzlichen Unfug der Peelsakte und der amerikanischen Notendeckungsvorschriften absehen.

Nach alledem ist der Schluss auf die Bedeutung der Frage der Suspendierung der Barzahlung leicht zu ziehen. Was durch diese Befugnis wirklich geleistet wird, die Verhinderung rein finanzieller Goldtransaktionen, leisten andere Banken vermöge ihrer Machtstellung in der Kreditorganisation in gleicher Weise. Und gerade die österreichische Bank besitzt durch die systematische Ausgestaltung der Devisenpolitik eine solche Stellung auf dem Wechselmarkt, dass eine Durchkreuzung ihrer Absichten durch private Goldarbitrageure nicht zu fürchten ist. Die Aufhebung dieser Befugnis würde also auf die tatsächliche Gestaltung der Diskontpolitik der Bank ohne Einfluss bleiben.

Die Frage der Suspendierung der Barzahlung kann also an sich mit grosser Gelassenheit behandelt werden. Bloss vom Standpunkt der Valutapolitik aus betrachtet,

ist die Beibehaltung oder Aufhebung dieser Bestimmung gleichgültig. Wenn also Ungarn die Beseitigung dieser Bestimmung fordert, so hat Oesterreich an sich nicht die geringste Veranlassung, für die Beibehaltung irgend eine Konzession, irgend ein Opfer zu bringen. Da die Ungarn die Fordernden sind, haben vielmehr sie für die Erfüllung ihrer Forderung Zugeständnisse zu machen.

Aber die Frage der Barzahlung hat auch noch in anderer Beziehung Wichtigkeit. Solange die österreichische Valuta nicht auch juristisch eine reine Goldwährung ist, ist der Kredit, den österreichische Effekten im Ausland geniessen, nicht der reiner Goldwährungsländer. Es fehlt unter diesen Umständen die absolute Sicherheit, dass die Verpflichtungen, die in österreichischer Währung zu erfüllen sind, immer in Gold erfüllt werden. Dies bewirkt aber, dass die Nachfrage nach österreichischen Effekten im Ausland nicht so stark ist, als wenn diese Effekten reine Goldverpflichtungen darstellten. Der Kurs der österreichischen Papiere im Ausland ist also während der Suspendierung der Barzahlung niedriger, als er bei Aufnahme der Barzahlung wäre. Das ist aber ein Nachteil, da er die ans Ausland zu zahlende Zinssumme steigert, ein Nachteil, dem kein entsprechender Vorteil gegenübersteht. Aus diesem Grunde wäre die Aufrechterhaltung der Suspendierung ein unnützer Schaden, dessen Beseitigung allerdings noch mehr im Interesse Ungarns — wegen dessen stärkerer Inanspruchnahme des auswärtigen Kredits — als in dem Oesterreichs läge.

Aber die Frage der Aufnahme der Barzahlung wird heute dadurch kompliziert, dass sie in Zusammenhang gebracht werden muss mit einer anderen, mit der Frage der Banktrennung, der Errichtung einer selbständigen ungarischen Notenbank.

Dass Ungarn die Banktrennung fordert, bliebe unverständlich, wenn diese Massregel isoliert betrachtet würde. Denn dass die Gemeinsamkeit der Bank für die ungarische Volkswirtschaft von Vorteil ist, unterliegt keinem Zweifel und wurde dies auch von allen Sachverständigen, die in der ungarischen Bankenquete vernommen wurden, übereinstimmend zugegeben, wobei wir allerdings die magyarischen Unabhängigkeitspolitiker nicht zu den Sachverständigen rechnen. Die Gemeinsamkeit der Notenbank bedeutet die Einheitlichkeit des österreichisch-ungarischen Geldmarktes, bedeutet daher, dass das österreichische Leihkapital den Ungarn zu denselben Bedingungen zur Verfügung gestellt wird wie den Oesterreichern. Der noch überwiegend agrarischen ungarischen Volkswirtschaft wird zu ihrer industriellen Entfaltung der österreichische Kapitalreichtum zur Verfügung gestellt und dies bewirkt, dass der Zinssuss in Ungarn niedriger ist, als er wäre, wenn der ungarische Geldmarkt mit dem österreichischen nicht eine Einheit bildete. Umgekehrt bewirkt derselbe Umstand, dass der Zinssuss in Oesterreich höher ist, als wenn Ungarn nicht einen Bestandteil des österreichischen Geldmarktes bildete.

In derselben Richtung der Erhöhung des Zinssusses wirkt die Gestaltung der ungarischen Zahlungsbilanz. Nach den zuverlässigen Berechnungen Gaertners* sieht die Zahlungsbilanz Ungarns folgendermassen aus: Auf der Aktivseite steht der Ueberschuss aus der Handelsbilanz mit 40 Millionen Kronen, das heisst, Ungarn exportiert um diesen Betrag mehr ins Ausland (mit Einschluss Oesterreichs), als es importiert; dann die Edelmetallproduktion mit 13·54 Millionen Kronen und schliesslich die Geldsendungen der Auswanderer an ihre Verwandten in die Heimat mit 100 Millionen Kronen. Die Aktivseite, die den Betrag angibt, den Ungarn vom Ausland zu empfangen hat, beträgt also 153·54 Millionen Kronen. Demgegenüber stehen auf der Passivseite, die die Zahlungen angibt, die Ungarn an das Ausland zu leisten hat, folgende Posten:

Zahlungen des Staates	206·757	Millionen Kronen
Verzinsung der Bodenschuld	112·312	„ „
Schuld der Privatbahnen	21·345	„ „
Warenverschuldung	16·177	„ „
Zinsen von sonstigen Aktien und Obligationen	10·07	„ „
Entnahme durch die Auswanderung	45·00	„ „
Summe	411·661	Millionen Kronen

* Fr. Gaertner, „Der österreichisch-ungarische Ausgleich“, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, XXV. Band, 1. und 2. Heft (1907), Seite 391 ff.

Zieht man von diesem Passivum das Aktivum mit 153·54 Millionen Kronen ab, so verbleibt als schliessliches Passivum der Zahlungsbilanz der Betrag von 258·121 Millionen Kronen.

Es müsste also alljährlich etwa eine Viertelmilliarde Kronen in Gold an das Ausland abfliessen, um das Defizit zu begleichen. Das ist natürlich unmöglich und so muss Ungarn alljährlich eine Summe in der angegebenen Höhe vom Ausland borgen. Es geschieht dies, indem ein Teil der in Ungarn gemachten Ausgaben des Staates, der Industriellen, Kaufleute und Grundbesitzer mit Geld bestritten wird, das durch den Verkauf von Staatsschuldentiteln, Obligationen und Aktien, Hypotheken u. s. w. ans Ausland aus diesem nach Ungarn fliesst. So verschafft sich Ungarn das Kapital für die Entwicklung zum Industriestaat. Der grösste Teil dieses Kapitals für die ungarische Volkswirtschaft wird in Oesterreich aufgebracht. Auf dem österreichischen Geldmarkt aber besitzt Ungarn eine Vorzugsstellung, solange die Einheit des Wirtschaftsgebietes — und dazu gehört auch die des Geldmarktes — erhalten bleibt. Es ist wirtschaftlich Inland und seine Effekten geniessen im wesentlichen gleichen Kredit wie österreichische. Dies ändert sich im Moment der Banktrennung. Eine passive Zahlungsbilanz bildet eine gewisse latente Gefahr für die Aufrechterhaltung der Barzahlung. Oesterreich ohne Ungarn hat eine stark aktive Zahlungsbilanz, für sich allein hat es die Gefahr einer Geldentziehung, die schliesslich die Valuta entwerten könnte, nicht zu fürchten. Bei der Gemeinsamkeit der Bank wird die Passivität Ungarns durch die Aktivität Oesterreichs so ziemlich wettgemacht. Anders wenn Ungarn einen selbständigen Geldmarkt bildet. Es muss dann Anstrengungen machen, um sich den Zufluss einer Viertelmilliarde ausländischen Kapitals alljährlich zu sichern und zu verhüten, dass das in der Bank angesammelte Gold abfliesst. Da dieser Goldabfluss aus zwingenden Verpflichtungen der Zahlungsbilanz entspringt, kann er nicht anders verhütet werden als dadurch, dass durch entsprechende Höhe des Zinsfusses ausländisches Kapital nach Ungarn gelockt wird. Die selbständige Bank bedeutet also für Ungarn unter allen Umständen eine Erhöhung des Zinsfusses über das Niveau, das die gemeinsame Bank einhalten kann.

Andererseits aber muss die Möglichkeit zur Aufrechterhaltung der ungarischen Währung auch bei einer selbständigen Bank zugestanden werden, wenigstens unter normalen Verhältnissen und bei ehrlicher Leitung der Bank und der Staatsfinanzen. Gewiss schliesst die Passivität der Zahlungsbilanz Gefahren in sich. Vor allem betont man gewöhnlich die Gefahr einer starken und plötzlichen Geldentziehung durch das Rückströmen von im Ausland befindlichen Effekten, wenn durch irgendwelche ungünstigen Umstände der ungarische Kredit im Ausland erschüttert wird. Aber eine energische und rechtzeitig angewandte Diskonterhöhung bietet auch gegen solche Möglichkeiten weitgehenden Schutz. Die Erhöhung des Zinsfusses senkt den Preis der Effekten auf dem ungarischen Markte und der niedrige Preis hält die ausländischen Besitzer ab, die Papiere in Ungarn zu verkaufen. Die Erschwerung des Kredits macht es andererseits den ungarischen Effektenhäusern schwer möglich, diese Papiere anzukaufen.

Ebenso hängt es nur von der Höhe des zu gewährenden Zinsfusses ab, ob das Ausland die nötigen neuen Kapitalien zur Verfügung stellt.

Die Erhöhung des Zinsfusses ist aber für die ungarische Volkswirtschaft eine bedeutende Kalamität. Sie widerspricht auch dem fiskalischen Interesse, da sie die vom Staat für seine Anleihen zu tragende Zinslast steigert; dem agrarischen Interesse, da sie die Hypothekenzinsen vermehrt, den Preis des Grundes und Bodens herabdrückt und damit auch die Verschuldungsgrenze verengt und Meliorationen erschwert; dem industriellen Interesse, da ein grösserer Teil des industriellen Profits als Zins weggezahlt werden muss und schliesslich dem Interesse aller Volksklassen, da der erhöhte Zins ins Ausland geht und damit ein Teil des in Ungarn produzierten Profits für die industrielle Weiterentwicklung des Landes verloren geht.

Umgekehrt würde die Trennung in Oesterreich wirken; dem österreichischen Kapital, das nach Ungarn verliehen wird, würde höherer Zins zufließen, während in Oesterreich selbst der Zinsfuss niedriger würde; beides würde die industrielle Akkumulation in Oesterreich fördern bei gleichzeitiger Steigerung der Bodenpreise und der landwirtschaftlichen Kreditgewährung.

Die Nachteile, die Ungarn aus der Erhöhung des Zinsfusses erwachsen, schaffen aber eine Gefahr. Bei der Macht der Grossgrundbesitzer und Grosskapitalisten über die ungarische Regierung erscheint die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass, um die Zinserhöhung zu vermeiden, die Diskontpolitik nicht energisch genug gehandhabt wird, dass der Goldabfluss infolgedessen gefährliche Dimensionen annimmt und schliesslich die Barzahlungen suspendiert werden, das heisst aber unter solchen Umständen, dass die Goldwährung zusammenbricht und die reine Papiergeldwirtschaft an ihre Stelle tritt mit allen ihren Folgen für die Entwertung der Valuta. Bei der Grösse der ungarischen Schuldverpflichtungen an Oesterreich würde das grosse Verluste für das österreichische Kapital bedeuten, das jetzt seine Forderungen in einer entwerteten Valuta beglichen erhielte. Andererseits bedeutete diese Entwertung eine Exportprämie für die ungarischen Erzeugnisse, vor allem die Agrarprodukte, die im Ausland in dem vollwertigen Gelde bezahlt werden, während die ungarischen Produzenten noch längere Zeit fortfahren würden, die Arbeitslöhne und Rohmaterialien in der entwerteten Valuta zu zahlen; zugleich eine Erschwerung des Imports nach Ungarn, da die ausländischen Produzenten mit dem Risiko rechnen müssen, ihre Waren in einer schwankenden, zu immer steigender Entwertung neigenden Valuta bezahlt zu erhalten.

Trotz allem aber wird man diese Gefahr nicht überschätzen dürfen. Gerade weil Ungarn auf den Zufluss ausländischen Kapitals unbedingt angewiesen ist, muss es darnach trachten, seinen Kredit im Ausland zu bewahren und sich nicht alle Möglichkeiten industrieller Fortentwicklung selbst abzuschneiden, indem es durch Verschlechterung seiner Valuta seinen Kredit zerstört. Gerade in dem Stadium einer halbmerkantilistischen Epoche, in der Streberepoche der staatlichen Industrieförderung werden die Tendenzen zur Aufrechterhaltung der Goldwährung wahrscheinlich die Oberhand behaupten.

Trifft aber diese Voraussetzung zu, so hat Oesterreich von der Banktrennung nichts zu fürchten, von ihr nur Vorteil zu erwarten. Für die Aufrechterhaltung der Gemeinsamkeit irgendwelche Konzessionen zu gewähren, wäre also ein ganz unverantwortliches und törichtes Beginnen, das den österreichischen Interessen durchaus zuwiderlaufen würde. Anders aber steht die Frage, wenn die Banktrennung nicht isoliert betrachtet wird, sondern als Vorbereitung zur völligen wirtschaftlichen Trennung Ungarns von Oesterreich. Und nur als solche wird die Forderung verständlich. Den ungarischen Wirtschaftspolitikern erscheinen die Nachteile der Banktrennung erträglich, weil sie hoffen, dass sie durch die Vorteile des selbständigen Zollgebietes mehr als wettgemacht werden. Der höhere Zinsfuss verliert seine Schrecken verglichen mit der Erhöhung der Profite, die die ungarischen Schutzzölle bringen sollen, der Tribut an das ausländische Kapital erscheint weniger lästig in dem Gedanken an den Ausschluss oder die Erschwerung der ausländischen industriellen Konkurrenz. Dass aber die Gemeinsamkeit der Bank bei Trennung des Zollgebietes zur Unmöglichkeit wird, leuchtet selbst den unbescheidensten Magyaren ein. Denn dass Oesterreich durch die gemeinsame Bank einem Ungarn, dessen selbständige Wirtschaftspolitik sich vor allem gegen die österreichische Industrie richtet, auch noch das nötige Geldkapital billiger und in grösserem Umfang zur Verfügung stellen sollte, als es bei Banktrennung der Fall wäre, muss selbst nach den Erfahrungen, die man mit der Preisgabe österreichischer Interessen durch die österreichische Regierung — man denke nur an den Landesverrat und Verfassungsbruch des Ministeriums Badeni-Bilinski — gemacht hat, als ausgeschlossen gelten. Da aber die Errichtung des selbständigen Wirtschaftsgebietes auch für Ungarn ein gefährliches Experiment bedeutet und krisenhafte Erschütterungen während der Uebergangszeit, so ist es das Interesse der Ungarn, nicht zwei wirtschaftliche Experimente zusammenfallen zu lassen, sondern die Trennung der Bank und die des Zollgebietes auf verschiedene Zeitpunkte zu verlegen. Deshalb bestanden ja die Ungarn bei dem letzten Ausgleich auf der Ausscheidung der Bankfrage, eine Konzession, die ihnen der leichtfertige Korytowski noch zu allem anderen zugestanden hat, und deshalb forderten sie dann mit solchem Nachdruck die Selbständigkeit der Bank. Soll aber das Ausland gegen diese selbständige Bank eines passiven Wirtschaftsgebietes nicht allzu misstrauisch werden, so muss die ungarische Bankpolitik in Uebereinstimmung gebracht werden mit der der grossen europäischen Notenbanken. Man hat nach den günstigen Erfahrungen mit der Politik

der österreichisch-ungarischen Bank sich im Ausland bis zu einem gewissen Grade daran gewöhnt, in der Suspendierung der Barzahlung mehr ein Mittel der Valutapolitik als eine prinzipielle Abweichung von den Grundlagen der Goldwährung zu sehen, was ja praktisch sicher zutrifft. Das um so mehr, als man im Ausland auch in die schliessliche Aufnahme der Barzahlungen keine begründete Zweifel setzen kann. Aber dieses Vertrauen würde der selbständigen ungarischen Bank fehlen und daher die Forderung der Ungarn zur Aufnahme der Barzahlungen. Damit muss aber auch diese Massregel nur als Schritt zur Erleichterung der Lostrennung Ungarns gewertet werden und darum denselben Widerstand hervorrufen, den die Sozialdemokratie im Interesse der Lebenshaltung des österreichischen Proletariats und im Interesse der industriellen Entwicklung jeder Zerstückelung des Wirtschaftsgebietes entgegengesetzt muss.

Die Entscheidung der Bankfrage kann also nicht bloss nach den Prinzipien der Bankpolitik getroffen werden. Wäre die Bankfrage für sich allein gestellt, die Ungarn hätten sie nie erhoben und die Oesterreicher brauchten mit der Antwort nicht zu zögern. So aber ist die Bankpolitik nur ein Bestandteil der Politik, die das Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn überhaupt entscheiden muss, nur ein Teil jener Wirtschaftspolitik, auf die das proletarische Interesse nur eine Antwort fordert: nicht Zerteilung, sondern Vereinigung, nicht Lockerung, sondern Festigung. So wird auch die Entscheidung über die Bankfrage zu einer politischen und damit zu einer Frage der Macht. Die Einheit des Wirtschaftsgebietes ist unmöglich bei Fortdauer des Dualismus, sie ist nur zu sichern durch Erringung der Demokratie und nationalen Autonomie für den ganzen Umfang des Reiches. Andrassy, dem Pluralitätsminister, kann die Aufnahme der Barzahlung nicht zugestanden werden.

Gustav Eckstein: Lamarck

Im Jahre 1793 beschloss der französische Konvent die Errichtung eines naturhistorischen Museums, in dem zugleich über die verschiedenen Zweige der Naturwissenschaften Lehrvorträge gehalten werden sollten. Mit derselben revolutionären Unbekümmertheit, mit der er bei der Wahl der Generale über Rangalter, akademische Vorbildung und jeden Bürokratenzopf hinweg sah, ging er nun auch bei der Ernennung der Professoren vor. Ein Grundstock war allerdings in den Gelehrten gegeben, die bisher an dem königlichen „Botanischen Garten“ tätig gewesen waren. Aber als es nun zur Besetzung der verschiedenen Lehrämter kam, ergab sich, dass für das grosse Gebiet der Zoologie keine geeignete Kraft da war. Lakanal, der mit dieser Wahl betraut war, entschloss sich zu einem kühnen Schritt: zum Professor der Naturgeschichte der Wirbeltiere ernannte er einen Jüngling von 21 Jahren, der sich bis dahin ausschliesslich mit Mineralogie befasst hatte, und für das Fach der Insekten, Mollusken, Würmer und Pflanzentiere einen Mann von 50 Jahren, der bisher einige grosse Werke über Botanik publiziert hatte. Die beiden Männer hiessen Etienne Geoffroy Saint Hilaire und Jean Monet Chevalier de Lamarck. Es sind die beiden genialsten Zoologen, die Frankreich je besessen.

Natürlich war es für beide eine ungeheure Arbeit, sich in kürzester Zeit in ein Gebiet einzuarbeiten, das ihnen bis dahin fast ganz ferne gelegen hatte. Während aber Geoffroy wenigstens feste Grundlagen in seiner Wissenschaft vorfand, auf denen er weiterbauen konnte, stand Lamarck vom Anfang an dem Chaos gegenüber, einer ungeheuren, noch fast ganz ungeordneten Masse. Nur mit einem kleinen Ausschnitt dieses Gebietes hatte er sich bisher vertraut gemacht, mit den Muscheln, die er aus Freundschaft zu dem Muschelforscher Brugnière zu sammeln begonnen hatte.

Dieser Freundschaftsdienst kam ihm nun sehr zustatten, als er zur Bearbeitung des Faches berufen wurde, dem kein anderer sich hatte zuwenden wollen. Innerhalb eines Jahres war er so weit, dass er die Vorlesungen über die Naturgeschichte der Wirbellosen aufnehmen konnte. Gerade aber das Fehlen fast aller festen Abgrenzungen auf diesem ungeheuren Gebiet, dessen Formenreichtum den der Wirbeltiere weit über-

trifft, dürfte für seine Auffassung von der Organismenwelt von ausschlaggebender Bedeutung geworden sein. Hier musste er selbst erst Ordnung in die Fülle der Erscheinungen bringen und konnte sich nicht damit begnügen, die ihm vorliegenden Tierformen in die bereits festgesetzten Klassen, Ordnungen und Arten einzureihen; hier musste ihm daher auch klar werden, dass alle Systeme etwas Künstliches sind, das wir in die Natur hineinbringen, das aber nicht in ihr selbst enthalten ist. Sehr schön drückt er später in seiner „Philosophie der Zoologie“ diesen Gedanken aus: „Der Zweck einer Klassifikation der Tiere“, sagt er dort, „ist der, vermittelt der von Abstand zu Abstand in der allgemeinen Reihe dieser Wesen gezogenen Scheidelinien unserer Einbildungskraft Ruhepunkte zu geben, damit wir jede schon beobachtete Art leichter erkennen, ihre Beziehungen zu den anderen bekannten Tieren erfassen und neu entdeckte Arten einreihen können. Dieses Mittel erleichtert unsere Studien und Kenntnisse, und seine Anwendung ist für uns unumgänglich notwendig. Aber ich habe bereits gezeigt, dass es ein künstliches Hilfsmittel ist und ungeachtet des scheinbaren Gegenteils keine reale Begründung in der Natur selbst hat.“

Hier wird also die Natur als Einheit aufgefasst, in der alle Unterschiede und Gegensätze nur relative Geltung haben. Von da ist nur mehr ein kleiner Schritt zu der Vorstellung, dass die verschiedenen Formen ineinander übergehen, auseinander hervorgehen. Und dieser Gedanke musste einem Manne von der wissenschaftlichen Unerfrohenheit und Kühnheit Lamarcks kommen, dessen geistiges Streben von jeher dahin gegangen war, Einheit in die Naturbetrachtung zu bringen, indem er zeigte, dass die ganze ungeheure Mannigfaltigkeit unserer Umgebung nach Gesetzen zu begreifen ist, deren Wirksamkeit wir heute noch beobachten können.

Bei den höchst unzureichenden Mitteln, die seine Zeit bot, konnte eine Aufgabe, die die Arbeitskraft eines Menschen jedenfalls weit übersteigt, nicht in allen Stücken gelingen, und so finden sich in dem Lebenswerk Lamarcks eine Menge ganz phantastischer Vorstellungen neben einer gewaltigen Reihe von genialen Gedanken, die auch noch die Gegenwart in reichem Masse zu befruchten imstande sind.

Das monistische Streben Lamarcks beschränkt sich nicht auf die Tierwelt; er hat versucht, die Chemie, die Geologie, die Botanik und Zoologie sowie endlich die Metereologie in ein einheitliches Weltbild zu vereinigen. Mit seinen Ansichten über Chemie trat er in scharfen Gegensatz zu Lavoisier. Ob seine Theorien irgend eine Berechtigung hatten, kann ich nicht entscheiden; jedenfalls machen sie einen recht phantastischen Eindruck. Hingegen waren seine geologischen Theorien viel ernster zu nehmen. Er versuchte lange vor Lyell die heutige Gestalt der Erdoberfläche aus der Wirksamkeit der Naturkräfte zu erklären, die auch heute noch wirksam sind. Damit machte er einen gewaltigen Schritt hinaus über die Anschauungsweise der damals herrschenden Lehre, die im Anschluss an die Sintflutsage der Bibel an ungeheure Katastrophen glaubte, die das Antlitz der Erde verändert hätten, Ereignisse, die über das Mass der uns bekannten Naturkräfte weit hinausgingen. Auch Lamarcks grösster Gegner, Cuvier, bekannte sich zu einer solchen „Katastrophentheorie“. Im Gegensatz dazu unternahm es Lamarck in seiner 1802 erschienenen „Hydrogeologie“, zu zeigen, wie die Erscheinungen der Gebirgsbildung, der Hebung und Senkung der Küsten, des Vorkommens von versteinerten Meerestieren in Gebirgen, die Schwankungen im Klima etc. in erster Linie auf die Bewegungen des Wassers zurückzuführen sind.

Das fliessende Wasser wäscht fortwährend das feste Land aus und trägt den Schutt nach dem Meere. Infolgedessen müsste mit der Zeit das ganze feste Land abgetragen und das Meer ausgefüllt werden. Dem widerstrebt aber die Bewegung des Meeres.

Die Anziehungskraft des Mondes bewirkt bekanntlich den Wechsel von Ebbe und Flut im Ozean, dessen Massen dadurch fortwährend in der Richtung von Ost nach West fortbewegt werden. Durch diese Strömung, meint nun Lamarck, werde stetig die Ostküste aller Kontinente vom Meere abgespült, während die Westküsten sich allmählich erheben. Auf diese Weise wandern die Meere im Laufe der Jahrtausende langsam rund um die Erde. Dies sucht Lamarck damit zu beweisen, dass mitten auf den heutigen Festländern versteinerte Ueberreste von Meerestieren gefunden werden. Besonders über die Versteinerungen des Pariser Beckens hat er sehr eingehende Studien gemacht.

Infolge dieser Wanderung der Meere, folgert er nun weiter, muss sich auch der Schwerpunkt der Erde verschieben und damit ihre Umdrehungsachse. Die Folge davon ist, dass die Pole wandern müssen. Dadurch erklären sich die Funde von versteinerten Resten tropischer Pflanzen in heute kalten Gegenden. Damit ist aber auch die wichtigste Ursache für die Entstehung hoher Gebirge gegeben. Denn da die Erde keine vollkommene Kugel, sondern an den Polen abgeflacht und mithin am Aequator ausgebuchtet ist, muss bei einer Aenderung der Drehungsachse ein neuer Wulst entstehen, von dem alten bleiben aber noch Reste bestehen und diese bilden die hohen Kettengebirge. Als weitere wichtige Faktoren der Gebirgsbildung werden aber auch noch die Tätigkeit des Wassers und die vulkanischen Gewalten anerkannt.

In ähnlicher Weise wie auf das Meer wirkt die Anziehung des Mondes auch auf den Luftzean. Auch dieser hat Ebbe und Flut, die in der Gegend des Aequators am stärksten auftreten. Die Folge davon ist, dass die vom Monde gehobenen Luftmassen nach den Polen abfließen. Je nachdem sie dabei über Meere oder Länder streichen, entstehen feuchte oder trockene Winde.

Diese auf sehr unzulängliche Kenntnis der Tatsachen aufgebaute Theorie enthält neben Phantastischem doch auch eine Reihe scharfsinniger und richtiger Beobachtungen und Folgerungen. Ihr grosses Verdienst aber ist, dass sie eine Erklärung der Welt rein auf Grund natürlicher Zusammenhänge zu bieten sucht. Spätere Zeiten sind an diese Aufgabe mit weit überlegenen Mitteln, mit viel grösserem Wissen von Tatsachen herangetreten. Aber der wenn auch teilweise missglückte Versuch zeigt nicht nur die Kühnheit, sondern auch die Genialität seines Urhebers. Mit Recht kann dieser sagen, die Phantasie führe uns in der Wissenschaft zwar oft irre; „aber ohne Einbildungskraft keine Genialität, ohne Genialität keine Möglichkeit, Entdeckungen zu machen, ausser Entdeckungen von Tatsachen, die dann aber immer ohne befriedigende Konsequenzen bleiben“. Im gleichen Sinne sagt auch Ernst Mach, dass „die wissenschaftliche Forscherarbeit eine recht starke Phantasie erfordert“. Darin zeigt sich eben die Genialität eines Forschers, dass er die Tatsachen neu gruppiert und die zur engen Verbindung fehlenden Glieder durch seine Einbildungskraft so ergänzt, dass sie dann auch in der Wirklichkeit aufgefunden werden können. Dazu ist allerdings eine sehr genaue Vertrautheit mit dem zu behandelnden Stoffe erforderlich, die Lamarck auf den Gebieten der Chemie und Physik nur teilweise, in viel höherem Masse aber auf dem der Biologie zu Gebote stand. Deshalb sind auch seine übrigen naturwissenschaftlichen Hypothesen und Theorien heute fast ganz der Vergessenheit anheimgefallen, seine biologische Auffassung aber, die zu des grossen Mannes Lebzeiten und auch noch lange nachher kaum etwas anderes als Spott und Mitleid erweckte, sie lebt heute wieder mit neuer Kraft auf, und die Prophezeiung Paulys* scheint ihrer Erfüllung entgegenzugehen, dass Lamarck, der grösste Vorgänger Darwins, auch sein Nachfolger sein werde.

Die ersten Andeutungen dieser Theorie finden sich bereits in der 1802 erschienenen Schrift: „Untersuchungen über die Organisation der Lebewesen“, sie ist aber voll ausgebaut in der „Zoologischen Philosophie“, dem genialen Werk, das gerade vor hundert Jahren erschien. Wenn man bedenkt, in welchem Zustande sich damals die Wissenschaft vom Lebenden befand, kommt einem erst die ganze Kühnheit von Lamarcks Unternehmen voll zum Bewusstsein. Die Lehre von den Versteinerungen, später eine der stärksten Stützen des Darwinismus, war kaum erst schüchtern hervorgetreten. Lamarck selbst gehört neben Cuvier zu ihren Begründern. Von den Zellen als den Bausteinen des Tier- wie Pflanzenleibes wusste man noch nichts. Die Embryologie und die vergleichende Anatomie steckten noch in den Kinderschuhen, Tier- und Pflanzengeographie waren noch unbekannte Begriffe; das Mikroskop war noch ein recht unbehilflicher Apparat, die Lehre von den einzelligen Lebewesen war noch kaum angebahnt.

Die Auffassung von der Entstehung der Lebewesen, die damals allgemein herrschte, fasst Lamarck folgendermassen zusammen: „Die Natur (oder ihr Urheber) hat bei der Schöpfung der Tiere alle möglichen Verhältnisse, in welche dieselben kommen würden, vorausgesehen und hat jeder Art eine konstante Organisation und eine bestimmte und

* A. Pauly, Darwinismus und Lamarckismus. München 1905.

in ihren Teilen unveränderliche Gestalt gegeben, welche jede Art zwingen, an den Orten und in den Klimaten, wo man sie findet, zu leben und hier ihre Gewohnheiten beizubehalten.“

Dieser herrschenden Auffassung stellt er nun seine eigene neue scharf gegenüber: „Die Natur hat alle Tierarten nacheinander hervorgebracht. Sie hat mit den unvollkommensten oder einfachsten begonnen und mit dem vollkommensten aufgehört. Sie hat ihre Organisation stufenweise entwickelt. Indem sich diese Tiere allgemein auf alle bewohnbaren Orte der Erde ausbreiteten, hat jede Art derselben durch den Einfluss der Verhältnisse, in denen sie sich befand, ihre Gewohnheiten und die Abänderungen in ihren Teilen erhalten, die wir bei ihr beobachten.“

Es fragt sich nun, wie Lamarck diese Entwicklung von einfachen zu komplizierteren Formen erklärt. Dass die niedrigsten bekannten Lebewesen aus unbelebter Materie hervorgehen, galt ihm wie den meisten seiner Zeitgenossen als selbstverständlich. Die Irrigkeit dieses Glaubens wurde erst viel später nachgewiesen. Während aber die anderen Zoologen damals an dieser Urzeugung zwar keinen Anstoss nahmen, dabei aber an der Unveränderlichkeit der Arten festhielten, liess Lamarck von dieser Voraussetzung seine Entwicklungslehre ihren Ausgang nehmen. Dass die Arten nicht unveränderlich waren, das ging nicht nur als notwendige Folgerung aus seiner philosophischen Auffassung hervor, das zeigten ihm insbesondere auch die Ergebnisse künstlicher Züchtung von Tieren und Pflanzen. Hier berührt sich also Lamarck sehr nahe mit Darwin; aber bereits hier zeigt sich klar und scharf der Gegensatz ihrer Auffassungsweise. Während nämlich Darwin später das Hauptgewicht auf die Wahlthätigkeit des Züchters legt, der nur die ihm günstig erscheinenden zufälligen Varietäten zur Zucht verwendet, ist für Lamarck die Frage entscheidend, wie denn diese Varietäten überhaupt zustande kommen. Er erklärt dies damit, dass durch die Züchtung die Tiere und Pflanzen in eine ganz andere Umgebung kommen, als die Natur ihnen bietet, und dass sie sich dieser anpassen müssen. Diese Anpassung beruht bei Lamarck auf der Tätigkeit, auf dem Lebensprozess der Organismen, während sie nach Darwins Ansicht im freien Naturleben durch die auslesende Wirksamkeit der Schädlichkeiten der Umgebung zustande kommt.

Lamarck geht davon aus, dass das Leben der Organismen in der Befriedigung ihrer Bedürfnisse besteht, dass also diese für die Gestaltung des Lebens massgebend sind, daher insbesondere auch für die Betätigung der Organe. Ein Tier zum Beispiel, das auf die Flucht zur Rettung seines Lebens angewiesen ist, wird seine Beine mehr verwenden als eines, das sich vor dem Feinde verkriecht. Ein Raubtier wird seine Zähne anders gebrauchen als ein Pflanzenfresser. Nun ist es aber eine oft beobachtete und wohlbekannte Tatsache, dass der nicht übermässige Gebrauch ein Organ kräftigt und stärkt, dass aber ein nicht oder wenig gebrauchtes Organ allmählich verkümmert. Darauf beruht ja der Wert aller Uebung. Jeder Mensch, der zum Beispiel längere Zeit zu Bett liegen musste, weiss, wie schwach er nachher in der ersten Zeit auf den Beinen ist, bis die Muskeln wieder durch Uebung genügend gekräftigt sind. Aber diese Wirkung von Gebrauch und Nichtgebrauch erstreckt sich nicht nur auf die Muskeln, obwohl bei diesen die Wirkung am auffälligsten ist. Sie tritt auch bei allen anderen Körperorganen hervor. So können die Sinne durch Uebung geschärft werden. Der entwickelte Tastsinn der Blinden zum Beispiel ist ja bekannt. Alles Lernen beruht auf solcher Kräftigung der Nerven und Hirnpartien durch Uebung. Auch die Drüsen des Körpers sind einer solchen Ausgestaltung durch öftere Inanspruchnahme fähig, und selbst die Knochen, diese scheinbar so starren Massen, werden in ihrer Stärke nicht nur, sondern auch in ihrer Gestalt und auch in ihrer Lage durch den Gebrauch beeinflusst. Ja, selbst ihre innere Struktur wird durch die Druck- und Zugverhältnisse, denen sie ausgesetzt werden, so verändert, dass Wolff, einer der besten Kenner dieser Materie, die Bildsamkeit der Knochen mit der des Wachses vergleicht.

Wenn nun eine Tierart durch lange Zeit unter denselben Verhältnissen lebt, mithin also sich stets bei ihr dieselben Bedürfnisse und dieselbe Art ihrer Befriedigung einstellen, dann müssen diejenigen Organe sich stark entwickeln, die durch diese Lebensweise viel in Anspruch genommen werden, während die nicht gebrauchten verkümmern.

Vorausgesetzt ist dabei allerdings, dass diese erworbenen Veränderungen wenigstens teilweise auf die Nachkommenschaft vererbt werden. Lamarck behauptete eine solche Erblichkeit, wenn die betreffende Eigenschaft beiden Eltern zugekommen war. Bis in die neueste Zeit blieb diese Annahme unangefochten, und auch Darwin bekannte sich zu ihr. Erst sein Schüler Weismann leugnete die Vererbung erworbener Eigenschaften und es ist über diese Frage eine ganze umfangreiche Literatur entstanden. Doch scheint gerade jetzt die ältere Auffassung Lamarcks und Darwins wieder entschieden die Oberhand zu gewinnen.

Lamarck hat seine Anschauungen über den Gang der Entwicklung und die Rolle, welche die Bedürfnisse des Organismus dabei spielen, in einer Reihe von Beispielen erläutert. Er weist darauf hin, dass Tiere, die viel im Wasser leben und daher aufs Schwimmen angewiesen sind, die Zehen ihrer Gliedmassen stets möglichst spreizen werden, um dem Wasser eine grosse Fläche ihrer Ruderorgane zu bieten. Infolgedessen dehnt sich die Haut zwischen den Zehen immer mehr aus, und auf diese Weise entstehen die Schwimmhäute bei den Fröschen, den Enten und Gänsen und anderen Schwimmern. Im Gegensatz dazu erhalten Vögel, deren Lebensweise es mit sich bringt, dass sie viel auf Zweigen sitzen, mit der Zeit lange und kräftige Krallen.

Die zahlreichen Beispiele der sogenannten rudimentären, das heisst verkümmerten Organe bieten eine weitere reiche Fülle von Belegen. Lamarck weist hier besonders auch darauf hin, dass bei Tieren, die stets im Dunkel leben, wie Maulwurf oder Triton, die Augen ganz verkümmern, da sie für diese Tiere keine Bedeutung, keinen Nutzen mehr haben und daher ausser Gebrauch gesetzt sind. Das Gehör hingegen ist bei allen Tieren, die überhaupt die Anlage zu diesen Organen besitzen, auch gut entwickelt, weil es unter allen Umständen für das Tier von Vorteil ist und daher oft gebraucht wird.

Von all den zahlreichen Beispielen, die Lamarck zur Erläuterung der von ihm gefundenen Gesetze beibringt, ist keines so populär geworden, wie das der Giraffe, deren langer Hals und lange Vorderbeine damit erklärt werden, dass das in trockenen Gegenden lebende Tier genötigt ist, das Laub der hohen Bäume abzufressen und zu diesem Zweck seinen Hals auszustrecken und den Leib aufzurichten. An dieses Beispiel hat sich der billige Witz, der so häufig das Werk des Genies verfolgt, das er nicht begreift, mit Vorliebe herangemacht und besonders die unbedingten Anhänger der Darwin'schen Theorie der natürlichen Zuchtwahl ergossen reichlich ihren Hohn über den naiven Lamarck, der glaubte, dass der Hals vom Ausstrecken länger werde. Merkwürdig ist dabei allerdings, dass diese Darwinisten ganz vergassen, einmal bei ihrem Meister selbst nachzusehen, wie denn er sich zu diesem Problem stellte. Da hätten sie gefunden, dass Darwin in der „Entstehung der Arten“ sich ebenfalls mit dieser Frage beschäftigt. Da dieses Beispiel besonders deutlich den Unterschied zwischen den Auffassungen dieser beiden grossen Biologen erkennen lässt, zugleich aber auch die Stellung beleuchtet, die Darwin zur Lehre Lamarcks einnimmt, will ich die betreffende Stelle hierhersetzen.

„Was die Giraffe betrifft,“ sagt Darwin, „so wird die beständige Erhaltung derjenigen Individuen eines ausgestorbenen, hoch hinaufreichenden Wiederkäuers, welche die längsten Häuse, Beine u. s. w. besaßen, und nur ein wenig über die durchschnittliche mittlere Höhe hinauf abweiden konnten, ebenso wie die beständige Zerstörung derjenigen, welche nicht so hoch weiden konnten, hingereicht haben, dieses merkwürdige Säugetier hervorzubringen; aber der fortgesetzte Gebrauch aller dieser Teile zusammen mit ihrer Vererbung wird ihre Koordination in bedeutungsvoller Weise unterstützt haben“.

Darwin hat also diese „lächerliche“ Auffassung, dass der Hals der Giraffe durch fortgesetztes Ausstrecken verlängert wurde, als berechtigt anerkannt. Allerdings führt er hier dieses Lamarcksche Prinzip nur als Ergänzung seiner natürlichen Zuchtwahl an. Später aber, in der „Abstammung des Menschen“, hat er mit dem ihm eigenen Freimut einbekannt, dass er den Einfluss der natürlichen Zuchtwahl auf Kosten der Wirksamkeit des Gebrauches und Nichtgebrauches der Organe früher überschätzt habe, und in einem Brief vom Jahre 1880 bezeichnet er es als „seinen grössten Fehler, dass er der direkten Einwirkung der Umgebung, Nahrung, Klima u. s. w. eine zu geringe Bedeutung zugeschrieben habe“.

Tatsächlich lehrt ja auch eine unbefangene Beurteilung der oben zitierten Theorie Darwins, dass sich der lange Giraffenhals wohl durch den anhaltenden Gebrauch dieses Organs, auch unabhängig von natürlicher Zuchtwahl erklären lasse, nicht aber durch diese allein. Denn damit die Tiere mit langem Halse überleben konnten, mussten sie eben erst da sein. Ueberdiess hat Kassowitz mit Recht darauf hingewiesen, dass die Zuchtwahl unmöglich alle Giraffen mit kürzerem Halse ausgerottet haben kann, da sonst alle jungen Tiere hätten zugrunde gehen müssen. So zeigt gerade das so viel bespöttelte Beispiel von der Giraffe die Ueberlegenheit der Erklärung Lamarcks gegenüber derjenigen Darwins.

Allerdings lässt sich in dieser Weise nur das Anwachsen und Stärkerwerden bereits vorhandener Organe erklären. Es bleibt aber die Frage, wie die ersten Anlagen zu diesen Organen entstanden sind. Dazu kommt für Lamarck selbst noch die weitere Schwierigkeit, aufzuklären, wie die Entwicklung bei den niedersten Tieren und bei den Pflanzen erfolgt ist, denen er psychische Fähigkeiten und daher auch das Fühlen von Bedürfnissen absprechen zu müssen glaubte. Jedenfalls aber muss er auch ihnen Stoffwechsel, Wachstum und, was er ausdrücklich als eine Folgeerscheinung des Wachstums ansieht, Fortpflanzung sowie Reizbarkeit zuerkennen.

Hier müssen wir einen Moment auf die allgemeinen chemischen Theorien Lamarcks zurückgreifen. Diesen zufolge ist die die leblose Materie beherrschende Kraft die Kohäsion. Dieser wirken Wärme und Elektrizität entgegen. In den lebenden Körpern halten sich Kohäsion und Wärme das Gleichgewicht; der zwischen diesen beiden Kräften stattfindende Kampf bewirkt eine gewisse Spannung in den Organismen, die sich als Reizbarkeit äussert. Diese Spannung wird durch die Elektrizität reguliert, die deren Vergrösserung oder Herabsetzung in den einzelnen Körperteilen bewirkt, je nachdem die Aussenwelt auf diese einwirkt. Infolgedessen strömen die „Fluida“, die Flüssigkeiten, die den Körper durchsetzen, bald nach dem einen, bald nach dem anderen Körperteil und bahnen sich so allmählich bessere Wege. Organteile, die infolge häufiger Reizung oft mit diesen Flüssigkeiten überschwemmt werden, wachsen nicht nur, sondern an diesen Stellen können durch den Zustrom der Fluida neue Organe entstehen. Bei den höheren Tieren, die Empfindung und Willen besitzen, wird dieser Strom durch den Willen selbst reguliert und bewirkt so die Stärkung, aber auch die Neuentstehung von Organen.

Man sieht, dieser Teil von Lamarcks Theorie leidet wieder einigermaßen an einer Fülle von Phantasie und einem Mangel an Klarheit. Die Vorstellung der „Fluida“, die den Körper durchströmen, und zu denen auch Wärme und Elektrizität gehören, teilte er allerdings mit der Gelehrtenwelt seiner Zeit. Immerhin steckt auch in den uns oft etwas kraus anmutenden Gedankengängen ein genialer Kern. Mit Recht weist Lamarck in der Einleitung seiner „Zoologischen Philosophie“ darauf hin, dass zwar der Einfluss des Physischen auf das Geistige viel studiert wird, nicht aber der Einfluss des Geistigen auf das Physische. In dieser Hinsicht beginnt erst unsere Zeit, das so lang Versäumte nachzuholen. Die ganze moderne physiologische Psychologie beruht auf dem Studium der physiologischen Begleit- und Folgeerscheinungen der psychischen Vorgänge. Ferner haben zum Beispiel die Versuche, Hypnose und Suggestion zu Heilzwecken zu benutzen, zu genauerer Erforschung des Einflusses geführt, den das Seelenleben auf die körperlichen Erscheinungen ausübt, und auch im Studium der hysterischen Krankheitserscheinungen spielt diese neue Fragestellung eine Rolle. Allerdings sind alle diese Fragen auch heute noch recht wenig geklärt, und man darf daher dem kühnen Forscher, der vor hundert Jahren sich an diese Probleme machte, keinen Vorwurf machen, wenn er bei dem ersten Versuch scheiterte. Spätere Forscher haben diesen ganzen Komplex von Zusammenhängen einfach unberücksichtigt gelassen. Sie waren damit Lamarck gegenüber sicherlich im Unrecht; aber sie handelten vorsichtiger als dieser Gipfelstürmer, und wenn sie dabei auch nicht zu seinen genialen Geistesblitzen gelangten, so entgingen sie doch dem Spott der Mit- und Nachwelt.

Würden nun alle Organismen, meint Lamarck, unter genau den gleichen äusseren Bedingungen heranwachsen, so müssten sie auch genau die gleichen Formen annehmen, die ganze Entwicklung verlief in einer geraden Linie. Nun haben sich aber die Organismen über die ganze bewohnbare Erde ausgebreitet, und zugleich haben die ver-

schiedenen Teile der Erde auch mannigfache Schicksale erfahren. Länder sind im Meere versunken, andere haben sich gehoben, das Klima wurde kalt und warm, der Pflanzenwuchs und die umgebende Tierwelt haben sich geändert. Infolgedessen mussten auch die Bedürfnisse der unter die verschiedenen Verhältnisse gebrachten Tiere andere werden, und so wurde der einheitliche Bauplan der Natur gestört, am Baum des Lebens bildeten sich mannigfache Zweige.

Lamarck darf daher, seine Darlegungen zusammenfassend, sagen: „Die Natur hat also, um bei den Organismen den Zustand der Dinge, den wir wahrnehmen, herbeizuführen, direkt, das heisst ohne irgendwelchen organischen Vorgang, nur die einfachst organisierten Tiere und Pflanzen hervorbringen müssen, und sie erzeugt dieselben noch tagtäglich in derselben Weise an günstigen Orten und zu günstigen Zeiten. Dadurch nun, dass sie diesen Organismen, die sie selbst erschaffen hat, die Fähigkeiten der Ernährung, des Wachstums, der Fortpflanzung und der jeweiligen Vererbung der in der Organisation erworbenen Fortschritte verlieh, und dass sie allen organisch erzeugten Individuen diese nämlichen Fähigkeiten übertrug, wurden die Organismen aller Klassen und aller Ordnungen mit der Zeit und durch die unendliche Verschiedenartigkeit der immer wechselnden Verhältnisse nach und nach hervorgebracht.“

Lamarck scheut auch vor den letzten Konsequenzen seines Standpunktes nicht zurück, und fünfzig Jahre vor Darwins „Entstehung der Arten“ stellt er kühn eine Theorie auf über die Abstammung des Menschen von affenartigen Vorfahren; und es ist erstaunlich, wie seine Theorie mit der modernsten Auffassung der Anthropologie übereinstimmt.

Lamarck geht von der Annahme aus, dass eine hochstehende Affenart durch irgendwelche Verhältnisse gezwungen wurde, das Leben in den Wipfeln der Bäume aufzugeben und sich auf dem Boden fortzubewegen. Wenn nun diese Affenart das Bedürfnis hatte, die vorderen Gliedmassen frei zu bewegen und den Kopf hoch zu halten, um einen grösseren Gesichtskreis zu beherrschen, so musste sich im Laufe der Generationen aus dem Typus der Vierhänder ein solcher der Zweihänder entwickeln, bei denen die hinteren Gliedmassen sich immer mehr dem Gehen anpassten, wodurch die vorderen eine immer grössere Freiheit erlangten. So werden sie geschickt zum Gebrauch von Werkzeugen, zu denen sich Ansätze schon bei den Affen finden. Dass der aufrechte Gang dem menschlichen Körper erst aufgezwungen wurde, während seine natürliche Stellung die auf allen vier Extremitäten wäre, das beweist Lamarck besonders auch mit dem Hinweis darauf, dass die Anordnung der Körperteile so ist, dass die aufrechte Haltung ein Tätigkeitszustand ist und keine Ruhelage. Insbesondere ist der Kopf nicht in seinem Schwerpunkt eingefügt und hat daher ebenso wie Brust und Bauch das Streben, nach vorne zu fallen. Im Besitz von primitiven Waffen und Werkzeugen braucht der Urmensch zum Fangen und Festhalten der Beute sowie zur Abwehr von Feinden sein Gebiss nicht mehr in dem Masse wie früher zu benützen. Dieses entwickelt sich daher zurück, die vorspringende Schnauze verschwindet, der Gesichtswinkel wächst.

Der Besitz dieser ersten Waffen und Werkzeuge musste dem Menschen eine gewaltige Ueberlegenheit über die Tiere geben, die er zum Teil ausrottete, zum Teil verdrängte. Er selbst breitete sein Geschlecht über die Teile der Erde aus, die ihm am meisten zusagten; und da er natürlich gerade mit den Wesen in die schärfste Konkurrenz treten musste, die ihm ihrer organischen Veranlagung nach am nächsten standen, rottete er diese Arten aus; daher rührt der grosse Abstand, der heute den niedersten Wilden vom höchsten Affen trennt.

Mit Recht legt Lamarck das grösste Gewicht darauf, dass der Urmensch sicherlich ein soziales Wesen war, da sich sonst seine Sprache nicht hätte entwickeln können. So aber zwang ihn gerade die grosse Mannigfaltigkeit der Verhältnisse, in die er auf seinen Eroberungszügen kam, zu gegenseitigen Mitteilungen. Zur Befriedigung dieses Bedürfnisses griff der Mensch zu den verschiedensten Verständigungsmitteln durch Zeichen, unter denen sich schliesslich die artikulierte Stimmlaute, die Sprache, als das beste und brauchbarste behaupteten. Die niedereren Tiere hingegen, von den Menschen verfolgt und gehetzt, bleiben auf die primitivsten Lebensbedürfnisse beschränkt und finden

keine Gelegenheit und Veranlassung zur Ausbildung höherer Fähigkeiten. Ihnen genügen daher zur Verständigung wenige Zeichen und Töne.

Hier zeigt sich abermals ein wesentlicher Unterschied, ein Gegensatz zwischen den Auffassungen von Lamarck und Darwin. Dieser sieht den wichtigsten Entwicklungsfaktor in der Not und dem dadurch bedingten Kampf ums Dasein, jener aber im möglichst ungehemmten Spiel der Kräfte, denen Zeit und Gelegenheit gegeben sein muss, um auf die reichen Anregungen der Aussenwelt zu antworten.

Hundert Jahre sind seit dem Erscheinen der „Zoologischen Philosophie“ vergangen. Der Entwicklungsgedanke, der dort zum erstenmal mit wissenschaftlicher Rücksichtslosigkeit und mit genialem Scharfblick vorgetragen wurde, hat heute die Welt erobert; aber nicht im Zeichen Lamarcks. Gerade fünfzig Jahre nach Lamarcks Werk erschien Darwins „Entstehung der Arten“. Und dieses Buch hat dem Entwicklungsgedanken die Bahn gebrochen. Die Feier des hundertsten Geburtstages des grossen englischen Gelehrten, die in diesem Frühjahr in der ganzen zivilisierten Welt gefeiert wurde, hat gezeigt, wie sehr dieser Grundgedanke seines Werkes Gemeingut der Welt der Gebildeten geworden ist. Gegen Darwin richtete sich die Wut der Klerikalen, sein Name wurde zum Kampfruf für die Befreiung der Geister aus geistiger Knechtschaft. Lamarck, der die natürliche Entwicklung aller Lebewesen einschliesslich des Menschen schon fünfzig Jahre vor Darwin gelehrt hatte, blieb dagegen lange Zeit ganz vergessen. Als Systematiker allerdings behielt er grosses Ansehen. Ihm verdankt die Wissenschaft die Einteilung der Tierwelt in Wirbeltiere und Wirbellose, und auch sonst sind seine umfangreichen Werke über Botanik und Zoologie reich an fruchtbringenden Gedanken über Systembildung. Aber diese Verdienste wurden in erster Linie hervorgehoben, um sie in Gegensatz zu den „haltlosen Phantastereien“ zu bringen, mit denen sich der Sonderling abgegeben hätte, die aber eines ernsten Mannes der Wissenschaft doch eigentlich unwürdig wären, und über die man mit Spott oder mit mitleidigem Achselzucken hinweg sah. Erst der durch Darwins Auftreten bewirkte Triumph des Entwicklungsgedankens liess das Andenken seines grossen Vorgängers wieder aufleben, das schon zu seinen eigenen Lebzeiten fast verloren gegangen war.

Schon sein grosser Zeitgenosse Goethe, der sich so lebhaft für die Frage der Einheitlichkeit der Naturauffassung und besonders des Bauplanes der Lebewesen interessierte, scheint von Lamarcks Theorien nichts gewusst zu haben. Cuvier feindete sie heftigst an und verhöhnte sie sogar in der Gedächtnisrede, die er Lamarck zu Ehren in der französischen Akademie zu halten hatte. So erfuhr dieser das traurige Schicksal, das so vielen wahren Genies nicht erspart blieb. Er starb verlacht und vergessen im tiefsten Elend.

Als 17jähriger Jüngling hatte er in der Schlacht von Vellinghausen auf einem verlorenen Posten ausgeharrt, bis er abberufen wurde. Als Greis behauptete er mit noch grösserer Ausdauer und Tapferkeit den von ihm selbst gewählten vorgeschobenen und von seinen Zeitgenossen vergessenen Posten der Wissenschaft. Die „Zoologische Philosophie“ hatte er 1809 im Alter von 65 Jahren geschrieben. In den Jahren 1815 bis 1822 erschien seine „Naturgeschichte der wirbellosen Tiere“ in sieben Bänden. In der Einleitung zu diesem riesigen Werk gab er nochmals eine Darstellung seiner Theorie. Nur die ersten fünf Bände konnte er selbst vollenden. Dann legten sich die dunklen Schatten der Blindheit über die Augen des einst so scharfsichtigen Forschers. Doch selbst dann noch rastete der Nimmermüde nicht. Ein Jahr nach seinem Tode erschien seine letzte Schrift, das „Analytische System der positiven Kenntnisse des Menschen“. Er hatte es seiner Tochter, die ihn in den letzten Jahren mit hingebendster Liebe pflegte, diktiert.

Am 18. Dezember 1829 erlöste der Tod den müden Greis von seinem Leiden. Er war 85 Jahre alt geworden, und Sorgen, Kummer und Kränkungen waren ihm stets im reichsten Masse zuteil geworden. Als Darwin starb, trauerte die halbe Welt um ihn, seine Leiche wurde mit fürstlichem Gepränge im nationalen Pantheon beigesetzt. Lamarck starb im bittersten Elend, seit Jahren erblindet und im ständigen Kampfe mit der Not, vergessen und verlassen von der Mitwelt, beweint nur von seinen Kindern. Sein Grab ist unbekannt.

Bücherschau

Literatur

Goethes Werke in sechs Bänden. Im Auftrage der Goethe-Gesellschaft ausgewählt und herausgegeben von Erich Schmidt. Erschienen im Insel-Verlage, Leipzig 1909. Preis gebunden K 7.20.

Hier wird dem deutschen Volke eine köstliche Weihnachtsgabe geboten: Goethes Werke in einer Zusammenstellung und Ausstattung, die allen künstlerischen Forderungen entsprechen, und zu einem Preise, der Staunen erregt. Diese sechs feinen Bände, die über 3300 Seiten fassen, sind ein Ehrenmal deutscher Verlegertätigkeit. Die Ausgabe macht nicht nur mit dem dichterischen Schaffen Goethes vertraut, sondern bringt auch seine kunsttheoretischen und naturwissenschaftlichen Studien; zudem enthält sie eine gelungene Biographie dieses umfassenden Geistes, zahlreiche sehr förderliche Anmerkungen und Erläuterungen und ein erklärendes Wörterverzeichnis, für das gerade der Arbeiter besonders dankbar sein wird. Goethe schrieb einmal: „So eine wahre, warme Freude ist nicht in der Welt, als eine grosse Seele zu sehen, die sich gegen einen öffnet.“ Wer in den Kreis Goethes tritt, kommt zu solcher Freude.

J. L. S.

Herzliche Grüsse. Geschichten von Stephan Grossmann. Berlin. 1909. Verlag Buchhandlung Vorwärts.

Man kann eigentlich bloss über Bücher sprechen, die eine bedingungslos bezwingende Gewalt haben. Sonst wird die Kritik leicht zu einer undefinierten, nervösen Notiz. Grossmanns Wiener Geschichten liest man sicher mit Genuss. Aber das Vermögen sie im ganzen doch nicht, uns fortzureissen, uns still zu machen, unsere allerempfindlichsten und unsere allerstärksten künstlerischen Triebe wachzurufen. Kein Zweifel — Grossmann ist ein Schriftsteller von Rang. Aber man hat — wenn man nach einer liebevollen Lektüre den Generaleindruck herausdestilliert — eben doch nicht das unzweideutige Gefühl, einer absoluten Künstlerschaft, unfehlbarem Geschmack, souveräner ästhetischer Selbstkritik, ungebrochenem Meistertum begegnet zu sein. Man meint — das Wort soll von aller Bitterkeit frei sein — einem vielvermögenden Dilettantismus gegenüberzustehen — einem Dilettantismus, der so viel kann, dass er uns zwingt, die grössten Massstäbe zu suchen und die höchsten Forderungen aufzustellen. Dilettantismus in diesem Sinne ist etwas sehr Wertvolles. Er spricht zum Laien besonders stark — der hohe Vorzug des vollendet Künstlerischen, nicht messbar zu sein, haftet ihm nicht an: und was Mangel ist, ist auf der anderen Seite Glück. Das Buch mutet an, wie der naive Versuch eines Menschen, der gute Bilder und interessante Wirklichkeiten sah und nun unbekümmert, zwanglos, in sich selbst und in die Dinge versunken zu zeichnen beginnt. Das heisst — ist es wirklich ganz und gar nur so? Nach Geschichten, wo jeder Gedanke mit zielsicherer Bestimmtheit aufspringt, jede Wendung als persönliches Verhältnis zu den Dingen erscheint und jede Wortformel an ihrem Platze sitzt, kommen

Arbeiten von einer matten Neutralität, von einer merkwürdigen Physiognomiosigkeit: Konventionen, literarische Gesten. Zu den in diesem Sinne missglückten Sachen rechne ich zum Beispiel die Geschichte des Angeklagten, der vor Gericht gegenüber allen Verbrechen, die ihm zur Last fallen, ohne moralische Empfindung bleibt, aber leidenschaftliche Selbstanklage erhebt, sowie man den Zeugen vorführt, den der Betrüger zum Wucherer erzogen hat („Sünde“). Das Stück ist eine Parabel, keine Geschichte, eine Idee, keine Wirklichkeit, eine Abstraktion, die an das didaktische 18. Jahrhundert anklängt — aber nicht ein Ding von lokaler und persönlicher Bestimmtheit, von sinnlicher Farbe, von individuellem Charakter. Mir — und hier darf man, muss man ja persönlich sprechen — mir kam es vor, als ob Grossmann sich in einem misslichen Bedürfnis nach starker Pointierung selber verloren habe. Weshalb diese Konzessionen an die stumpfen Nerven des Publikums, an die Moralphilosophie, deren Grossmanns Kunst gar nicht bedarf, um bedeutend zu sein? Seine Kraft liegt — scheint mir — gerade darin, sinnliche Sonderfarbe zu geben, charakteristische Erscheinungen des Alltags ohne Pathos, ohne Feierlichkeit, ohne bedeutsamen Fingerzeig — aber mit scharfen Augen und sichergreifenden Händen vorzustellen. Mit diesem künstlerischen Vermögen steht Grossmann dicht neben Thomas Mann, dem Meister des Novellenbandes Tristan. Ein Beispiel: in der „Debatte über das Beten“ ist die lehrhafte Zuspitzung direkt störend. „Sehnsucht ist Gebet genug.“ Es handelt sich da nur um einen Satz, aber er bezeichnet eine unverkennbare moralische Teilnahme des Dichters — und diese Absicht, so echt sie schliesslich auch sein mag, wirkt als leere Konvention, ja als gelinde Geschmacklosigkeit. Das Stückchen ist sonst übrigens ausgezeichnet — schade um das Missverständnis! Bildhaft ist die Familie vor uns, die am Winterabend in qualmigem, überheiztem Zimmer beisammensitzt und über das Beten redet. Von den Instinkten dieser Debatte, wenn man so sagen darf, wird ein ganz kleines Mädel leise angetrieben, seinen eigensten kleinen — gar nicht metaphysischen — Sehnsüchten nachzudenken: es hört die Musikkapelle des abendlichen Eislaufplatzes — und möchte so gerne Schlittschuhlaufen lernen. Diese doppelte Assoziation ist ein unendlich feines Problem: in der Form, wie Grossmann sie gibt, wirkt sie aber nicht als etwas Erkanntes, Gewolltes, kaum als etwas Geahntes, kaum als Beiklang. Die etwas sentimentale Wendung am Schluss unterdrückt das Beste. Sentimentalität! Sie ist ein wenig der wunde Punkt in der Wiener Seele. Ist man spröderen Geistes, so wird man gegen den sentimental Unterton im „Kohn“, in der Titelnovelle von Fräulein Louiserl, das seine Sommerfrische am Bifett des Kaffeehauses in den Ansichtskarten ihrer Stammgäste und zumal ihres Leutnants erlebt, etwas skeptisch. Ich habe das Buch dreimal gelesen und speziell auf den sentimental Gehalt geprüft — wie Kritiker roh sind. Ich glaube, man täte Grossmann Unrecht, wenn man sagen wollte, die Sentimentalität stäke nur im Stoff. Nein —

sie wird vom Autor sozusagen zur Existenz autorisiert, wird moralisch von ihm gebilligt. Er ist halt ein Wiener. Restlos befriedigend sind mir eigentlich bloss die rein deskriptiven, naturwissenschaftlich pietätlosen Sachen, wie der „Viehmarkt“, die „Reisenden“, die „Hinrichtung“. Aber schon bei der hübschen Geschichte vom Papa Reichenberger — da noch ganz leise — zunehmend bei der Geschichte vom Staatsanwalt Dunker, vollends bei der Geschichte des Verteidigers beginnt für mein Empfinden die Krise, die zur moralischen Interpretation des Daseins führt. Von der Schilderung des einfach Beobachteten geht da Grossmann zum lehrhaften Epigramm über — aus der Aesthese wird die novellistisch umschriebene Moralität, die auch in der Pariser Feuilletonkunst eine so grosse Rolle spielt. Hier ist nicht die Rede von bürgerlichen Moralitäten; ich meine bloss jenen subjektiven Ton, jene ethische Teilnahme des Dichters an seinen Anekdoten — das eben, was Flaubert so sehr gehasst und so exemplarisch überwunden hat und was ich vorhin die literarisch-philosophische Gebärde des Autors nannte. Indes — vielleicht sind das lauter Notwendigkeiten, die aus dem Innersten des Dichters kommen: dann kann ich über ihren Wert nichts — über mich selber aber so viel sagen, dass sie mir nicht behagen. Doch auch das mit Ausnahmen. Das Kapitel „Freundschaft“ ist vielleicht das feinste Stück im ganzen Buch. Dies Stück ist auch eine Art moralité — aber wie wundervoll ist da alles subjektive Hineinsprechen vermieden! Die Moral der Geschichte entwickelt sich stillschweigend aus einem objektiven Verlauf von Ereignissen. Ein junger Mann räsoniert über ein Weib, das er liebt — und schiebt das Raisonement einem Freunde zu, der an der ganzen Sache kaum teilnimmt. So schimpfen wir aus Abwehr- und Heuchelbedürfnis über Dinge, die wir schätzen. Seelenmimikry. Und dann behaupten wir, der andere habe geschimpft, der gar nichts gesagt hat. Solche paradoxe Sprünge können nicht moralisch analysiert, kaum psychologisch begriffen, aber sie können bildmässig dargestellt werden. Grossmann hat es auf zwei Seiten fabelhaft fertig gebracht. Diese Skizze ist ein durchaus magistrales Impromptu, dem alles Wesenlose, alles Schwache abgetilgt wurde und das nun in klassischer Prägnanz vor uns steht. Das Buch ist auch sonst an Vorzügen, an schlagender Charakterisierungskraft des Ausdrucks, an bildhaft-impressionistischer Gewalt des Wortes reich. Wäre jedoch nur diese einzige Novelle geboten, so hätte Grossmann Anspruch auf den Namen eines Dichters und auf den Dank derer, die ihn lesen.

Bremen.

Wilhelm Hausenstein.

Kunst

Wirtschaft und Kunst. Eine Untersuchung über Geschichte und Theorie der modernen Kunstgewerbebewegung von Heinrich Waentig. Jena. Verlag von Gustav Fischer. 1909. 434 Seiten.

Der Titel erweckt Erwartungen. Die Lektüre enttäuscht gründlich. Wenn Zitieren und Denken dasselbe wären, dann läge hier eine gedankenschwere Arbeit vor. All die gescheiterten Gedanken

über Kunst und Industrie, die Carlyle und Emerson, Ruskin und Morris, Wagner und Semper und noch ein paar hundert andere nicht unbekanntere Geister zu Papier brachten, sind zusammengetragen. Mit peinlichem Fleisse wird eine Legion vergilbter Ausstellungsberichte in Reih und Glied gestellt. Wer vor Fussnoten Respekt hat, kommt aus dem Respekt gar nicht heraus. Wer aber hofft, über die Zusammenhänge zwischen Wirtschaftsweise und Kunstschaffen etwas Neues zu hören, macht nur die überflüssige Erfahrung, dass wieder einmal er früher den Mund aufat, ehe er etwas zu sagen wusste. Selbst über die vier Begriffe der Geschichte und Theorie, der Kunst und der Wirtschaft scheint sich der Verfasser nicht im klaren zu sein. Die Aufzählung verschiedener Tatsachen, wie der Eröffnung einer Ausstellung oder der Einführung eines Zeichenunterrichtes macht noch keine Geschichte. Die Entstehung und der Verlauf der modernen Kunstbewegung in England und Frankreich, in Deutschland und Oesterreich hätte in Verbindung gebracht werden müssen mit dem Aufstieg der bürgerlichen Klasse und mit anderen auslösenden Bedingungen. Die Feststellung, dass die englische Renaissance auf die Gothik zurückgriff, fördert die Erkenntnis noch nicht. Das Gesetzmässige in der Bildung des Kunstgeschmackes wäre aufzudecken gewesen. Auch das Anführen mannigfacher Kunstanschauungen ergibt noch lange keine Theorie. Es ist kein einziger Schrank aus einem Gedanken entstanden. Nicht wie die Menschen ihr Schaffen erklären, sondern wie ihr Schaffen aussieht, hat Gewicht. Der dritte Teil des Buches endlich befasst sich, wie wenigstens der Titel besagt, mit Kunst und Gewerbe. Wieder bleiben die eigentlichen Probleme, wie die Qualitätsarbeit, der Warencharakter der Kunstprodukte in unscharfer Beleuchtung. Lange fragt man vergeblich nach dem Zweck dieses gewiss mit Gelehrtenorgfalt geschriebenen Buches. Auf der vorletzten Seite kommt die Erleuchtung. Das moderne Kunstgewerbe hätte nämlich eine Aufgabe, an die bisher wirklich total vergessen wurde, und das wäre: „die vollkommenste und edelste Ueberbrückung der sozialen Klassengegensätze“. Es ist also doch gut, dass Herr Professor Waentig das Buch geschrieben hat. Kein Europäer wäre auf diese Idee gekommen.

J. L. S.

Tschechische Parteiliteratur

In der „Akademie“ setzt Genosse Bohumir Šmeral seine Studien über „Die nationale Frage in der Sozialdemokratie bis zum Hainfelder Parteitag“ fort. Ueber den ersten Teil dieser Studien, der die Stellung der deutschen Arbeiterschaft zu den nationalen Problemen in den Jahren 1867 bis 1874 behandelte, haben wir bereits berichtet. („Kampf“ II, Seite 238 f.) Šmeral schildert nun die Entwicklung der nationalen Anschauungen innerhalb der tschechischen Arbeiterschaft. Länger als die deutsche blieb die tschechische Arbeiterschaft in der Gefolgschaft des bürgerlichen Nationalismus. Erst das Jahr 1872 bringt den Wendepunkt. Lohnkämpfe zwischen tschechischen Unternehmern und tschechischen Arbeitern, die Einreihung tschechi-

scher Arbeiter in sozialdemokratische Organisationen in Brünn und Wien, die Nachrichten von der Pariser Kommune haben in der Gründungsära einen Teil der tschechischen Arbeiterschaft in das Lager des internationalen Sozialismus geführt. Im Jahre 1872 wurde aus der Redaktion des ersten tschechischen Arbeiterblattes, der Prager „Dělnické Listy“, Barak, der sie noch im nationalistischen Sinne redigiert hatte, hinausgedrängt und das Blatt gewinnt nun den Charakter einer sozialdemokratischen Zeitung. Doch nistet sich auch in der neuen Redaktion der nationale Opportunismus ein, da der tschechischen wie der deutschen Arbeiterschaft ein positives Nationalitätenprogramm fehlte. Den Kampf um das böhmische Staatsrecht lehnten die „Dělnické Listy“ nicht ab: „Wir haben freilich kein Wahlrecht und können uns daher an dem Kampfe um die staatsrechtliche Stellung der Länder der böhmischen Krone nicht beteiligen, aber auch das ist eine hinreichende Unterstützung, wenn das arbeitende Volk sich mit denen einverstanden erklärt, die diesen Kampf führen.“ Freilich werde auch das Staatsrecht der Arbeiterschaft nicht helfen; sie werde dann innerhalb des Königreiches Böhmen den Kampf führen, den sie jetzt innerhalb der zentralistischen Verfassung führen müsse. Diese Ansichten hinderten die tschechischen Genossen nicht, mit den Delegierten des von Scheu geführten Flügels der deutschen Genossen im Jahre 1874 auf der Konferenz zu Neudorfel zusammenzukommen. Es wurde die Gründung einer internationalen „Sozialdemokratischen Partei in Oesterreich“ beschlossen, deren Organe die „Gleichheit“ und die Prager „Dělnické Listy“ sein sollten. Die „Dělnické Listy“ schrieben über diesen Beschluss: „Die österreichische Arbeiterschaft stellt sich auf die Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen und sie erblickt in der Pflege der Nationalität kein Hindernis des gemeinsamen Strebens nach materieller und geistiger Freiheit und nach den Rechten des Volkes. So ist die Grundlage geschaffen nicht nur zur Lösung der sozialen Frage, sondern auch für den Frieden der Nationen.“ Aber schon nach fünf Monaten, im Oktober 1874, hat die Redaktion der „Dělnické Listy“ ihre Ansicht geändert. Sie beginnt nun den Kampf für eine selbständige tschechische sozialdemokratische Partei. Die Partei Oberwinders sei eine Regierungspartei, die Fraktion Scheu stehe den tschechischen Arbeitern näher, aber sie sei zentralistisch, während die tschechischen Arbeiter Föderalisten seien; daher müsse eine selbständige tschechische sozialdemokratische Partei bestehen. Von diesem Augenblick an sprechen die „Dělnické Listy“ nur mit auffallender Gereiztheit über die Wiener Bewegung; auch nähern sie sich den Jungtschechen und erklären zeitweiliges Zusammengehen mit ihnen für notwendig. Doch fehlt es nicht an Widerspruch

gegen diese Tendenzen: als Konkurrenzorgan gegen die „Dělnické Listy“ wird die „Budoucnost“ („Zukunft“) gegründet und einer der Gründer erklärte selbst, er sei den „Dělnické Listy“ entgegengetreten, weil er ein solidarisches Vorgehen mit den deutschen Genossen wünsche. Ein halbes Jahr später stellen die „Dělnické Listy“ ihr Erscheinen ein. Vom Jahre 1875 an wird die tschechische Arbeiterbewegung von schweren Verfolgungen bedrängt. Die Genossen mussten sich auf die Arbeit in kleinen geheimen Organisationen beschränken, die zwar keine Tendenz gegen die deutschen Genossen, aber nur sehr spärliche Verbindungen mit ihnen hatten.

Um das Jahr 1880 zeigen sich bemerkenswerte Anzeichen der Besserung. Die Wiener „Wahrheit“ nimmt sehr entschieden gegen den deutschen Nationalismus Stellung; ja, das Reichenberger deutsche Parteiorgan geht im Kampfe gegen den deutschen Nationalismus so weit, dass es sich sogar mit den tschechischen staatsrechtlichen Forderungen einverstanden erklärt! Die tschechischen Genossen gründen neuerdings die „Dělnické Listy“, die sich als das „Zentralorgan der tschechoslawischen Arbeiterpartei in Oesterreich“ bezeichnen. Sie verkünden das „freie Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, verteidigen den Kosmopolitismus und lehnen jedes Zusammengehen mit den bürgerlichen Nationalisten ab. Die Entwicklung wird aber wiederum durch gesteigerte Verfolgungen abgebrochen. Der Streit zwischen den Gemäßigten und Radikalen wirft die österreichische Arbeiterschaft wiederum um 15 Jahre zurück.

Noch unmittelbar vor Hainfeld herrscht völlige Unklarheit über das nationale Problem. Im Februar 1887 sagt der tschechische Genosse Körber in Prag, dass die tschechischen Arbeiter es ablehnen, die deutsche Sprache zu lernen. Darauf erwidert Viktor Adler in der „Gleichheit“, für Oesterreich sei die Sprache der Sozialdemokratie die deutsche, da nur ihre Kenntnis dem Arbeiter die Freizügigkeit gebe und ihm den Zugang zur sozialistischen Literatur erschliesse. Als Deutsche könne es uns gleichgültig sein, ob die Tschechen deutsch lernen, als Sozialdemokraten müssen wir es wünschen. Die deutschen Arbeiter kennen ihre Pflicht als Angehörige einer internationalen Partei, sie müssen aber verlangen, dass diese Pflicht auch von den slawischen Genossen erfüllt werde. Šmeral führt diesen Artikel als Beweis dafür an, welche Unklarheit über die nationale Frage noch unmittelbar vor Hainfeld „selbst in dem genialsten Kopfe“ herrschte. Nur in schwerem Kampfe gegen den nationalen Opportunismus, der zur Zerreißung der Partei führe, könne solche Unklarheit überwunden werden; dieser Entwicklungsprozess sei auch heute, zwanzig Jahre nach Hainfeld, noch nicht vollständig abgeschlossen.

O. B.